



HERAUSRAGENDE MASTERARBEITEN AM DISC

- FACHBEREICH ➤ Management & Law
- STUDIENGANG ➤ Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit
- MASTERARBEIT ➤

Integration von Flüchtlingen durch zivilgesellschaftliches Engagement auf der Grundlage sozialer Nachhaltigkeit

AUTOR ➤
Sebastian Hemmer

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die mich während der Anfertigung dieser Masterarbeit unterstützt und mir Anregungen gegeben haben.

Mein herzlicher Dank geht an alle Beteiligten des ehrenamtlichen Befragungsprojekts, insbesondere an Julia Schimmer und Günter Krauß vom ISKA Nürnberg, an Dr. Beate Wittich und Hassan Khalaf vom Zentrum Aktiver Bürger, an Dr. Uli Glaser und Elisabeth Fuchsloch von der Stadt Nürnberg, Prof. Petra Bendel von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, an den Betreuer meiner Arbeit Prof. Michael von Hauff sowie an meine Frau Irina, die mir auch während der Schwangerschaft mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat.

Gewidmet meiner ersten Tochter

Hinweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Formen bei personenbezogenen Hauptwörtern im Plural weitgehend verzichtet. Die Verwendung der männlichen Form stellt keine Wertung dar. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Inhaltsverzeichnis

1.	Brisanz und Aktualität der Flüchtlingsmigration.....	1
2.	Flüchtlingssituation in Deutschland: Problemfelder und Initiativen.....	2
2.1.	Problemfelder der Integration von Flüchtlingen aktuell.....	2
2.1.1	Psychosoziale Lage und Bleibeperspektive.....	3
2.1.2.	Bildung und sprachliche Grundqualifikation.....	5
2.1.3.	Berufliche Bildung und Arbeitsmarktintegration	7
2.1.4.	Interkulturelle Akzeptanz	11
2.2.	Zivilgesellschaftliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit	14
3.	Theoretische Begründung von Integration im Kontext sozial nachhaltiger Entwicklung	18
3.1.	Relevante Theorieansätze der sozialen Nachhaltigkeit	18
3.1.1.	Grundgüter / Grundbedürfnisse	19
3.1.2.	Sozialkapital.....	21
3.1.3.	Sozialintegration	25
3.2.	Integration durch zivilgesellschaftliches Engagement als Lösungsansatz	27
3.2.1.	Governance-Verständnis des zivilgesellschaftlichen Engagements	27
3.2.2.	Empowerment und Ressourcenorientierung als neue Grundprinzipien sozialer Arbeit	31
3.2.3.	Wirkungsweisen des Ehrenamtes in der Integration von Flüchtlingen	33
3.3.	Integration und Zivilgesellschaft in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie	39
4.	Anwendungsbeispiel: Befragung von Geflüchteten in Nürnberg	44
4.1.	Projektbeschreibung und Untersuchungsmethodik	44
4.2.	Ergebnisse der Befragung.....	46
4.2.1.	Integrationsstatus und mitgebrachte (berufliche) Kompetenzen.....	46
4.2.2.	Motivation zum ehrenamtlichen Engagement.....	49
4.2.3.	Soziale Netzwerke der Geflüchteten	53
5.	Ableitung von Aktionsfeldern	57
5.1.	Zivilgesellschaftliche Projekte für und mit Geflüchtete/n.....	57
5.2.	Kommunalpolitische Handlungsfelder.....	64
6.	Perspektiven für eine nachhaltige Integration	69
	Literaturverzeichnis.....	71
	Anhang	

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
AsylG	Asylgesetz
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
bagfa	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V.
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BBE	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
BIM	Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Inneren
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ESF	Europäischer Sozialfonds
FAU	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
GU	Gemeinschaftsunterkunft
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GWA	Gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IHK	Industrie- und Handelskammer
ISKA	Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit Nürnberg
IWF	Internationaler Währungsfonds
KODE	Kompetenz-Diagnostik und Entwicklung
NEMO	Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen e.V.
NIP	Nationaler Integrationsplan
samo.fa	Stärkung der Aktiven aus Migrant*innenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit
SDGs	Sustainable Development Goals
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel (repräsentative Wiederholungsbefragung von deutschen Privathaushalten)
SVR Migration	Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration
VHS	Volkshochschule
ZAB	Zentrum Aktiver Bürger

1. Brisanz und Aktualität der Flüchtlingsmigration

Seit 2010 steigen die Flüchtlingszahlen in Deutschland, sprunghaft seit 2014/15 im Zuge der politischen Krisen und Kriege im Nahen und Mittleren Osten. Nach Angaben des BAMF kamen 2015 ca. 890.000 Asylsuchende nach Deutschland, für 2016 wird mit rund 300.000 gerechnet (BAMF 2016a; Focus online 2016; Die Welt 2016). Abgesehen von den globalen außen- und entwicklungspolitischen Aspekten der Flucht, die nicht Gegenstand dieser Arbeit sind, stellt eine solch massive Zuwanderung von Flüchtlingen große Herausforderungen an die aufnehmende deutsche Gesellschaft. Während sich staatliche Organe gerade in der Ankunftsphase überfordert zeigten, hat die Zivilgesellschaft mit großem Engagement die Aufnahme der Flüchtlinge ermöglicht und führt dies in zahllosen Integrationsprojekten fort, ohne dass über ihre Rolle explizit debattiert worden wäre. Die vorliegende Arbeit untersucht, ob das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, speziell die soziale Nachhaltigkeit geeignet ist, Antworten auf diese Herausforderungen zu geben.

Dafür werden zu Beginn dieser Arbeit (Kapitel 2) an Hand aktueller Studien die wesentlichen Problemstellungen der Flüchtlingsintegration und der Stellenwert des zivilgesellschaftlichen Engagements dargestellt. In Kapitel 3 wird eine theoretische Begründung von Integration im Kontext sozial nachhaltiger Entwicklung gegeben, die zweistufig erfolgt: Zunächst werden die relevanten Theorieansätze der sozialen Nachhaltigkeit vorgestellt (3.1), anschließend wird an Hand einer Betrachtung des Strukturwandels des zivilgesellschaftlichen Engagements aufgezeigt, in welcher Weise sozial nachhaltige Prinzipien für die Integrationspraxis förderlich wirken (3.2). Ergänzend wird an Hand der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beleuchtet, welchen Niederschlag die Themen Integration und Zivilgesellschaft in nachhaltigkeitspolitischen Grundsatzpapieren gefunden haben (3.3).

Ein Anwendungsbeispiel für ein nachhaltiges zivilgesellschaftliches Integrationsprojekt wird in Form der Nürnberger Flüchtlingsbefragung „Nicht mit leeren Händen“ in Kapitel 4 vorgestellt, welche die Motivation von Flüchtlingen für ehrenamtliche Tätigkeiten in den Blick nahm. Neben eigenständigen empirischen Analysen fließen auch Interviews mit Vertretern der kommunalen Flüchtlingsarbeit im Nürnberger Kontext ein. Kapitel 5 beschäftigt sich mit konkreten ehrenamtlichen Einsatzfeldern für Geflüchtete und untersucht, inwiefern diese zu nachhaltiger Integration beitragen (5.1) und welche Rolle staatlicher und insbesondere kommunaler Politik dabei zukommt (5.2). Dabei liegt der Fokus auf den zukünftigen Aufgaben einer nachhaltigen Integration.

2. Flüchtlingssituation in Deutschland: Problemfelder und Initiativen

Zunächst ist die Frage zu klären, wer mit dem Begriff „Flüchtlinge“ oder „Geflüchtete“ bezeichnet wird. Etwas vereinfacht gesprochen, wird in der Literatur unterschieden nach Migration aus wirtschaftlichen Gründen und Flucht, verursacht durch persönliche Verfolgung (Jäggi 2016: 19). Als Flüchtlinge werden im gesetzlichen Sinne nur Personen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention verstanden. Nicht alle diese Personen haben gute Bleibeperspektiven. Aufenthaltsberechtigt sind in Deutschland zunächst nur Asylberechtigte (im Sinne von § 3 Abs. 1 AsylG) und sog. „subsidiär Schutzberechtigte“ (im Sinne von § 4 Abs. 1 AsylG), also Menschen, denen in ihren Herkunftsländern ernsthafte, lebensbedrohliche Schäden drohen (Gyo 2015:3f.). Seit Mitte 2016 hat in Deutschland die Abschiebung nicht asylberechtigter Migranten begonnen. Eine sehr große Zahl wird dennoch für mehrere Jahre im Land bleiben, entweder weil die Asylverfahren noch andauern oder weil Personen einen Aufenthaltstitel oder eine mehrjährige „Duldung“ erhalten, die nach enger Definition keine Flüchtlinge sind. Gyo plädiert daher für den Begriff „Migrant“ als eine Art Sammelkategorie (ebd: 4). Allerdings konzentriert sich die vorliegende Arbeit auf die aktuelle Migrationsphase, für die weitestgehend die Flucht vor kriegerischen Auseinandersetzungen ursächlich ist. Um die begriffliche Unterscheidung zu den länger in Deutschland befindlichen Migranten aufrechtzuhalten, wird daher der Begriff „Flüchtlinge“ oder „Geflüchtete“ verwendet (Brücker et al. 2016).

Während die ältere Integrationsforschung erfolgreiche Integration primär als gelungenen Anpassungsprozess auffasst (vgl. hierzu Esser nach Han-Broich 2012: 116ff.), nimmt die jüngere Migrationsforschung die Beseitigung ausschließender Hindernisse und diskriminierender Maßnahmen in den Blick und spricht von „Inklusion“ (Bendel 2016b: 10). Diese Arbeit versteht Integration gemäß der Definition des SVR Migration „als einen mehrseitigen Prozess, an dem alle Beteiligten mitwirken“, mit dem Ziel „eine möglichst gleichberechtigte Teilhabe aller an den relevanten Bereichen gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen, indem die Gesamtgesellschaft entsprechende Chancen schafft“ (ebd.).

2.1. Problemfelder der Integration von Flüchtlingen aktuell

Die Situation der vielen Flüchtlinge in Deutschland ist durch vielerlei Schwierigkeiten gekennzeichnet, die sich nach typischen „Problemfeldern“ charakterisieren lassen. Die Beschreibung ist so aufgebaut, dass sowohl Phasen der Integration chronologisch nachvollzogen als auch eine Erweiterung von einer Innen- auf eine Außenperspektive stattfindet. Den

psychosozialen Problemen der Ankunftsphase folgen Fragen der Bildungs- und Arbeitsmarktintegration, Probleme der interkulturellen Verständigung und Akzeptanz mit der ansässigen Bevölkerung schließen die Betrachtung ab. Die Beschreibung stützt sich auf zentrale empirische Erkenntnisse zur Flüchtlingsintegration in Deutschland. Quantitativ fließt u.a. die repräsentative Längsschnittstudie von IAB, BAMF und SOEP ein, die in einer ersten Welle Interviews mit gut 2.300 Geflüchteten, die zwischen 2013 und 2016 nach Deutschland immigriert sind, auswertet und umfangreiche Daten zu Flucht und Integration mit vorhandenen Migrationsstichproben, Lebensstil- und Arbeitsmarktstudien kombiniert (Brücker et al. 2016). Ein tieferes qualitatives Verständnis der Probleme von Geflüchteten liefert die Bedarfsstudie „Was Flüchtlinge brauchen“ (Bendel 2016a). Ein Forscherteam der FAU Erlangen-Nürnberg interviewte über das Jahr 2015 hinweg Flüchtlinge sowie zivilgesellschaftlich engagierte Personen und Organisationen in Erlangen und erstellte auf dieser Basis ein umfassendes Bild von Bedarfslagen und Handlungsoptionen, auf das die folgende Beschreibung zurückgreifen kann.

2.1.1. Psychosoziale Lage und Bleibeperspektive

Die weite Mehrheit der seit 2015 nach Deutschland geflüchteten Personen hat Erfahrungen mit gewaltsamen Konflikten, Krieg und Verfolgung gemacht. Dazu kam in vielen Fällen die (lebens-)gefährliche und ungewisse Unternehmung der Flucht, die sich für viele Flüchtlinge ebenfalls über mehrere Monate hinzog und oft weitere harte Erfahrungen bereithielt: unsaubere und überfüllte Flüchtlingsunterkünfte, riskante Überfahrten oder Grenzübertretungen, die Erfahrung von Leid oder sogar Tod von Mitflüchtenden, Freunden oder Verwandten – und dies in einer grundsätzlichen Ungewissheit darüber, wie das Leben für sie selbst weitergeht. Die Angst vor gewaltsamen Konflikten und Krieg ist laut der IAB-BAMF-SOEP-Befragung mit Abstand die häufigste Fluchtursache (70%), gefolgt von Verfolgung (44%). Bei der Auswahl Deutschlands als Zielland spielt das Schutzbedürfnis der Betroffenen die wichtigste Rolle: der am häufigsten genannte Grund ist die Achtung der Menschenrechte (73%), insbesondere für Befragte aus dem Irak und Syrien (Brücker et al. 2016: 3f.). Bei der oft mehrmonatigen Flucht wurden nicht nur erhebliche monetäre Kosten (ein realistischer Mittelwert liegt bei etwa 5.000 Euro) auf sich genommen, sondern auch Risiken und Bedrohungen: ein Viertel der nach Deutschland Geflüchteten wurde Opfer von Schiffbruch, 40% von körperlichen Übergriffen, 20% von Raubüberfällen und 15 % der weiblichen Geflüchteten berichten von sexuellen Übergriffen. Mehr als die Hälfte wurde

durch wirtschaftlichen Betrug geschädigt, gut ein Viertel wurde erpresst (ebd: 5f.). Dementsprechend haben sehr viele Flüchtlinge mit psychischen Krankheiten zu kämpfen, was sich noch dadurch verstärkt, dass traumatische Erfahrungen weder auf der Flucht, noch in den Aufnahmelagern adäquat verarbeitet werden konnten.

Es ist vielsagend, dass die psychosoziale Situation der Flüchtlinge in Europa sogar im renommierten Wissenschaftsjournal *nature* dargestellt wird. Klinische Psychologen attestieren ihr darin den Status einer „Tragödie des öffentlichen Gesundheitssystems“. Mehr als die Hälfte der Ankömmlinge in Deutschland zeigten demnach Anzeichen psychischer Störungen, etwa ein Viertel ernsthafte Krankheiten wie posttraumatischen Stress, Angstzustände oder Depressionen. Dabei werden drei typische Stressphasen unterschieden: die gewalttätigen Traumata in den Heimatländern, die riskante Flucht und der soziale Stress, dem die Flüchtlinge in einem fremden Land ohne klare Perspektiven ausgesetzt sind (Abbott 2016). Dabei wird diese letzte *post-migration-phase* immer stärker ausschlaggebend. So stellt der Leiter einer Clearingstelle für Migranten mit psychischen Problemen der Charité Berlin klar: „Refugees may arrive in Germany with great hope, but then find themselves stuck for months in camps with no apparent prospects [...] When we ask them what their greatest stressors are, they typically refer not to their traumatic memories, but to their current frustrations“ (ebd: 159).

Aus diesen Ausführungen wird deutlich, dass die „Erlösungsphantasie“, die sich nach der harten Phase der Flucht mit vielen Entbehrungen mit der Ankunft in Deutschland verbindet, oft einem nicht erwarteten „Realitätsschock“ weicht. Dieser speist sich nicht nur aus einer Kultur (Sprache, Normen, Geschlechterrollen etc.), die vielen Migranten fremd ist, er ist vor allem gekennzeichnet durch Perspektivenunklarheit, lange Phasen des Wartens sowie die psychische Erfahrung von Nutzlosigkeit. Die lange Wartezeit wird zudem in Erstaufnahmeeinrichtungen verbracht, in denen Privatsphäre fast völlig fehlt (Zelte für mehrere hundert Personen, nur durch Stellwände getrennte Mehrbettzimmer, kaum Stauraum).

Misun Han-Broich, die als eine der ersten in Deutschland die psychische Seite der Integration untersuchte, kennzeichnet die Lage der Flüchtlinge als eine Ansammlung von „Anpassungsproblemen“, die sich gegenseitig verstärken: Kriegstraumata, psychische und psychosomatische Krankheiten, aufenthaltsrechtliche Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und dadurch ausgelöste Krise der Selbstwahrnehmung, Sprachprobleme sowie Einsamkeit und Heimweh (Han-Broich 2012: 55ff.). Sie beobachtet dabei, dass die aufenthaltsrechtliche Situation, die

tendenziell „zum Nichtstun verdammt“, den Alltag der Menschen so stark prägt, „dass ihr Dasein in Deutschland nur noch aus dieser Angst vor einer Abschiebung zu bestehen“ scheint (ebd: 53ff.). Einen erheblichen Unterschied gibt es dabei zwischen Flüchtlingen mit aussichtsreicher Bleibeperspektive und solchen, die keinen regulären Aufenthaltstitel („Duldung“) erhalten, weil für diese zweite Gruppe „keine Aussicht besteht, in Deutschland neue Wurzeln zu schlagen“ (ebd: 61f.)¹.

Auf die heutige Situation übertragen, ist festzustellen, dass die Bleibeperspektive noch ausschlaggebender geworden ist: „Ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt ist grundsätzlich zu erwarten, wenn ein Asylbewerber aus einem Herkunftsland stammt, das eine Schutzquote von über 50% aufweist“ (BMI nach Younso 2016: 216). Asylanträge aus Syrien und Eritrea erreichen derzeit eine Gesamtschutzquote von über 90% und sehr häufig den vollen Flüchtlingsstatus, Antragssteller aus dem Irak, Iran und Afghanistan zwischen 50 und 70% – Afghanen erhalten allerdings zu 26% nur ein Abschiebungsverbot („Duldung“) –, die Schutzquoten von Anträgen aus Albanien, Pakistan, Nigeria oder Russland liegen hingegen unter 10% (BAMF 2016b). Die psychische Unsicherheit, die ein ungeklärter Aufenthaltsstatus verursachen kann, trifft also für eine hohe Zahl von Flüchtlingen zu. Die Wartezeit kann jedoch auch mit guten Perspektiven auf Asyl zu einer psychischen Belastungsprobe werden. Betrachtet man den Zeitraum von der Einreise bis zum tatsächlich erteilten Asylbescheid, ergeben sich Verfahrensdauern von zehn bis elf Monaten, wie die Bundesregierung jüngst auf eine Anfrage der Linksfraction bekanntgab (tagesschau 2016).

2.1.2. Bildung und sprachliche Grundqualifikation

Bildung und Qualifikation gehören zu den wesentlichen Elementen von Teilhabe und gesellschaftlicher Integration. Dies findet sich nicht nur in prominenten Integrationstheorien, sondern auch im neuen Integrationsgesetz: Um dem „übergeordneten Zweck“, der „Förderung von Integration“ zu genügen, wird z.B. die Niederlassungserlaubnis von gelungenen Integrationsleistungen (u.a. Sprachkenntnis A2-Niveau, erfolgreicher Integrationskurs) abhängig gemacht; Sozialleistungen können an den Besuch von Integrationskursen gekoppelt

¹ Die Studie bezieht sich auf die letzte größere Flüchtlingskohorte in Deutschland und die Unterscheidung wird v.a. deutlich im Vergleich der „Kontingentflüchtlinge“ aus Russland und geduldeter Flüchtlinge, die überwiegend aus dem ehemaligen Jugoslawien (Serbien, Kosovo) stammen. Während erstere Gruppe eine wohlüberlegte Entscheidung traf und nicht vor akuter Bedrohung floh und dennoch einen dauerhaften Flüchtlingsstatus erhielt, floh die zweite Gruppe überwiegend vor Krieg und politischer Verfolgung und erhielt vielfach dennoch nur eine Duldung – und leidet weit stärker unter Entwurzelungserfahrungen.

werden. Die gesetzliche Wohnpflicht kann zum Zwecke der Berufsausbildung oder zur Aufnahme eines Studien-/Ausbildungsverhältnis aufgehoben, aber auch zur Erleichterung des Deutschlernens oder Aufnahme einer Erwerbstätigkeit verlängert werden (Röder 2016).

Den ersten und wichtigsten Zugang zur Teilhabe bildet die Sprache, daher ist die Förderung des Spracherwerbs die erste und grundlegendste Integrationsmaßnahme, auf die fast alle Weiterqualifizierungsmaßnahmen im Bildungs- und Arbeitsmarktsystem aufbauen. Schulpflichtige geflüchtete Kinder erhalten in sog. Übergangsklassen (in Bayern in Berufsschulen integriert) Unterricht. Die Förderungen für Erwachsene richten sich nach dem Aufenthaltsstatus. So bildet das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) für Asylsuchende den Rahmen, innerhalb dessen ihnen Bildungsangebote von staatlicher Seite zustehen (Younso 2016: 207). Personen mit guter Bleibeperspektive können neben Integrationskursen auch aus Bundesmitteln finanzierte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Einstiegsurse, Sprachkurse) wahrnehmen, alle anderen nur ehrenamtliche, freiwillig kommunal oder aus EU-Mitteln finanzierte. Die jeweiligen Träger bewerben sich bei der Bundesagentur für Arbeit um Förderung, wobei die maximale Förderdauer 320 Unterrichtseinheiten (8 Wochen à 40 Einheiten) beträgt. Ein darüber hinausgehender Anspruch besteht nicht (ebd: 216).

Nach Informationen des BAMF wurden 2015 und im ersten Halbjahr 2016 gut 560.000 Teilnahmeberechtigungen zu Integrationskursen ausgestellt, davon etwa 240.000 an neu zugewanderte Personen (die Mehrzahl Geflüchtete). Die Gesamtzahl der neuen Kursteilnehmenden im ersten Halbjahr 2016 ist mit 154.589 Personen im Vergleich zum ersten Halbjahr 2015 um rund 70 Prozent angestiegen (BAMF 2016c). Diese Zahlen markieren zwar ein deutliches Plus, doch bleibt festzuhalten, dass nach wie vor nur etwa ein Drittel der Geflüchteten die Integrationskurse besucht hat (Brücker et al. 2016: 9) und es noch einige Zeit brauchen wird, bis der Rückstau aufgeholt ist. Ebenfalls großen Nachholbedarf gibt es bei den Sprachkursen. Einen Anspruch hierauf haben, wie erwähnt, nur Personen mit guter Bleibeperspektive, doch werden in vielen Kommunen sowie mit Unterstützung der Landes-, Bundes- und Europapolitik Konzepte entwickelt, auch denjenigen, die eigentlich nicht im Fokus der Integrationspolitik stehen, eine Teilhabe zu ermöglichen (Younso 2016: 222f.). So erreichte Bayern mit dem Modellprogramm „Deutsch lernen und Erstorientierung“ für Asylbewerber seit 2013 über 3.600 Flüchtlinge und fördert ehrenamtliche Deutschkurse mit Aufwandspauschalen von 500 Euro, Nordrhein-Westfalen investierte etwa eine Million Euro in niedrigschwellige Unterstützung in den Kommunen (z.B.

Sprachpaten oder kindliche Förderung) (Schwarzer 2015). Nach wie vor aber gleicht die Landschaft der Sprachförderung einem Flickenteppich.

Belastbare Zahlen, wie viele Geflüchtete die Angebote in Anspruch genommen haben, sind aus dem IAB-BAMF-SOEP-Panel zu ermitteln: Insgesamt haben bisher zwei Drittel der Geflüchteten in der einen oder anderen Form einen Sprachkurs besucht, 22% nutzten sogar mehr als ein Angebot, auch nicht-formale Möglichkeiten wie Internet, Fernsehen, Zeitungen, Unterricht durch nahestehende Personen oder Sprachlern-CDs. Dies hat zur Folge, dass das Deutschniveau unter den Flüchtlingen allmählich steigt². Eine multivariate Analyse der Determinanten der Sprachkompetenz zeigt, – wenig überraschend – dass die Teilnahme an Sprachkursen entscheidend für gestiegene Deutschkenntnisse ist. Der Anstieg der Sprachkompetenz korreliert außerdem signifikant positiv mit der Aufenthaltsdauer, der Anerkennung des Schutzstatus, dem Bildungsniveau und einer dezentralen Unterbringung(!) (Brücker et al. 2016: 9). Einig sind sich jedoch alle Experten, dass der Bedarf sehr hoch ist und ohne die ehrenamtliche Unterstützung das System der Sprachförderung für Flüchtlinge zusammenbrechen würde (Bendel 2016a; Deinmann 2015; Schwarzer 2015).

2.1.3. Berufliche Bildung und Arbeitsmarktintegration

Häufig und kontrovers wird diskutiert, ob der Zustrom der Flüchtlinge eine Bereicherung oder eine Belastung für die Volkswirtschaft darstellt. Während zu Beginn der Flüchtlingsmigration 2014/2015 noch häufig mit dem hohen Arbeitskräftebedarf in Deutschland argumentiert wurde, den die Migranten decken könnten, werden inzwischen, da Nachqualifizierungsbedarfe sichtbar werden, kritische Stimmen lauter. Es gilt daher, faktische Erkenntnisse zusammenzutragen, die auch die Motivation der Geflüchteten berücksichtigen.

Zunächst bleibt festzustellen, dass die Quote der Empfänger von staatlichen Transferleistungen in der Gruppe der Migranten aus Drittstaaten außerhalb der EU um ein vielfaches höher liegt als die von EU-Einwanderern – sei es aufgrund niedrigerer Qualifikation oder fehlender Anerkennung von Abschlüssen (Märker/Wilkens 2014). Speziell Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten finden seltener Erwerbsarbeit und bestreiten überdurchschnittlich oft ihren Lebensunterhalt aus Sozialleistungen oder der Unterstützung Angehö-

² Während rund 90% der Geflüchteten beim Zuzug nach Deutschland noch keine Deutschkenntnisse hatte, stufen unter denjenigen, die noch keine zwei Jahre in Deutschland sind, 18% ihre deutschen Sprachkenntnisse als gut oder sehr gut ein, 35% als mittel und 47% als gering. Bei den Geflüchteten mit über zwei Jahren Aufenthalt sind die Kenntnisse dementsprechend höher (32% gut/sehr gut, 37% mittel).

riger (Klös/Riesen 2008). Ursächlich hierfür ist ein komplexes Zusammenwirken von nachteiligen Faktoren, die Arbeitsmarktforscher als „doppelte Diskriminierung“ beschrieben haben. Migranten erhalten geringeren Lohn für gleiche Arbeit und haben eine niedrigere Auswahl an Arbeitgebern. Sie besetzen daher vergleichsweise niedrige Einstiegspositionen und sind nur eingeschränkt vertikal mobil, was den langfristigen Erfolg am Arbeitsmarkt erschwert. Häufig sind sie selbständig, besetzen Positionen in Nischenökonomien (Kleingastronomie, Lebensmittelhandel, Reisebüros) oder in wenig rentablen Familienbetrieben, nicht selten bis zur Selbstaufgabe. Kurz: die Situation von Migranten ist durch ein höheres Auftreten von Arbeitslosigkeit, Volatilität und prekären Arbeitsverhältnissen gekennzeichnet (Buestrich/Finke-Oltmann 2008; Brandstätter 2014; Treichler 2014).

Zwei Faktoren stellen sich als besonders nachteilig heraus, wenn man speziell neu eingewanderte Migranten betrachtet. Erstens erweisen sich Kenntnisse und Fertigkeiten, die im Heimatland erworben wurden (neben Berufsausbildungen und Titeln auch informelle Kenntnisse oder persönlich-berufliche Ausstattungsmerkmale), im Zielland wegen anderer Anforderungsprofile oft als unbrauchbar. Auch fehlt kulturspezifisches Wissen über die Funktionsweise lokaler Arbeitsmärkte. Dies führt zu einer Entwertung der Ressourcen, Beschäftigung unter Qualifikationsniveau und der Notwendigkeit, neue verwertbare Ressourcen zu erwerben (Buestrich/Finke-Oltmann 2008; Kontos 2014). Nachqualifizierungsprogramme existieren jedoch nur sehr vereinzelt, meist nur für nachgefragte Berufe, z.B. Ingenieure oder Mediziner (ebd.); selbst bis zur Fortsetzung von Studiengängen vergeht oft mehr als ein Jahr, in dem vorhandene Qualifikationen brachliegen (Krauß/Ziola 2016). Zweitens herrscht für viele Migranten Unklarheit über den weiteren Aufenthalt in Deutschland, so dass ihnen potenzielle Arbeitgeber eine pauschale Rückkehrorientierung unterstellen und damit weniger gewillt sind, Arbeitsverträge auszustellen (Buestrich/Finke-Oltmann 2008; Klös/Riesen 2008) oder Abschlüsse anzuerkennen (Kontos 2014).

Eine weitere Schwierigkeit, die hier nur angedeutet werden kann, ist, dass soziale Netzwerke, die Perspektiven am Arbeitsmarkt maßgeblich beeinflussen, von den Neuankömmlingen allenfalls rudimentär oder in Form von ethnisch zentrierten Netzwerken aufgebaut werden konnten (Kronauer 2002: 168f.; Buestrich/Finke-Oltmann 2008: 189). 42% der aktuellen Geflüchteten finden die erste Arbeitsstelle in Deutschland über persönliche Kontakte; bei anderen Migrantengruppen liegt der Anteil jedoch bei 55% (Brücker et al. 2016: 10).

Doch allein weil schlecht bezahlte, schmutzige, schwierige und gefährliche Tätigkeiten (z. B. in der Landwirtschaft, der Rohstoffindustrie, dem Straßenbau und der Gastronomie) von der einheimischen Bevölkerung gemieden werden, sind westliche Ökonomien auch weiterhin auf Einwanderung, auch im gering qualifizierten Bereich, angewiesen (Jäggi 2016: 106ff.). So kommt eine Studie des Internationalen Währungsfonds zu dem Ergebnis, dass der Zustrom der Flüchtlinge das Bruttoinlandsprodukt der EU-Aufnahmeländer geringfügig erhöhen wird. So rechnen die IWF-Experten für 2017 mit einem BIP-Wachstum von 0,3% für Deutschland, 0,1 % in der Schweiz, 0,5% in Österreich und 0,4 % in Schweden. Diese positiven Szenarien basieren allerdings auf der Prämisse, dass es gelingt, die Flüchtlinge relativ schnell mit deutschen Sprachkenntnissen auszustatten und sie zweitens in den Arbeitsmarkt zu integrieren (ebd.). Die hohen Chancen auf Asyl und die Erkenntnis, dass auch geduldete Flüchtlinge oft jahrelang in Deutschland bleiben, haben zu einem Politikwechsel bei der Arbeitsmarktintegration geführt, der Asylsuchenden und Geduldeten nun die Aufnahme einer Beschäftigung bereits nach dreimonatigem Aufenthalt, in strukturschwachen Regionen nach 15 Monaten, ermöglicht (Bendel 2016a: 63).

Das Qualifikations- und Bildungsniveau unter den Flüchtlingen ist als sehr heterogen zu bezeichnen und es bedarf sicherlich erheblichen Aufwandes, für eine flächendeckende berufliche Qualifizierung zu sorgen. Unter den erwachsenen Geflüchteten besuchten 10% nur eine Grundschule, 31% eine Mittelschule und 37% eine weiterführende Schule. Nur 58% der Geflüchteten – im Vergleich zu 88% unter der deutschen Wohnbevölkerung – haben zehn Jahre und mehr in Schulen, Hochschulen sowie in beruflicher Bildung verbracht.

„Die Bildungsstruktur der Geflüchteten unterscheidet sich insofern von der deutschen Wohnbevölkerung weniger am oberen Ende des Qualifikationsspektrums; sie zeichnet sich durch einen sehr viel kleineren Anteil in der Mitte und einen sehr viel größeren Anteil am unteren Ende des Qualifikationsspektrums aus“ (Brücker et al. 2016: 7).

Hoch ist jedoch auf der anderen Seite das Bildungspotenzial der Geflüchteten. Hier lässt sich zum Einen das junge Alter anführen – 71% der 2015 registrierten Asylbewerber sind unter 30, knapp 56% unter 25 (Bornträger/Moukouli 2016: 121) –, zum anderen die hohen Bildungsambitionen: 46% der erwachsenen Geflüchteten streben noch einen allgemeinbildenden Schulabschluss in Deutschland an, 66% einen beruflichen Abschluss, davon etwas mehr als ein Drittel einen akademischen Abschluss (Brücker et al. 2016: 8).

Der „messbare“ Grad an beruflicher Bildung unter den Geflüchteten ist deutlich niedriger als der deutschen Bevölkerung. 19% unter ihnen haben Universitäten oder Hochschulen

besucht, jedoch nur 12% eine betriebliche oder berufliche Ausbildung absolviert; 69% der Geflüchteten kamen ohne Ausbildung nach Deutschland (ebd.). Dies liegt zum einen an den kriegsbedingten Umständen, zum anderen daran, dass die meisten Herkunftsländer kein vergleichbares Berufsbildungssystem aufweisen, das Abschlüsse zertifiziert. Die große Mehrzahl der geflüchteten Personen hat gearbeitet und verwertbare berufliche Fähigkeiten oder Erfahrungen erworben. 81% der geflüchteten, erwerbsfähigen Männer und 50% der Frauen verfügen über Berufserfahrungen, 27% als selbständige, 30% als Arbeiter, 25% als Angestellte ohne und 13% mit Führungsposition. Die allermeisten Geflüchteten, auch die Frauen, geben zudem eine hohe Arbeitsmotivation an (ebd: 8ff.; Krauß/Ziola 2016: 142).

Die Weiterqualifizierung für den Arbeitsmarkt ist grundsätzlich über das berufliche Ausbildungssystem, spezifische Weiterbildungsprogramme (inkl. der Übergangsklassen) oder das Hochschulsystem möglich. Zusätzlich werden über das bis Ende 2020 befristete Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ gefördert, die über geringfügige Arbeitsgelegenheiten (sog. „1-Euro-Jobs“) als Integrationsvehikel dienen sollen (Röder 2016). Im Sommer/Herbst 2016 waren laut der IAB-BAMF-SOEP-Befragung erst 14% der Befragten erwerbstätig, davon etwa ein Drittel in Vollzeit, wobei die Beschäftigtenquote mit der Dauer des Aufenthalts in Deutschland steigt (31% bei den vor 2013 zugezogenen). Dennoch kann davon gesprochen werden, dass die Arbeitsmarktintegration erst am Anfang steht (Brücker et al. 2016: 10). Die Befunde sprechen auch dafür, dass die Beratungsangebote der Bundesagentur für Arbeit für Geflüchtete trotz eines steigenden Bekanntheitsgrades noch wenig genutzt werden. „Rund ein Fünftel der Geflüchteten gibt an, bei der Arbeitssuche Hilfe benötigt und erhalten zu haben; aber zwei Fünftel sagen, dass sie Hilfe benötigt, aber keine erhalten hätten“ (ebd.). Zudem erweist sich nur der ESF-BAMF-Sprachkurs, der auf vorhandenen Kenntnissen aufsetzt, als wirklich effizient für die Vermittlung in Arbeit (Brücker et al. 2016: 10).

Berufliche Bildung und Weiterqualifizierung stellt eines, wenn nicht das wichtigste Anliegen vieler Flüchtlinge dar. Auch die FAU-Befragung belegt, dass nur sehr wenige Flüchtlinge aufgrund der schwierigen Anerkennung in ihrem angestammten Beruf arbeiten. Neben einer gewissen Eintrübung der Erwartungen erkennen die Forscher hier jedoch auch, dass viele Flüchtlinge sich umorientieren oder selbst einen langsamen Eintritt in den Arbeitsmarkt vorziehen, auch wenn die rechtliche Voraussetzung besteht, weil sie sich aufgrund fehlender Sprach- oder Kulturkenntnisse noch nicht bereit fühlen (Youn-

so/Borkowski 2016). Ein Anliegen der Flüchtlinge ist allerdings durchgehend zu finden: das Bedürfnis, bezüglich ihrer Bildungs- und Berufsvorstellungen sowie ihrer Fähigkeiten individuell wahrgenommen und gefördert zu werden (ebd; Younso 2016; Korntheuer/Anderson 2014): „Eine auf die persönlichen Umstände und Wünsche eingehende Bildungsberatung, die Aufklärung über die individuell unterschiedlichen Möglichkeiten und Wege im deutschen Bildungssystem gibt, scheint grundlegend für eine selbstbestimmte und bewusste Teilhabe zu sein“ (Younso 2016: 243).

2.1.4. Interkulturelle Akzeptanz

Kultur und Migration haben zentral mit dem Aushandeln von Normen und Regeln zu tun. Bei Migrationsprozessen treten daher, quasi zwangsläufig, Kommunikationsschwierigkeiten auf: Während die Migranten die für sie neue Kultur des Einwanderungslandes nicht oder nur schlecht verstehen, fühlen sich die Menschen im Aufnahmeland durch die Fremden verunsichert und manchmal missverstanden. Dabei hilft es, Integration sowohl aus der Perspektive der aufnehmenden Gesellschaft zu sehen – welche kulturellen Prägungen bringen Immigranten mit? –, als auch den Blick zu wenden auf die Perspektive der Einwandernden – welche kulturellen Bedingungen erwarten sie im Land der Aufnahme und wirken diese Bedingungen integrativ oder desintegrativ (Jäggi 2016: 76)?

Aus Sicht der Flüchtlinge bedeuten neue kulturelle Erfahrungen zunächst einmal eine Konfrontation, nicht selten eine Erfahrung der Ausgrenzung und Marginalisierung. Vahsen, der Migrationsbiographien untersuchte, betont, dass selbst bei retrospektiv positiv wahrgenommenen Migrationsbilanzen die ersten Erfahrungen im Ankunftsland fast immer als Ausgrenzung und Deprivation wahrgenommen werden (Vahsen 2000: 20ff. und 45f.). Dem steht das große Engagement und die „Willkommenskultur“ entgegen, die viele Geflüchtete v.a. im Sommer und Herbst 2015 erfahren haben. Doch bereits in Kapitel 2.1.1 wurde deutlich, dass diese erste Begeisterung in den meisten Fällen allmählich der Erfahrung eines schwierigen Alltags weicht.

Aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft bedeutet Einwanderung, wie Nick betont, stets eine „interkulturelle Irritation“, die von manchen als bedrohlich wahrgenommen wird. Schon 2010, bei geringen Flüchtlingszahlen, diagnostiziert er aus unterschiedlichen Einstellungserhebungen eine deutlich negative Haltung gegenüber Migranten bei einem Drittel und eine latente Fremdenfeindlichkeit, die situativ zum Ausdruck kommt, bei bis zu zwei Dritteln der Mehrheitsgesellschaft (Nick 2010: 24ff.). Nick zu Folge entfaltet die nationale Identität

gerade in Phasen steigender Kontingenz und Unklarheit „eine unmittelbare Inklusionswirkung, weil sie für das Individuum keiner größeren Anstrengung für ihre Zugehörigkeit bedarf“ (ebd: 32). Die wachsende Ablehnung gegen die Flüchtlingsmigration und die Wahlerfolge der AfD, die eine vermeintlich einheitliche nationale „Kultur“ beschwört, sind Zeugnis davon. Auch die Ergebnisse der BAMF-Kurzanalyse geben wieder, dass 10% der Flüchtlinge häufige und 36% gelegentliche Erfahrungen mit Diskriminierung gemacht haben, was bereits jetzt leicht über dem Durchschnitt der Migrationsbevölkerung liegt (Brückner et al. 2016: 15).

Weite Teile der deutschen Gesellschaft empfinden die interkulturelle Irritation allerdings nicht als bedrohlich, wie eine Panelstudie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland belegt, die seit November 2015 Bundesbürger zu ihren Erwartungen bzgl. der gesellschaftlichen Integration von Flüchtlingen befragt. Demnach nehmen mit steigendem Kontakt auch die positiven Erfahrungen mit Flüchtlingen zu – auch im östlichen Bundesgebiet, obwohl der Kontakt dort seltener ist (vgl. Abb. 1).

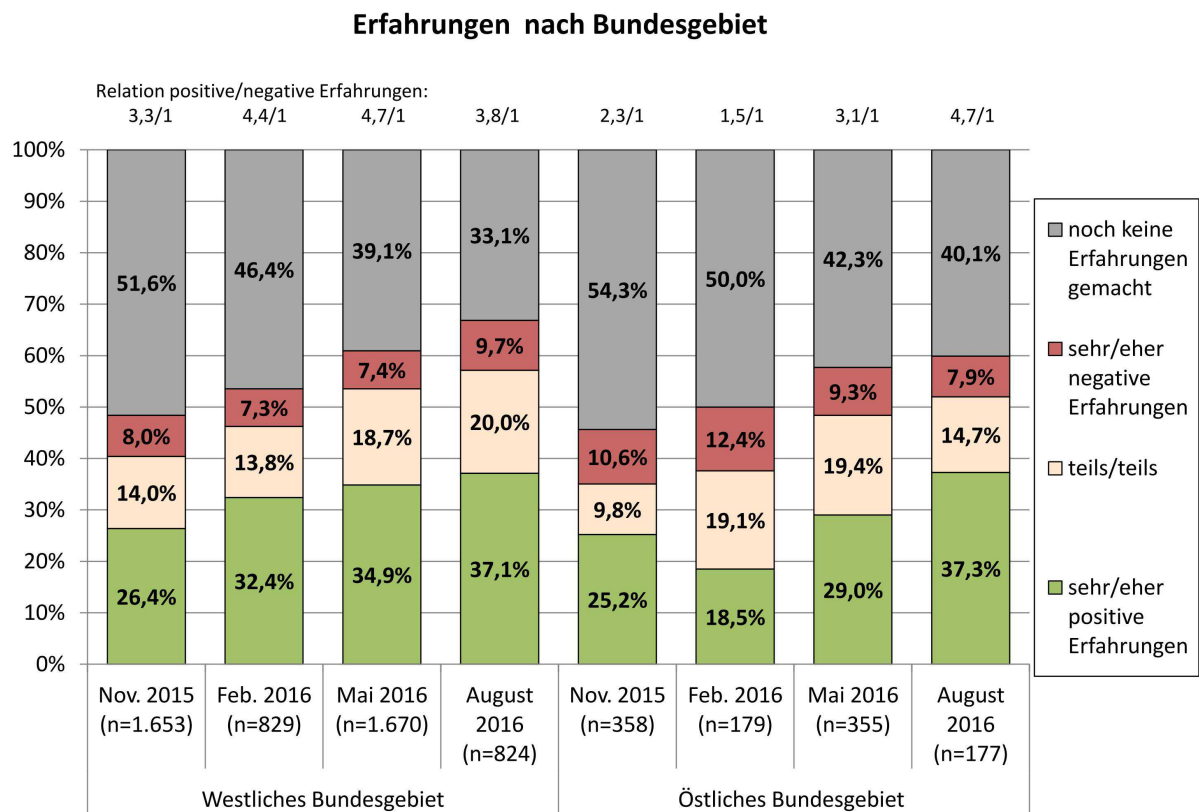


Abbildung 1: Eigene positive/negative Erfahrungen mit Flüchtlingen nach Bundesgebiet (Ahrens 2016)

Auf der anderen Seite stellt sich auch die Frage, ob die Werthaltungen der Zuwanderer anschlussfähig für die deutsche Mehrheitsgesellschaft sind. Immerhin stammt ein Großteil der

Zuwanderer arabischen, zentralasiatischen oder afrikanischen Gesellschaften und ist mit großen Unterschieden bzgl. familiärer Strukturen, Geschlechterrollen, Arbeitskultur oder politischen Traditionen aufgewachsen. Spätestens seit den Übergriffen der Silvesternacht in Köln und den terroristischen Attentaten durch Flüchtlinge ab Mitte 2016 wird die kulturelle „Integrationsfähigkeit“ in der öffentlichen Diskussion skeptisch gesehen. Mit der Längsschnittstudie von IAB, BAMF und SOEP liegen nun valide Ergebnisse zur Wertorientierung der Geflüchteten auf der Basis von erprobten Instrumenten vor, die große Gemeinsamkeiten offenbaren (Brücker et al. 2016: 17):

„Teilhabe und Inklusion hängen nicht allein von der Integration in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem ab. Es wird auch eine wichtige Rolle spielen, inwieweit die Geflüchteten mit der deutschen Bevölkerung in Deutschland gemeinsame Grundwerte teilen. Ein Vergleich der Wertvorstellungen zeigt, dass die Geflüchteten in ihren demokratischen und rechtsstaatlichen Grundüberzeugungen der deutschen Bevölkerung ähnlich sind, sich aber erheblich von den Bevölkerungen in ihren Herkunftsregionen unterscheiden.“³

Dabei wäre es irreführend, *eine* einheitliche Dominanzkultur in einem statischen Sinne zu Grunde zu legen, sondern es hilft, den Kulturbegriff als *dynamische* Aushandlung kultureller Praktiken zu verstehen, die mehrheitlich geteilt, aber auch verändert werden können (Nick 2010). Zu Konflikten kommt es ja gerade, wenn Interkulturalität als Bedrohung einer hegemonialen Stellung der „eigenen“ Kultur verstanden wird und „bestimmte kulturelle Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft und Zuschreibungen gegenüber Minderheiten in der Gesellschaft [...] als quasi natürlich verstanden bzw. konstruiert“ werden (ebd.: 38).

Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass interkulturelle Konflikte in den allermeisten Fällen aus internalisierten Verständnisproblemen erwachsen, denen das differenzierte kulturspezifische Wissen übereinander fehlt. Auslöser können Unterschiede in der Sprachfärbung, asymmetrische Beziehungen (z.B. Bittsteller-Helfer) oder auch reale Veränderungen des Zusammenlebens sein, die einseitig (z.B. als Bedrohung oder Abwertung) wahrgenommen werden (FES 2015). Dem kann, wie Stefan Kammhuber, Leiter des Instituts für Kommunikation und Interkulturelle Kompetenz der Hochschule für Technik Rapperswil, be-

³ Die überprüften Einstellungen zu Regierungsformen und Demokratie finden unter den Geflüchteten mindestens so große Zustimmung wie unter allen Deutschen und zeigen deutliche Abweichungen zu einer Vergleichsgruppe aus den Krisenregionen der Welt (Ägypten, Algerien, Irak, Jemen, Libyen, Palästina). Große Zustimmung finden Bürgerrechte, freie Wahlen, staatliche Umverteilung und auch die Gleichheit der Geschlechter. Lediglich die Trennung von Staat und Religion befürworteten die Geflüchteten nicht ganz so stark wie die Deutschen (Brücker et al. 2016: 12ff.).

schreibt, mit Techniken der interkulturellen Kommunikation⁴ entgegengewirkt werden, die dazu beitragen, „sich [zu] informieren, Gemeinsamkeiten [zu] entdecken, die dann die Basis bilden, um über Unterschiede produktiv sprechen zu können“. Daneben sei es wichtig, „die Flüchtlinge mit den zentralen Elementen der deutschen Wertvorstellungen vertraut zu machen, die nicht verhandelbar sind (z.B. Grundrechte), sowie mit Werten und Normen, die für die berufliche und private Integration hilfreich sind (z.B. Einhaltung von Terminen oder Umgang mit Kritik), und für diese zu werben“ (ebd.). Interkulturelle Kompetenz kann durch allgemeine interkulturelle Sensibilisierungstrainings, kulturspezifische Trainings oder interkulturelle On-the-job-Begleitung erworben werden. Da häufiger und intensiver Kontakt interkulturelle Kommunikation fördert (ebd.), bietet auch das ehrenamtliche Engagement für und mit Flüchtlingen viele Möglichkeiten, dies zu erlernen und in der Praxis zu erproben.

2.2. Zivilgesellschaftliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit

Wie im vorherigen Kapitel bereits angedeutet, ist rund um die Flüchtlingsintegration in Deutschland ein breites zivilgesellschaftliches Engagement entstanden. Damit erhält dieses Gebiet zu Recht internationale Aufmerksamkeit, was auch dazu führen wird, dass es noch stärker beforscht und in die politische Planung miteinbezogen wird. Im Folgenden werden die bisherigen Erkenntnisse zu Umfang und Wirkungen dieses Engagements bilanziert.

Zwar kann eine gewisse Unübersichtlichkeit bei den Angeboten der kommunalen oder ehrenamtlichen Hilfe nicht geleugnet werden, dennoch ist das Ehrenamt zu einer festen, ja unersetzlichen Größe der Flüchtlingsarbeit geworden. Die enorme Bedeutung des Ehrenamts, die bereits bezogen auf frühere Migrationsphasen herausgearbeitet wurde (Han-Broich 2012), bestätigt sich in aktuellen Untersuchungen (Bendel 2016a; Heyse et al. 2016; Karakayali / Kleist 2016). So hebt die Erlanger Bedarfsstudie hervor, dass die ehrenamtlichen Helfer v.a. für den Zugang zu Bildungs-, Freizeit- und beruflichen Angeboten wichtig seien und dadurch unter den Geflüchteten hohe Anerkennung genießen (Bendel 2016b: 66).

⁴ Diese, auf ethischen Grundsätzen basierende Sozialtechnologie erwächst aus einer Haltung der Wertschätzung für andere Formen des Denkens, Fühlens und Handelns und der Fähigkeit zur Perspektivenübernahme. Sie bemüht sich darum, die innere Logik menschlichen Verhaltens zu verstehen und die Konsequenzen angemessen einzuschätzen. Kernelemente sind das aktive Erklären der eigenen kulturellen Werte und das aktive Interesse für die der anderen. Vermieden werden sollten sowohl eine Grundhaltung der Überheblichkeit als auch unreflektierte Akzeptanz („Alles und jeder Fremde sind grundsätzlich gut bzw. besser“) (FES 2015).

Laut der EKD-Studie engagierten sich Mitte 2016 knapp 12% der Bundesbürger für Flüchtlinge – wobei das Engagement von Geld- und Sachspenden, über Begleitung, Unterricht und Betreuung bis hin zur Unterkunft variiert (s. Abb. 2). Die Diskrepanzen zwischen vorgestelltem und aktuellem Engagement machen jedoch auch deutlich, dass noch erhebliches Potenzial vorliegt, weiter bzw. wieder für Flüchtlinge aktiv zu werden.

Haben Sie sich in den letzten Jahren schon einmal auf folgende Weisen für Flüchtlinge eingesetzt oder können Sie sich vorstellen, das zu tun?

Aktuelles Engagement insgesamt: Nov. 2015 10,9% / Mai 2016 11,9%

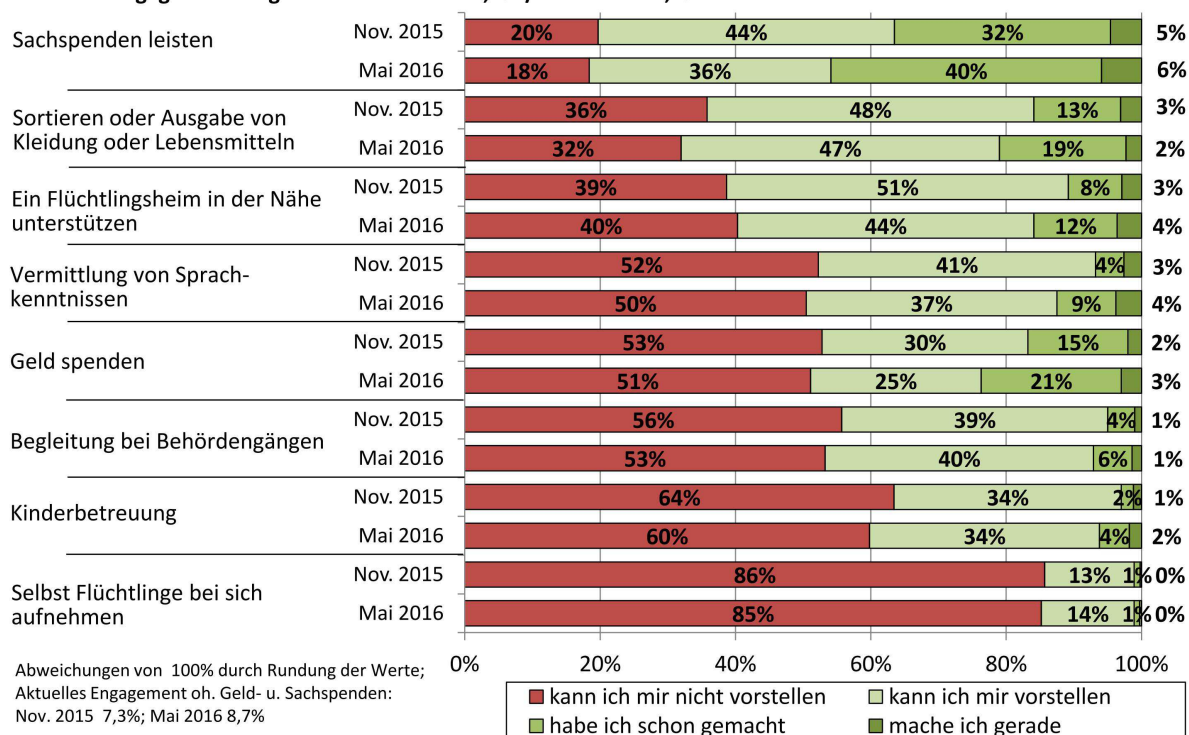


Abbildung 2: Engagement für Flüchtlinge nach Art (Ahrens 2016)

Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) befragte Ende 2015 knapp 2.300 Personen zu ihrem Engagement. Die Studie ist die umfangreichste zur ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland (Karakayali/Kleist 2016). Demnach sind drei Viertel der Engagierten Frauen und es gibt einen leicht überproportionalen Anteil mit Migrationshintergrund (24%). Das Engagement kommt bezogen auf Alter und berufliche Hintergründe aber immer stärker in der Mitte der Gesellschaft an (ebd: 11ff.). Zwei Drittel der Engagierten sind erst seit 2015 aktiv und selbstorganisierte Gruppen, Initiativen und Projekte überwiegen deutlich vor Vereinen, Religionsgemeinschaften und staatlichen Organisationsformen (ebd: 19ff.). Die engagierten Personen bringen eine hohe Motivation für die Arbeit mit – die wichtigsten Beweggründe sind das Gemeinschaftsgefühl und die Möglichkeit, die „Gesellschaft (zumindest im Kleinen) mitzugestalten“ (ebd: 33). Es wird

kaum Überforderung wahrgenommen, drei Viertel finden in der Arbeit hohe Erfüllung, 60% ziehen gar neue Motivation aus dem Engagement. Zu staatlichen Aufgaben sehen die Ehrenamtlichen größtenteils keine Konkurrenz, ihnen ist vielmehr an der Zusammenarbeit gelegen. Zwar dominieren bei der Entscheidung zum Engagement altruistische Motive, doch stimmen über 30% voll und weitere 40% teilweise der Aussage zu, dass man in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit beruflich nützliche Erfahrungen erwerbe (ebd: 30ff.). Hierin zeigt sich eine große Übereinstimmung mit dem Selbstverständnis neuer Formen des Ehrenamtes, die in Kap. 3.2.1 beschrieben werden.

Bezüglich der Aufgaben dominieren einfache Tätigkeiten (z.B. Spenden, Essen verteilen) und praktische Alltagsunterstützung (z.B. Sprachunterricht, Behördengänge) deutlich vor professioneller Beratung und Betreuung. Die beschriebene Verschiebung von struktureller Integrationshilfe (2014) hin zu niedrighschwelligem Ersthilfeangebot (2015) (ebd: 26) entspricht dem Stand der Bedürfnisse. Ende 2016 ist aus Gesprächen mit Freiwilligenagenturen bekannt, dass das Aufgabenprofil sich von der Ersthilfe gerade wieder auf langfristige Integrationshilfen erweitert. Die BIM-Studie zeigt aber, dass gerade die längerfristig Engagierten in der Vernetzung und Organisation tätig sind und oft viel Zeit investieren, wodurch die „Möglichkeit einer Nachhaltigkeit gegeben“ ist (ebd: 4).

Auch wenn bezüglich der untersuchten Motivationen ein gewisser Enthusiasmus einbedacht werden sollte, sprechen die Ergebnisse der BIM-Studie insgesamt recht deutlich dafür, dass das Sozialkapital durch die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe vermehrt werden kann und dass gute Chancen existieren, dieses langfristig zu etablieren und damit erste Schritte in Richtung Nachhaltigkeit zu leisten. Wichtig dafür ist nach den Autoren:

- das Ehrenamt fest in die Integrationspolitik mit einzuplanen,
- best-practices der öffentlich-zivilgesellschaftlichen Kooperation zu ermitteln, und den Schwung der ersten Projekte zum Aufbau „nachhaltiger Strukturen“ zu nutzen,
- die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit weiter vertieft zu beforschen (ebd: 5f.).

Selbstverständlich gibt es auch Hindernisse und Probleme in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit. Seitens der Freiwilligenorganisationen sind es hauptsächlich mangelnde Ressourcen, Koordination und Information, die Schwierigkeiten verursachen. Gerade in der Ankunftsphase lief bei den Agenturen eine Welle an Engagementbereitschaft auf, die sie nur mehr schlecht als recht kanalisieren konnten. Mittlerweile haben die vielen Haupt- und Ehrenamtlichen Datenbanken und Plattformen für Flüchtlingsengagement entwickelt, ihr

Angebot erweitert und sich vernetzt. Vielfach liegt ein guter Überblick vor und Interessierte können zielorientiert weitervermittelt werden.

Für die Flüchtlinge stellen ebenfalls das wenige zur Verfügung stehende Geld, mangelnde Mobilität und ein Mangel an Sprachkenntnissen Hindernisse dar, ganz besonders hinderlich ist aber die mangelnde Informationslage: Flyer und Aushänge in den Unterkünften erreichen die Flüchtlinge nur schwer, in einigen Unterkünften fehlen Internetverbindungen, obwohl das Internet die zentrale Informationsquelle ist; am erfolgversprechendsten ist oft der persönliche Kontakt über ehrenamtliche Helfer. Es gibt daher weiterhin einen großen Bedarf an zentralen Informationsübersichten oder relevanten Apps. Da in der Freizeit ein großer Bedarf nach Kontakt, Sport und Kulturaustausch herrscht, sind auch Räumlichkeiten für Aufenthalt und Begegnung stark nachgefragt (Riemer 2016). Aktuell liegt der Fokus des Interesses darin, die aktive Partizipation der Flüchtlinge zu steigern – gerade Begegnungsprojekte bieten hier „enormes Integrationspotenzial“. Anschlussprojekte sollten deshalb das Empowerment der Geflüchteten und die Nachhaltigkeit von Förderstrukturen in den Blick nehmen (ebd: 308f.).

Als **Fazit dieses Kapitels** kann festgehalten werden, dass verschiedene Problemfelder nach wie vor die Integration der Flüchtlinge in Deutschland erschweren. Besonders ungünstig wirkt sich aus, dass hierbei unklare Perspektiven (Bleibestatus, Arbeitsmarktintegration) und mangelnde Verarbeitungskompetenz (psychosoziale Vulnerabilität) aufeinandertreffen. Alltagspraktisch ist das größte Risiko, dass sich Untätigkeit als wahrgenommene Nutzlosigkeit manifestiert und soziale Konflikte nach sich zieht. Gesellschaftliche Akzeptanz und interkulturelle Verständigung, wie sie durch die Zivilgesellschaft in großem Umfang geleistet wird, wirken demgegenüber als unterstützende Faktoren. Dabei kommt es entscheidend darauf an, die Geflüchteten selbst zu aktivieren.

Der weitere Fortgang der Arbeit wird zeigen, inwiefern dies als Beitrag zu sozialer Nachhaltigkeit verstanden werden kann. Hierzu erfolgt im nächsten Kapitel eine Betrachtung der relevanten Theorieansätze.

3. Theoretische Begründung von Integration im Kontext sozial nachhaltiger Entwicklung

3.1. Relevante Theorieansätze der sozialen Nachhaltigkeit

Obwohl die soziale Nachhaltigkeit in den letzten Jahren vermehrt Aufmerksamkeit erfährt – bedingt durch neue Erkenntnisse zur Verteilungs(un)gerechtigkeit, kriegerische Konflikte und vermehrte Migrationsbewegungen oder eine globale Weltöffentlichkeit – ist sie im Kontext der nachhaltigen Entwicklung noch immer die am wenigsten beleuchtete Sphäre.

„Dabei ist die soziale Nachhaltigkeit, die den sozialen Zusammenhalt in Organisationen [...] als auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Humanität, Freiheit und Gerechtigkeit zum Ziel hat, nicht weniger bedeutend als die beiden anderen Dimensionen, um die zukünftige ökologische, ökonomische und soziale Stabilität einer Gesellschaft zu gewährleisten.“ (von Hauff 2014: 36)

Auf die Synergie, die soziales Kapital für die beiden anderen Dimensionen der Nachhaltigkeit aufweist, hat von Hauff (ebd: 43) deutlich hingewiesen. Bindeglied ist hier primär die soziale Gerechtigkeit. So gilt bezogen auf die innergesellschaftlichen Verhältnisse, „dass eine gesellschaftliche Entwicklung, die nicht zu mehr Gerechtigkeit führt, enorme Krisen- und Gewaltpotentiale birgt, die nicht zuletzt die Nachhaltigkeitsbemühungen im ökologisch-ökonomischen Bereich gefährden“ (Fischer 2010: 8) . Die Gerechtigkeitsfrage, das „gesellschaftspolitische Ziel der Chancengleichheit bzw. Chancengerechtigkeit“, verbindet also das Interesse an nachhaltiger Entwicklung mit den Bemühungen, Benachteiligte zu fördern (ebd.; vgl. auch Nestvogel 2001: 51).

Die wichtigsten Zugänge zur sozialen Nachhaltigkeit im speziellen Kontext von Integration werden im Folgenden dargestellt. Trotz einer Vielzahl von Definitionen, die stark durch die jeweiligen Hintergründe und Ziele geprägt sind, besteht in der zusammenfassenden Literatur weitgehende Einigkeit, folgende zwei Perspektiven einzubeziehen:

- der Ansatz der *Grundgüter und Grundbedürfnisse*
- der Ansatz des *Sozialkapitals* (von Hauff 2014: 36ff.; Mutlak/Schwarze 2007).

Als drittes Standbein wird ein dem Strukturfunktionalismus und der Systemtheorie entlehnter Ansatz berücksichtigt, der insbesondere den Aspekt der *Sozialintegration* beleuchtet.

Laut Mutlak/Schwarze sollte ein integratives Konzept sozialer Nachhaltigkeit zum Einen eine „explizite Nachhaltigkeitsethik“ beinhalten und sich zum anderen bemühen, Mikro- und Makroperspektive zu verbinden (ebd: 31). Die vorliegende Arbeit unternimmt diesen Versuch.

3.1.1. Grundgüter / Grundbedürfnisse

Mutlak und Schwarze würdigen den Grundgüter-Ansatz, der als entwicklungspolitisches Grundkonzept zunächst durch die neoliberale Entwicklungsstrategie verdrängt, in den 1990er-Jahren aber wiederbelebt wurde, als den Versuch, die Ziele einer sozial nachhaltigen Entwicklung auf explizit ethischer Grundlage zu definieren (ebd: 18ff.). Der Begriff wurde maßgeblich durch die neuere Gerechtigkeitstheorie von John Rawls beeinflusst. Rawls' vernunftgeleitetes Konzept führt die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit auf eine vertragsrechtliche Aushandlung und Verteilung der Rechte und Pflichten zurück. Im Gegensatz zu utilitaristischen Positionen definiert er Nutzen sozusagen pluralistisch – als „die Aussicht auf den Zugang zu einer Reihe von Grundgütern“, die nach Gerechtigkeitskriterien verteilt sind (von Hauff 2014: 149). Diese Verteilung – das ist das Bemerkenswerte – fußt auf einem egalitären Gerechtigkeitsverständnis. Erstens gilt prinzipiell gleicher Zugang zu den gesellschaftlichen Grundgütern – darunter versteht Rawls Rechte, Freiheiten und Chancen sowie Einkommen und Vermögen (ebd: 149f.). Zum Zweiten gilt „der Grundsatz, daß soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, etwa verschiedener Reichtum oder verschiedene Macht, nur dann gerecht sind, wenn sich aus ihnen Vorteile für jedermann ergeben, insbesondere für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft“ (ebd:150f.). Somit ist nicht nur gleicher Zugang zu den gesellschaftlichen Grundgütern zu gewährleisten, sondern es muss auch der Nutzen für schwächere Mitglieder – sozial Bedürftige oder geflohene Menschen – bei der Umsetzung von Politiken berücksichtigt werden.

An Rawls' Konzept wird jedoch häufig kritisiert, dass es rein auf Verfahrensgerechtigkeit abstelle. „Grenzen werden also sichtbar, wenn in einem System keine entsprechenden politischen, wirtschaftlichen und/oder juristischen Institutionen existieren, die die Verfahrensgerechtigkeit umsetzen“ (ebd: 151), was ja auf die Flüchtlingsfrage ansatzweise zutrifft⁵.

Auch vor diesem Hintergrund gibt es Anlass, Rawls' Ansatz, der auf gesellschaftlichem Nutzen basiert, zu erweitern. Das geschieht im Konzept des Wirtschaftsnobelpreisträgers von 1998, Amartya Sen. Der Inder, der seine Forschungen in den Entwicklungs- und

⁵ Die nötigen verfahrensrechtlichen Institutionen mussten – überfordert durch die massive Ankunft der Flüchtlinge ab September 2015 – erst aktiviert werden und laufen erst heute auf einen „Normalbetrieb“ zu. Teilweise wurden auch neue Institutionen geschaffen: das neue Integrationsgesetz ist erst seit August 2016 in Kraft. Dies hat, wie in Kapitel 2.1 erwähnt, zur Folge, dass sich Asylverfahren viele Monate hinziehen und der aufenthaltsrechtliche Status lange ungeklärt bleibt. Die Umsetzung der Integrationsmaßnahmen beruht sogar auf breiter Front auf Freiwilligen und ehrenamtlicher Unterstützung – von den Ersthilfemaßnahmen in den Flüchtlingsunterkünften bis zu den begleitenden Integrationsmaßnahmen von heute.

Schwellenländern Südasiens fundierte, geht von elementaren Funktionen menschlichen Lebens aus, bündelt diese aber als „Verwirklichungschancen“ – Ausdrucksformen der Freiheit, selbst gewählte Lebensstile zu realisieren, „also die tatsächlichen Chancen, die es dem Menschen erlauben, das zu tun, was er mit einer entsprechenden Begründung schätzt bzw. wünscht“ (ebd: 152). In Sens Sichtweise steht

„nicht die Verteilung von Gütern im Vordergrund, sondern die Nutzung der Güter durch die Aktivierung bzw. Befähigung der Betroffenen und die Transformation der Güterverfügbarkeit in neue Lebenschancen. [...] Der Gerechtigkeitsbegriff von *Sen* ergänzt somit die institutionelle Sichtweise von *Rawls* um den sozialen Kontext“ (ebd: 152f.).

Er fordert sogar eine Erweiterung des Nachhaltigkeitsbegriffes, weg von einer rein bedürfnis-, hin zu einer freiheitsorientierten Perspektive. Sein Hauptwerk „Development as Freedom“ ist auch ein klares Plädoyer für kulturelle Vielfalt, die sich aus den universellen Menschenrechten ergibt (Sen 1999: 227ff.). Obwohl Sen betont, dass Traditionen und kulturelle Besonderheiten auch in einer sich immer rascher wandelnden Moderne Bedeutung besitzen, sieht er kulturelle Diversität als Voraussetzung für Entwicklung: „The recognition of diversity within different cultures is extremely important in the contemporary world“ (ebd.: 247).

Sens Konzept wurde in der europäischen Sozialwissenschaft produktiv aufgegriffen. So führen Thomas Meyer und andere die gerechtigkeitstheoretische Diskussion weiter, indem sie egalitäre soziale und ökonomische *Bürgerrechte* für den Einzelnen einfordern, um „die Risikostruktur der gesellschaftlichen Verhältnisse‘ [zu] schließen“ (von Hauff 2014: 154). Meyer zu Folge gibt es auch „unter den Bedingungen der negativen Globalisierung weite Spielräume für eine Politik der sozialen Demokratie im sozialen und erst recht im regionalen Maßstab“, z.B. aktive Arbeitsmarktpolitik, bürgerschaftliche Mitentscheidung, Abbau von Diskriminierung, Nachhaltigkeitspolitik oder die Integration von kulturellen und religiösen Minderheiten (Meyer 2004: 13) – allesamt Aspekte, die für das hier behandelte Thema zentral sind.

John Peet und Hartmut Bossel führen den politisch-pragmatischen Strang der Grundrechtstheorie weiter, indem sie ein *Partnerschaftsprinzip* aufstellen. Damit sind sie in der Lage, aus dem recht abstrakten Theoriegerüst heraus konkrete ökologische und soziale Ziele zu formulieren und Indikatoren zur Überprüfung abzuleiten. Eine der drei Zielkategorien ist das Recht auf gleichwertige Behandlung aller Menschen, das unabhängig von Geschlecht, sozialer Zugehörigkeit, materieller Ausstattung und – man müsste hinzufügen – nationaler Herkunft gilt (von Hauff 2014: 154f.).

„In einem weiteren Sinne gehören zu den Grundgütern auch soziale Ressourcen wie Toleranz, Solidarität, Integrationsfähigkeit, Gemeinwohlorientierung, Rechts- und Gerechtigkeitssinn. Sie sind wichtige Bedingungen für den dauerhaften Zusammenhalt gesellschaftlicher Teilsysteme oder der Gesellschaft als Ganzes“ (ebd: 36).

Blicken wir auf den Gegenstand dieser Arbeit – die Integration von Geflüchteten in die Zivilgesellschaft –, so stehen alle diese Grundgüter im engeren Fokus.

Ankerpunkt des Grundgüter-Ansatzes sind, zusammenfassend, die **Verwirklichungschancen** (capabilities) im gesellschaftlichen Zusammenwirken. „Dabei geht es um die Möglichkeiten oder Fähigkeiten der Menschen, ein Leben so führen zu können, dass die Selbstachtung nicht in Frage gestellt wird“ (ebd: 36). Fischer untergliedert zusätzlich nach individuellen (Güterausrüstung wie Einkommen, Bildung und soziale Beziehungen) und gesellschaftlich bedingten (Grundgüter wie politische Mitbestimmung, soziale Sicherheit, Transparenzgarantien) Verwirklichungschancen. Begreift man diese Chancen als Potenzial, so ist es sozial nachhaltig, dieses möglichst voll auszuschöpfen (Fischer 2010: 13f.). Besonders sozial vulnerable Individuen oder Gruppen sollen nach diesem Ansatz ihre Handlungsspielräume erweitern, sich aus dem passiven Empfängerstatus emanzipieren und ein sicheres, würdiges und selbstbestimmtes Leben gestalten können (sog. „Empowerment“). Es ist keinesfalls abwegig, von einem globalen Standpunkt aus, den etwa Sen vertritt, auch für Geflüchtete diese Freiheiten zu postulieren. Sie mögen eingeschränkter sein als für Staatsbürger, doch soziale Nachhaltigkeit bedeutet, dass eine Gesellschaft auch den Benachteiligten noch Verwirklichungschancen bietet.

3.1.2. Sozialkapital

Das Sozialkapital ist ein schillernder Begriff mit unterschiedlichen Definitionsansätzen, die in unterschiedlicher Weise verständnisfördernd wirken. Ganz allgemein wird darunter „der Bestand an sozialen Netzwerken, Vertrauen und kooperationsfördernden Werten und Normen einer Gesellschaft“ (von Hauff 2014: 37) verstanden. Der Sozialkapital-Ansatz ist nach Mutlak und Schwarze insofern essenziell, als er einen inhaltlich definierten Bezugspunkt für eine Bewertung sozialer Nachhaltigkeit bietet, der verallgemeinerbar und wie andere Formen von Kapital (ökonomisches Kapital, natürliches Kapital) grundsätzlich auch messbar ist. Außerdem komme er der zentralen Integrationsaufgabe sozialer Nachhaltigkeit entgegen (Mutlak/Schwarze 2007: 23f.). Die unterschiedlichen Analyseebenen des Begriffes lassen sich in drei Gruppen bündeln (vgl. Maischatz 2010):

- Sozialkapital als ein den gesellschaftlichen Beziehungen innewohnendes „heteronomes Gut“ (d.h. Verfügung nicht individuell, sondern abhängig von Anderen)
- Sozialkapital als soziokulturelle Ressource oder Kollektivgut
- Soziales (Positions-)Kapital als sozioökonomische Netzwerkressource

Nach Bourdieu beruht soziales Kapital auf der *Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen*; sein Wert liegt also immer im Umfang des aktivierbaren Beziehungsnetzwerkes und der Kapitalausstattung der Akteure. Da es im Unterschied zu ökonomischem und kulturellem Kapital sehr aufwendig zu erwerben („Beziehungsarbeit“) und nicht unmittelbar zu konvertieren ist, begünstigt soziales Kapital tendenziell Akkumulation und damit die Reproduktion sozialer Ungleichheit (ebd: 32ff.; von Hauff 2014: 37). Coleman versteht Sozialkapital hingegen als handlungsbegünstigend und strukturbildend bezogen auf konkrete Situationen und Beziehungen, z.B. Erwartung-Verpflichtung, Information-Interesse, Norm-Sanktion (Maischatz 2010: 36f.). Trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzung kommen Bourdieu und Coleman zu einem ähnlichen Ergebnis: Sozialkapital ist zwar die Ressource sozialer Austauschprozesse, führt aber letztlich zur Homogenität von Akteuren und zur Stabilität von Sozialstrukturen (ebd.).

Demgegenüber nimmt Robert D. Putnams Sozialkapital-Ansatz die *kollektiven Effekte für eine Gesellschaft* und deren Integrationsfähigkeit in den Blick und fragt „nach den Grundmechanismen einer funktionierenden ‚guten Gesellschaft‘“ (ebd: 42). Das in der Interaktion in sozialen Netzwerken (z.B. Vereinen und Organisationen) erfahrene Vertrauen bezeichnet Putnam als „Gleitmittel des gesellschaftlichen Lebens“ (ebd.). Putnams Theorie entstand vor dem Hintergrund eines vermeintlich verloren gegangenen Gemeinschaftssinns in der US-amerikanischen Gesellschaft. Wenn auch mittlerweile kritisiert wird, dass der Ansatz traditionellen Formen der Vergemeinschaftung verhaftet ist und die Neuorientierung von Ehrenamt, Religiosität und Vereinswesen außer Acht lässt, liegt sein unbestrittener Verdienst darin, die Diskussion über *kulturvergleichende* Sozialkapital-Forschung angestoßen zu haben. In seiner Tradition haben sich viele Forschungsansätze mit dem *freiwilligen Engagement* als Produzent von Sozialkapital befasst (ebd: 43f.). Daher ist der Ansatz für die vorliegende Arbeit von ganz besonderem Wert:

„Putnam zufolge führe zivilgesellschaftliches Engagement zum Erwerb von Sozialkapital, welches wiederum die soziale und politische Integration verbessere. Putnam begreift Sozialkapital als Integrationsressource moderner Gesellschaften und untersucht, wie Sozialkapital für die verschiedenen Bindungskräfte in der sozialen Welt analysiert werden kann.“ (Han-Broich 2012: 104)

Schließlich trugen die Erkenntnisse der *sozialen Netzwerkanalyse* dazu bei, eine analytische Lücke zu schließen und auch die individuelle Seite der Sozialbeziehungen zu berücksichtigen. Sozialkapital gewährt demnach primär Zugang zu Information. Auf der Basis von vier Kriterien (Dauer und Frequenz der Beziehung, emotionale Intensität, Intimität/Vertrauen und Austausch von Leistungen) unterscheidet Granovetter Sozialkapital nach „strong ties“ und „weak ties“. Es zeigt sich, dass enge Beziehungen ebenfalls zur sozialen Schließung tendieren, lose Verbindungen (z.B. zu Arbeitskollegen, Nachbarn, Vereinsmitgliedern) jedoch dazu befähigen, Brücken zu anderen Netzwerken zu schlagen. Burt erweitert dieses Konzept noch um die spezielle Rolle, die „lückenfüllenden Akteuren“ mit besonderer Macht in den Netzwerken zukommen (Maischatz 2010: 44ff.). Insgesamt liegt mit dem sozialen Netzwerkansatz ein für die vorliegende Fragestellung sehr nützliches Instrument vor, das postmodern-individualisierte Sozialisations- und Kommunikationsformen abbildet und gleichzeitig verdeutlicht, dass es möglich ist, durch individuelle Netzwerkarbeit soziale Segregation zu überwinden und Verbindungen auch über soziale Gruppen hinweg zu schlagen. Die sog. „weak ties“ zu Vereinen, Nachbarn oder Bekannten stellen zudem genau die Art von Beziehungen dar, die die ehrenamtliche Arbeit mit Flüchtlingen stärken will.

Der Begriff des Sozialkapitals weist jedoch auch Widersprüche auf. Der offensichtlichste liegt, wie eben beschrieben, im Nebeneinander von sozialen Schließungstendenzen und der Möglichkeit, neue Netzwerke aufzubauen. Zweitens ist Sozialkapital nicht nur positiv belegt: seine Anhäufung kann zu negativen Effekten führen, sowohl gesamtgesellschaftlich (z.B. Korruption, Lobbyismus) als auch individuell (asymmetrische Beziehungen); auch verbrecherische oder staatsfeindliche Assoziationen produzieren Sozialkapital (ebd: 49ff.). Drittens bleibt die Perspektive des Sozialkapitals häufig auf intragenerationelle Vorgänge beschränkt (Mutlak/Schwarze 2007).

Michael Woolcock versucht, die unterschiedlichen Definitionen von Sozialkapital zusammenzuführen und die Widersprüche aufzulösen (Woolcock 1998; von Hauff 2014: 36; 2011: 48f.). Kernfragen seiner Arbeit sind, ob Sozialkapital eher Struktur oder Inhalt sozialer Beziehungen bezeichnet und ob ein Konzept so verschiedene Aspekte wie Vertrauen, Normen und Netzwerke zu integrieren vermag. Woolcock beantwortet dies, indem er **zwei Aspekte sozialer Beziehungen** („autonomy“ und „embeddedness“) auf **je zwei Perspektivebenen** (der Makro- und der Mikroebene) beschreibt (Woolcock 1998: 151ff.). Dementsprechend ergeben sich in einem 2x2-Modell vier Grundbegriffe:

	Embeddedness	Autonomy
Makroebene	„ <i>Synergy</i> “: Aufgabenteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft, Beziehungen der Bürger zu Institutionen und deren Engagement	„ <i>Organizational Integrity</i> “: staatliche Institutionen mit klar abgesteckten Aufgabenbereichen und Umsetzungskompetenz
Mikroebene	„ <i>Integration</i> “: die Zugehörigkeit und das Eingebundensein in eine gesellschaftliche (Klein-)gruppe wie Familie, Verwandtschaft, Clan, Religionsgemeinschaft etc.	„ <i>Linkage</i> “: das Aufnehmen von Beziehungen zu extrafamiliären gesellschaftlichen Gruppen, extern orientierte Verbindungen, verschiedenartige Netzwerke

Tabelle 1: Grundschemata des Sozialkapitals (nach Woolcock 1998)

Embeddedness und *autonomy* entsprechen sehr stark Putnams Kategorien des *bonding* und *bridging social capital*. Während Putnam jedoch den höheren Wert des brückenbildenden Sozialkapitals betont (Foljanty-Jost/Sprengel 2008: 18), sollen nach Woolcock alle vier Elemente in einem Gleichgewicht stehen, um wirtschaftliche und individuelle Entwicklung zu begünstigen. In einer funktional ausgebildeten Form beinhaltet Sozialkapital nützliche Beziehungen zwischen staatlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren und viele Verbindungen zwischen den Ebenen, eine sog. „*embedded autonomy*“ (Woolcock 1998: 161ff.).

Die Bilanz des Sozialkapitals kann indes auch „kippen“ und in dysfunktionale Entwicklungen umschlagen. So kann die einseitige Bevorzugung enger familialer Beziehungen – eine Überbetonung von „*Integration*“ – zu falscher Loyalität, Paternalismus oder geringer (sozialer) Mobilität führen („*amoral familialism*“), der Gegensatz zu hedonistischer Freiheit, Anonymität oder fehlendem Gemeinschaftssinn (die „*Anomie*“ der schnellen Urbanisierung). Auf der Makroebene können korrupte Institutionen oder diktatorische Regime kleine Eliten begünstigen („*predation*“) oder leidlich funktionierende Institutionen vorliegen, aber mit einer überdimensionierten Bürokratie, zu wenig Zivilgesellschaft und Vertrauen in die freiheitliche Entwicklung („*inefficiency*“, z.B. in kommunistischen Regimen) (ebd: 171ff.).

Woolcock belässt es aber nicht bei der Beschreibung, sondern verbindet damit einen beidseitigen Entwicklungsauftrag, sowohl *an (unterprivilegierte) soziale Gemeinschaften*:

„for development to proceed in poor communities, the initial benefits of intensive intra-community integration [...] must give way over time to extra-community linkages: too much or too little of either dimension at any given moment undermines economic advancement“ (ebd: 175)

als auch *an staatliche Institutionen*: „any institution with a developmental agenda must be at once engaged with the communities it seeks to serve *and* capable of maintaining its own credibility and effectiveness“ (ebd: 178).

Mit seiner Arbeit liefert Woolcock zum einen die Erkenntnis, dass Entwicklungstheorie auf eine Charakteristik sozialer Beziehungen angewiesen ist (ebd: 183), zum anderen auch methodische Ansätze, Sozialkapital als Entwicklungsgröße messbar zu machen. Für die vorliegende Arbeit ist sein Ansatz von zentraler Bedeutung, weil er auf die verbindende Funktion der Zivilgesellschaft zwischen Individuen und staatlichen Institutionen aufmerksam macht und Integration auf Basis sozialer Beziehungen erklärt.

3.1.3. Sozialintegration

„Soziale Nachhaltigkeit zielt (nach außen) auf die Aufrechterhaltung der Gesellschaft als sozialem System und (nach innen) auf die soziale Integration über das Rechtssystem, Solidarität und Marktsysteme. Diese beiden Perspektiven zu einem umfassenden Konzept sozialer Nachhaltigkeit zu verknüpfen, ist eine zentrale Herausforderung für die Theorie der sozialen Nachhaltigkeit“ (Mutlak/Schwarze 2007: 18).

Es geht also bei sozialer Nachhaltigkeit auch um den Erhalt des Systems bzw. der Teilsysteme und ihrer förderlichen Funktionen. Damit wird – wie einleitend erwähnt – auf den Beitrag des *sozialwissenschaftlichen Strukturfunktionalismus* und insbesondere der daran anschließenden *Systemtheorie* für die soziale Nachhaltigkeit hingewiesen, der gerade für die Frage der Integration von zentraler Bedeutung ist.

Laut Bossel zeigen Nachhaltigkeitskonzepte eine „unerwartete Verbindung zwischen Systembetrachtung und Ethik“, wobei eine partnerschaftliche Ethik impliziert wird. Da es eine „optimale“ Gesellschaft nur in einem dynamischen Sinn gibt, muss sie „zu permanentem, wirksamem, rechtzeitigem Wandel fähig sein“ (Bossel 2007: 73f.). Krisen, wie z.B. die durch die Flüchtlingsfrage ausgelöste, sind also systemimmanent und führen zur nächsten verfügbaren Option: der Strukturveränderung (ebd: 76f.). Bossel versteht menschliche Gesellschaften als miteinander vernetzte Teilsysteme, denen sich zugleich die drei Nachhaltigkeitsdimensionen zuordnen lassen: der Ökonomie Infrastruktur und Wirtschaftssystem, der Ökologie Ressourcen und Umwelt und dem Sozialen das Sozialsystem, die persönliche Entwicklung sowie Staat und Verwaltung (ebd: 91ff.).

Welche Funktionen einzelne Teilsysteme erfüllen, haben besonders die Arbeiten des deutschen Strukturfunktionalismus erforscht, die sich mit Fragen der Inklusion/Exklusion in

modernen sozial differenzierten Gesellschaften befassen – und nicht nur Migranten, sondern marginalisierte soziale Gruppen generell betrachten. Nach Kronauer stellen die Inklusion über Erwerbsarbeit, bürgerschaftliche Partizipation und freundschaftliche Nahbeziehungen die drei elementaren Instanzen sozialer Inklusion dar. Exklusion erklärt sich aus der Abwesenheit der drei Faktoren, wobei diese oft kumulativ auftritt (z.B. Erwerbsarbeit begünstigt die Bildung sozialer Beziehungen oder Partizipation, während Arbeitslosigkeit ihnen tendenziell schadet). Asylbewerber/-innen und Flüchtlinge mit eingeschränktem Aufenthaltsstatus gelten in der systemtheoretischen Diskussion als Paradebeispiel von Exklusion oder prekärer Inklusion (Korntheuer/Anderson 2014: 321). Rudolf Stichweh zeigt auf, dass sich Exklusion weniger offensichtlich vollzieht, „vielmehr handelt es sich um Prozesse des ‚nicht angesprochen Werdens‘ oder ‚nicht wahrgenommen Werdens‘, die Gefühle von Ungewissheit der Zugehörigkeit aufkommen lassen“ (ebd. nach Stichweh 2009).

Kronauer macht außerdem die durch verschiedene Studien belegte, interessante Beobachtung, dass sich unter den Benachteiligten keine eigene, sich abgrenzende Kultur ausbildet, sondern dass im Gegenteil kulturelle Ziele, Normen und Werte des „erfolgreichen“ Teils der Gesellschaft sehr stark geteilt werden (Kronauer 2002: 201ff.). Gerade dadurch wird, wie Kronauer am Beispiel jugendlicher Migranten veranschaulicht, die vermeintliche Unerreichbarkeit dieser Ziele als besonders ausgrenzend empfunden und trägt zu einem tieferen Gefühl der Exklusion bei: „Demnach bildet gerade der geteilte Hintergrund kultureller Ziele und Wertungen die Folie für die Erfahrung der Kränkung, des Ausschlusses und des Scheiterns“ (ebd: 202). Die wesentlich durch den Massenkonsum und – so muss man heute hinzufügen – die Internetkommunikation – vermittelte „Annäherung der Erwartungen und Wünsche“ (ebd: 176) intensiviert diesen Mechanismus sicherlich unter den Geflüchteten.

Die unterschiedlichen Faktoren der Ausgrenzung verstärken sich nach Kronauer gegenseitig. Wenn es also „nicht gelingt, die *cultural goals* über den regulären Arbeitsmarkt zu erreichen“, seien zwei Muster typisch: Rückzug, Selbstverleugnung und anhaltende Abhängigkeit von institutioneller Hilfe (Sozialarbeit, Transferleistungen)⁶ oder „der Einstieg in

⁶ Diese im wohlfahrtsstaatlichen System Westeuropas auftretende Abhängigkeit beschreibt Kronauer als zugleich lebensnotwendig und hinderlich: „In der Gesellschaft keinen anerkannten Ort zu haben heißt deshalb keineswegs, außerhalb der Gesellschaft zu leben. Im Gegenteil: [...] Markt, soziale Nahbeziehungen und Staat [...] bieten zugleich den Marginalisierten und Ausgegrenzten die einzigen Überlebensebenen. Sie tun dies allerdings immer mehr in einer Weise, die die Ausgrenzung nicht durchbricht, sondern bestenfalls ertragbar macht, vielfach aber auch festschreibt [...]. In der anhaltenden Obhut wohlfahrtsstaatlicher Fürsorge verharren die Ausgegrenzten in der paradoxen Lage der institutionalisierten Gleichzeitigkeit von Drinnen und Draußen.“ (Kronauer 2002: 204).

Laufbahnen der Untergrundökonomie, mit allen Risiken und selbstzerstörerischen Konsequenzen“ (ebd: 203).

Dementsprechend finden sich in der sozialwissenschaftlichen Literatur auch nur zwei Lösungswege, die sich beide als eine Stärkung des Sozialkapitals interpretieren lassen: zum Einen eine konsequente *Benachteiligtenförderung* (Fischer 2010) zur Stärkung kultureller und sozialer Ressourcen – wichtig ist aber hier der Einwurf Kronauers, keine zu lange Abhängigkeit von Förderstrukturen zu schaffen. Ihm zu Folge bietet nur die *Eingebundenheit in soziale Netze* Auswege aus der misslichen Spirale der Exklusion; sie erlauben es, sich zeitweise mit einem Gefühl des Nicht-Dazugehörens abzufinden oder sogar mehr: „Soziale Ressourcen können aus der prekären Lage heraushelfen“ (Kronauer 2002: 174).

Soziale Nachhaltigkeit, so lässt sich bilanzieren, orientiert sich an einer partnerschaftlichen Ethik des guten Zusammenlebens und der Gerechtigkeit. Sie impliziert Entscheidungen und Handlungen, die Verwirklichungschancen für möglichst viele Menschen und gerechte staatliche Institutionen schaffen, die dieses fördern. Ganz entscheidend für soziale Nachhaltigkeit ist die „Mesoebene“ der sozialen Gruppen und Netzwerke, in der verschiedenartige Kontakte („Sozialkapital“) förderlich sind: die Eingebundenheit in homogene Gemeinschaften und der Zugang zu neuen, heterogenen Gruppen. Insgesamt verdeutlicht dies, dass **soziale Nachhaltigkeit Integration impliziert**. Es geht darum, benachteiligte Personen soziale Ressourcen (neu) erwerben zu lassen und vorhandene Ressourcen über Teilhabe nutzbar zu machen.

3.2. Integration durch zivilgesellschaftliches Engagement als Lösungsansatz

Dieses Kapitel schließt den theoretischen Kreis. Zunächst wird der Strukturwandel des zivilgesellschaftlichen Engagements beleuchtet, der sich auf zwei zentrale Grundbegriffe – Ressourcenorientierung und Empowerment – zuspitzt. Dies wird angewendet auf die Integration von Flüchtlingen, um schlussendlich die Verbindung zu einer sozial nachhaltigen Entwicklung aufzuzeigen.

3.2.1. Governance-Verständnis des zivilgesellschaftlichen Engagements

Nach Vogt steht Zivilgesellschaft für das „Grundprinzip gesellschaftlicher Selbststeuerung mit aktiven Bürgern“. Sie durchzieht alle Lebensbereiche, von der Schule bis zur Politik, von der Wirtschaft bis zur gelebten Religion. Vogt kennzeichnet fünf Kriterien für die Zivilgesellschaft:

- Bestehen im Kern aus *freiwilligen* Assoziationen
- *Autonomie* (von Markt und Staat unabhängig)
- Raum gesellschaftlicher und politischer *Pluralität*, Abgrenzung von „Etatismus“
- Aktivitäten im Rahmen rechtsstaatlich garantierter *Legalität* (Grundrechtsgarantien)
- Basierend auf der *Bereitschaft der Bürger/innen zur Partizipation* an den öffentlichen Angelegenheiten. (Han-Broich 2012: 98 nach Vogt 2005)

Der Begriff der Zivilgesellschaft kommt aus dem englischen Sprachgebrauch. Im deutschsprachigen Raum hielt er erst in jüngerer Zeit Einzug (Foljanty-Jost/Sprenkel 2008: 3ff.); prägender ist die Wirkung des Ehrenamtes gewesen. Dieses entwickelte sich im 19. Jahrhundert zunächst als bürgerliche Bewegung (ab 1808), dann als soziales Ehrenamt (etwa 50 Jahre später) und durch die private Wohltätigkeit des sich ausbildenden Vereinswesens. Mit dem Übergang ins 20. Jahrhundert erfolgte ein „erster Professionalisierungsschub der Sozialen Arbeit in der kommunalen Verwaltung und Sozialpolitik, was dazu führte, dass das Ehrenamt aus der kommunalen Fürsorge verdrängt wurde“ (Han-Broich 2012: 76). Die Professionalisierung verstärkte sich zunächst in den 1960er und 70er-Jahren mit der Verlagerung auf die Wohlfahrtsverbände. Ab der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre setzte dann allerdings ein Prozess ein, der teilweise noch heute im Gange ist. Im Zuge der Arbeitsmarkt- und Sozialstaatskrise wurde – wie bei der anfänglichen Entstehung des Ehrenamts – nach Möglichkeiten gesucht, die Kosten des Sozialstaates zu senken. „Eine der Möglichkeiten war die ›Wiederentdeckung der Ehrenamtlichkeit‹ als gesellschaftliche Ressource“ (ebd: 77). Diese musste allerdings in Abgrenzung zur professionalisierten Sozialarbeit erst neu legitimiert werden (ebd: 76f.).

Damit geht jedoch einher, dass sich freiwilliges Engagement weg von organisierten und langfristigen ehrenamtlichen Tätigkeiten in Verbänden, Kirchen, Parteien und Gewerkschaften hin zu kollektiver Selbst- und Fremdhilfe, Freizeit- und Kulturaktivitäten orientiert, in denen man sich flexibel, projektorientiert und zeitlich begrenzt engagieren kann. Sozialwissenschaftler sehen darin den Individualisierungsschub der Gesellschaft gespiegelt, nach dem das Verlangen nach Selbstverwirklichung die traditionelle Gemeinwohlorientierung ersetzt. Altruistische Motive und gesellschaftliche Normen, die für das „klassische“ Ehrenamt leitend waren, weichen tendenziell individuellen Motiven, wie z.B. soziale Kontakte zu finden, sich selbst weiterzuentwickeln, aber auch einem stärkeren Wunsch nach mehr Mitsprache und Einflussnahme (ebd: 78f.). Große öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr das Thema zum ersten Mal um die Jahrtausendwende durch die Einsetzung der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ und das Jahr der Freiwillig-

keit mit dem ersten Freiwilligensurvey 1999. Hier wurde der **Strukturwandel des freiwilligen Engagements** erstmals offensichtlich: die feste Einbindung in Organisationen wich einem steigenden freiwilligen Engagement in der „neuen Ehrenamtlichkeit“, das jedoch situativ und autonom wahrgenommen wird (Adloff 2011: 123ff.). Die Ergebnisse der periodischen Freiwilligensurveys (vgl. BMFSFJ 2016) geben exakt wider, dass das freiwillige Engagement in Deutschland insgesamt zunimmt, der Anteil der intensiv Engagierten aber leicht sinkt⁷. In der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit scheinen allerdings traditionelle Werte wie Altruismus und menschliche Begegnung weiterhin Leitmotive zu sein⁸.

Angesichts postmoderner Individualisierung und Anonymität, Enttraditionalisierung und Optionenvielfalt sowie weltweiter Migrationsbewegungen, die die Gefahr von Parallelgesellschaften bergen, wird das Ehrenamt heute zunehmend als „sozialer Kitt“ (Adloff 2011: 123; Foljanty-Jost/Sprengel 2008: 17f.) gesehen, als Hoffnungsträger zur Integration der postmodernen Gesellschaft. Freiwilliges Engagement soll – in Anlehnung an Robert Putnam – „Gemeinsinn garantieren, soziale Integration bewirken und Verantwortung an die Bürger und Bürgerinnen selbst delegieren“ (Han-Broich 2012: 102f.). Damit ist ein sehr starker Bezug zur sozialen Nachhaltigkeit angesprochen: Freiwilliges Engagement ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern, „individuell sinnvolle Vorhaben und Projekte zu verwirklichen, neue Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erwerben“, gewährleistet aber gleichzeitig den „sozialen und politischen Zusammenhalt der Gesellschaft“ (Olk 2002: 78f.).

Diese „gleichberechtigte Wechselbeziehung“ entspricht einem **Wandel im Rollenverständnis von Staat und Zivilgesellschaft**, nämlich weg von einem organisierenden hin zu einem „ermöglichenden Staat“ (ebd.). Dies wurde ebenfalls durch die Enquete-Kommission publik gemacht (Adloff 2011: 123ff.), ist aber bereits im Konzept Woolcocks unverkennbar (s. 3.1.2). Keupp formuliert dieses neue Rollenverständnis wie folgt aus:

„Der Staat sieht seine Aufgabe in Bund, Ländern und Gemeinden nicht mehr primär darin, soziale Dienste und Leistungen zur Verfügung zu stellen, sondern die gesellschaftlichen Kräfte und Ressourcen zu mobilisieren. *Aufgabe der Politik ist es nicht, die Gesellschaft zu bedienen, sondern sie zu aktivieren.*“ (Keupp 2002: 38 nach Dettling 1995)

⁷ Zwischen 1999 und 2014 stieg der Anteil der Menschen, die sich freiwillig engagieren, von 34 auf knapp 44 Prozent; der Anteil der Engagierten, die sechs Stunden pro Woche und mehr aufwenden, ist dagegen von knapp 23 auf 18 Prozent gesunken (BMFSFJ 2016).

⁸ Bereits Han-Broichs Studie unterscheidet extrinsisch von intrinsisch Motivierten, die neben Nutzen und Kompetenzgewinnen auch die Begegnung und Dankbarkeit motiviert (Han-Broich 2012: 91f.); die aktuelle BIM-Studie zur ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit sieht altruistische Motive und emotionale Erfahrungen als bestimmend für das Engagement (s. Kap. 2.2; Karakayali/Kleist 2016).

Die Zivilgesellschaft erfüllt also „im Verhältnis zwischen Bürger und Staat [...] eine nach beiden Seiten hin vermittelnde Funktion“, zu der politische wie nicht-politische Funktionen gehören. Gerade die nichtpolitischen Funktionen haben einen im Hinblick auf soziale Nachhaltigkeit elementaren Stellenwert, indem sie zur Teilhabe befähigen und gleichzeitig von einer direkten Auseinandersetzung mit dem Staat und staatlichen Behörden entlasten (Han-Broich 2012: 99).

Dieses gewandelte Rollenverständnis ist als ambivalent zu beschreiben: einerseits fördert es die aktive Bürgerbeteiligung, es hat allerdings auch kritische Aspekte. Einer der Gründe für den Bedeutungsgewinn ehrenamtlicher Tätigkeiten ist, wie Han-Broich unter Bezug auf Braun anführt, dass das „politisch-administrative System in eine tiefe Legitimationskrise und Effektivitätsproblematik geraten ist“. Damit werde der Bürger angesprochen, sich nicht nur in die Debatte einzumischen, sondern sich aktiv an der Lösung sozialstaatlicher Aufgaben zu beteiligen (ebd: 101f.). Kritiker bemängeln, dass durch die „Vereinnahmung“ der Drittsektor-Akteure einerseits Markt- und Staatsversagen kompensiert werden soll, die Zivilgesellschaft andererseits nur als „verlängerter Arm der Verwaltung“ zur Umsetzung hinzugezogen werde, während Marktmechanismen (z.B. Vermittlungsquoten, Einsparungen) soziale Erfolgskriterien dominierten und letztlich Bürger- zu Konsumentensinn verkommen ließen (Mayer 2007; Kotlenga 2007; Böhnisch / Schröder 2005). Maßgabe solle daher nicht das auf dem New Public Management basierende, rein betriebswirtschaftliche Qualitätsmanagement sein, vielmehr eine Kombination wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Modernisierung, die innovative Maßnahmen in den Vordergrund stellt (Olk 2002: 79f.).

Gerade in der Flüchtlingsfrage kommt diese Ambivalenz zum Ausdruck. Ohne das ehrenamtliche Engagement wären nicht nur die staatlichen Kapazitäten bei der Aufnahme der Flüchtlinge überfordert gewesen, auch die weiteren Integrationsaufgaben stützen sich auf ehrenamtliche Träger. Nicht selten arbeiten diese bis zur Selbstaufgabe, während Vermittlungsagenturen und Bauträger Geld an den Flüchtlingen verdienen und viele Kommunen, von Sparzwängen und rechtspopulistischen Anfeindungen eingeengt, nach ihrer Rolle suchen. Die „Flüchtlingskrise“, zu der sie in der Öffentlichkeit zusehends gemacht wird, ist vor diesem Hintergrund gerade eine Herausforderung an ein zivilgesellschaftliches Handeln, das ein neues Zusammenwirken von Ökonomie und Sozialem erfordert.

3.2.2. Empowerment und Ressourcenorientierung als neue Grundprinzipien sozialer Arbeit

Dettlings im letzten Kapitel zitierter Ausspruch zum gewandelten Rollenverständnis der Zivilgesellschaft hat eine – nicht weniger folgenreiche – Fortsetzung:

„Dazu bedarf es eines neuen Ansatzes in der (kommunalen) Sozialpolitik, der sich an den *Ressourcen* (der Menschen, der Gesellschaft) orientiert und *nicht an ihren Defiziten*. Menschen, auch die in Randgruppen, haben nicht nur Mängel und Probleme, sondern immer auch Fähigkeiten. Ob diese brachliegen oder ob sie zu ihrem eigenen und zum sozialen Wohl mobilisiert werden, hängt immer auch von den Rahmenbedingungen ab, die politisch verändert werden können. *Nur wer Menschen etwas zutraut, kann ihnen helfen, kann soziale Probleme lösen und die soziale Qualität des Gemeinwesens verbessern.*“
(Keupp 2002: 39 nach Dettling 1995)

Neben dem strukturellen Wandel im Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft hat also in den letzten Jahrzehnten ein inhaltlicher Wandel in der Auffassung von Sozialpolitik / sozialer Arbeit stattgefunden. Dieser lässt sich an zwei Schlüsselbegriffen festmachen: der Hinwendung zu den persönlichen Voraussetzungen der Klienten (**Ressourcenorientierung**) als Gegenstand und der Befähigung zur Selbsthilfe (**Empowerment**) als Ziel des Engagements.

Laut Keupp hat der Professionalisierungsschub der 1970er- und 80er-Jahre zu einer breiten Akzeptanz des sozialen Sektors beigetragen, in diesem Fahrwasser jedoch auch neue Probleme hervorgebracht: eine Konsumhaltung auf Seiten der Klienten, eingeschränkte Aktivität in der Zivilgesellschaft sowie ein Denken in defizitären Ausstattungen, die durch professionelle soziale Arbeit korrigiert bzw. therapiert werden müssen: „In den Blick gerät nur, was eine Person nicht kann“ und hieraus folgen sozialstaatliche Leistungen (ebd: 34). Die neuen Formen ehrenamtlichen Engagements seit der Jahrtausendwende setzen dagegen bei den Ressourcen der Zivilgesellschaft an und bauen auf subsidiäre Hilfe in persönlichen und sozialen Netzwerken. Im Gegensatz zu den grundsätzlichen, ideologischen Ansprüchen der sozialen Bewegungen konzentriert sich das neue zivilgesellschaftliche Engagement eher auf Aktivitäten im Nahraum, der Nachbarschaft, dem Stadtviertel oder der beruflichen Umgebung (ebd.). Die Programmatik, die Keupp skizziert, kulminiert im *Empowerment*-Konzept, das unter dem Motto „Gemeinsame Kräfte entdecken“ am „Wissensreservoir der Netzwerk- und Unterstützungsforschung an[knüpft] und aus diesem Wissen eine neue Perspektive professionellen Selbstverständnisses [formuliert]“ (ebd: 42f.):

- Von der Defizit- zur Ressourcen- oder Kompetenzperspektive
- Integration von Angeboten in das Selbst- und Weltverständnis der Klienten
- Überwindung des Erfahrungskomplexes der „gelernten Hilflosigkeit“, mehr Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen
- Unterstützung im eigenen sozialen Beziehungsgefüge, Vernetzung von Betroffenen
- Analyse von (durchaus vorhandenen) Widersprüchen oder unerwünschter Nebenfolgen
- Abschied von Bedürftigkeit und Hinwendung zu den Rechten der Betroffenen.

Zu den vordringlichen Aufgaben sozialer Arbeit gehöre es daher, bürgerschaftliches Engagement und eine innovative Freiwilligenkultur zu fördern, zu der partizipativ geöffnete Institutionen, Freiwilligen-Management, Fort- und Weiterbildung von Freiwilligen und die Entwicklung einer „Anerkennungskultur“ für engagierte Bürger zählen (ebd: 44f.).

„Professionelles soziales Handeln sollte schwerpunktmäßig soziales Kapital bei jenen Bevölkerungsgruppen fördern, die sich als marginalisiert erleben und deren materielle, soziale und psychische Ressourcen nicht ausreichen, um aus eigener Kraft ihr Leben in Selbstsorge zu bewältigen“ (ebd: 45).

Mit dem *Empowerment* zielt die Soziale Arbeit auf die Aktivierung dieser Ressourcen. Sie

„[will] an die produktiven Ressourcen zur Lebensbewältigung ihrer Klientinnen und Klienten anknüpfen. Ziel ist, dass diese ihre eigenen Fähigkeiten entdecken, Selbstvertrauen aufbauen, ihren Lebensalltag in Eigenregie gestalten und am sozialen und politischen Leben der Gesellschaft teilhaben“ (Just 2016: 91).

Die Stärkung und Ermutigung bürgerschaftlichen Engagements in all seinen Ausdrucksformen trägt also, wie es Han-Broich formuliert, zu Dispositionen wie Solidarität, wechselseitiger Anteilnahme und Vertrauen und „damit zur Bildung und Vermehrung von Sozialkapital“ bei (Han-Broich 2012: 79). Entscheidend ist, dass die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements die Mikro- und die Makroebene, also die individuelle und die gesamtgesellschaftliche Kapitalisierung, miteinander verknüpft (ebd.), was ein wesentliches Kriterium sozialer Nachhaltigkeit darstellt. Kritischen Stimmen, die bemängeln, bürgerschaftliches Engagement werde verstärkt von sozial Bessergestellten ausgeübt und bilde so nur soziale Ungleichheit ab, kann entgegengehalten werden, dass auch eine sozial asymmetrische Partizipation darauf hinwirkt, Ressourcen zum Wohl der Benachteiligten zu aktivieren und so zu einer gerechteren Verteilung und schließlich einer Vermehrung der Ressourcen in einer Gesellschaft führt (ebd: 193). Dies hat in sozialpraktischen Konzepten Niederschlag gefunden, am spürbarsten in der Gemeinwesenorientierten Sozialen Arbeit bzw. Gemeinwesenarbeit (GWA), die lokalbezogen und ressourcenorientiert auf eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität zielt (Penta/Lienkamp 2007; Steckelberg 2009).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die neuere Entwicklung des **zivilgesellschaftlichen Engagements** eine große Nähe zu den in Kapitel 3.1 vorgestellten Konzepten **sozialer Nachhaltigkeit** aufweist. Dies gilt sowohl für den handlungstheoretischen als auch für den sozialstrukturellen Aspekt. Die Prinzipien Ressourcenorientierung und Empowerment betonen den in der Grundgütertheorie vertretenen Ansatz, Verwirklichungschancen zu verbessern. Zivilgesellschaftliches Engagement trägt in seiner gewandelten Rolle verstärkt dazu bei, sowohl neuartige soziale Netzwerke zu erschließen als auch staatliche Institutionen zu verbessern und so persönliches wie institutionelles Sozialkapital zu bilden.

An nächster Stelle wäre danach zu fragen, wie sich diese sozial nachhaltigen Förderprinzipien auf die Integration der Flüchtlinge übertragen lassen.

3.2.3. Wirkungsweisen des Ehrenamtes in der Integration von Flüchtlingen

Grundlegend für diesen Gegenstand sind die Arbeiten von Misun Han-Broich, die die Wirkungen der ehrenamtlichen Arbeit auf die Integration von Flüchtlingen untersuchte. In Erweiterung der Integrationstheorien, die soziale bzw. strukturelle Integration in den Vordergrund stellen, entwickelt sie auf empirischer Basis (Interviews mit vier Bezugsgruppen) ein differenzierteres Bild der Integrationswirkung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit. Sie unterscheidet drei Ebenen der Integration (Han-Broich 2012: 132ff.; 150ff.):

Ebenen der Integration	Indikatoren	Wirkungen/Beispiele
seelisch-emotional	<ul style="list-style-type: none"> • seelisch-emotionale Stabilität 	<ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung von Akzeptanz, Anerkennung, Wertschätzung • Zufriedenheit und Glücksgefühle • Aufbau vertrauensvoller Beziehungen • Abbau von Ängsten, Unsicherheiten, aggressiven/depressiven Affekten • Stärkung des Selbstwertgefühls
kognitiv-kulturell	<ul style="list-style-type: none"> • Sprachkenntnis • Anpassung und Miteinander 	<ul style="list-style-type: none"> • sprachliche Integration • bessere Orientierung im Wertesystem des Ziellandes sowie in der Kultur/Lebensart
sozial-strukturell	<ul style="list-style-type: none"> • Begegnung und Kontakt • gesellschaftliche Teilhabe 	<ul style="list-style-type: none"> • sozial: Erleichterung der Kontaktaufnahme zu Deutschen • strukturell: Steigerung der Teilhabe an öffentlichen Institutionen (v.a. Bildungssystem)

Tabelle 2: Ebenen der Integration und Wirkungen (nach Han-Broich 2012)

Die Wirkungen beziehen sich primär auf die ehrenamtliche Unterstützung von Flüchtlingen, sind jedoch so zentral, dass sie auch auf die Aktivität von Flüchtlingen selbst bezogen werden können. Sie unterstützen damit „eine Integrationspolitik, die nicht ausschließlich aus Sicht der Aufnahmegesellschaft betrieben werden sollte, sondern vielmehr aus Sicht der Migrant(inn)en entwickelt und umgesetzt werden muss.“ So kann aufgezeigt werden, „dass das Ehrenamt ein wirksames (bislang noch zu wenig beachtetes) Integrationsinstrument nicht nur für Flüchtlinge sondern auch für andere Migrant(inn)en sein kann“ (ebd: 23).

Es zeigt sich, dass die **seelisch-emotionale Integration** allen Bezugsgruppen wichtig ist, während die kognitiv-kulturellen Indikatoren für Flüchtlinge (v.a. die Sprachkompetenz) und für die hauptamtlich Tätigen (v.a. Anpassung und Miteinander) und die sozial-strukturellen Indikatoren für die ehrenamtlich Tätigen dominieren (ebd: 150ff.). Auch bzgl. ihrer Integrationseffekte zeigt die ehrenamtliche Arbeit auf der seelisch-emotionalen Ebene die stärksten Wirkungen (d.h. Unterschiede zur Integration ohne Ehrenamt), doch werden die Integrationswirkungen des Ehrenamtes auch auf der kognitiv-kulturellen sowie auf der sozial-strukturellen Ebene sichtbar (vgl. Abb. 3).

Integration der Flüchtlinge nach Dimensionen

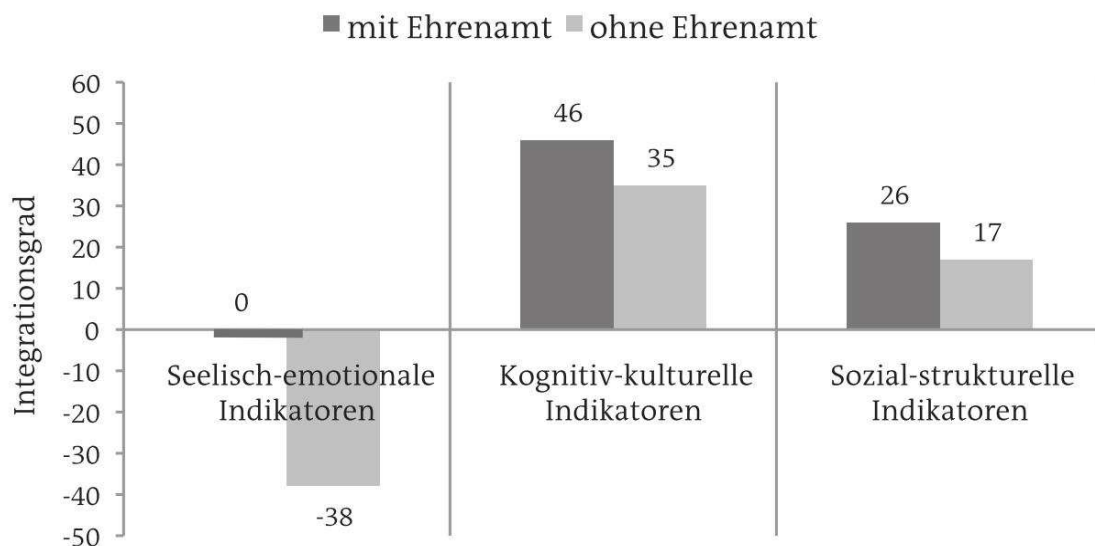


Abbildung 3: Integrationsgrad nach Dimensionen und ehrenamtlicher Unterstützung (Han-Broich 2012: 132)

Die seelisch-emotionale Integration, „dieses zunächst nicht ausdrücklich beabsichtigte Integrationsziel ehrenamtlicher [...] Hilfestellung“ erweist sich als besonderer Vorteil. So werden gerade auch Flüchtlinge mit seelischen Schwierigkeiten und geringer Motivation zur Integration in die Aufnahmegesellschaft „durch die mit ehrenamtlicher Hilfe überwundenen seelisch-emotionalen Blockaden zu weiterführenden Integrationsschritten in den bei-

den anderen Dimensionen aufgeschlossen. Damit leistet das Ehrenamt einen entscheidenden, seelisch-emotional vorbereitenden Schritt zur kognitiv-kulturellen und sozial-strukturellen Integration“ (ebd: 184f.). Han-Broich macht diesen bislang versteckten emotionalen Aspekt der Integration empirisch sichtbar, der, worauf sie zu Recht hinweist, eine positive Verstärkungsmöglichkeit in sich trägt. So wirken die Ehrenamtsbeziehungen, vielfach die ersten Kontaktmöglichkeiten zur Mehrheitsbevölkerung, wie ein „Lernbeispiel für weitere Kontakte“, das dazu beiträgt, Beziehungsfähigkeit aufzubauen: „Ein Viertel der Flüchtlinge bestätigt, dass sie durch die ehrenamtlichen Kontakte einen besseren Kontakt mit Deutschen pflegen und gute Beziehungen mit anderen Familien führen würden“ (ebd: 164f.).

Diese Diagnose wird durch andere Untersuchungen bestärkt. So betont die Bedarfserhebung in Erlangen nicht nur den hohen Anerkennungswert, der den ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern entgegengebracht wird (Bendel 2016b: 66), sondern auch dass „gerade Begegnungsangebote einen wichtigen Beitrag zum Aufbau von Sozialkapital und emotionaler Stabilität, zu einem beginnenden Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft für die neu Zugezogenen [leisten]“ (Riemer 2016: 293). Auch die Perspektive der Ehrenamtlichen ist wichtig: Die Studie des BIM führt emotionale Erfahrungen, intensive soziale Kontakte und das Gemeinschaftsgefühl als Hauptmotivationen für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit an (Karakayali/Kleist 2016, s. Kap. 2.1). Offenbar stellt die seelisch-emotionale Stabilisierung in den ehrenamtlichen Beziehungen eine Art Basisfunktion für eine sozial nachhaltige Integration dar. Sie trägt nicht nur zu einer besseren Aufarbeitung von Traumata und psychosozialen Stress (s. Kap. 2.1.1) bei, sondern verhilft auch zu ersten sozialen Beziehungen in der neuen Umgebung und einer Form der Akzeptanz als Individuum – und somit zum Aufbau von Vertrauen, Putnams Grundeinheit von Sozialkapital (s. Kap. 3.1.2).

Die **kognitiv-kulturelle** Ebene der Integration wird in Han-Broichs Studie besonders von Seiten der Geflüchteten als bedeutend angesehen. Der Einfluss des zivilgesellschaftlichen Engagements zeigt sich insbesondere hinsichtlich der Sprachkompetenz, aber auch bei der Kenntnis von Normen und Werten sowie von kulturell angemessenem Verhalten (Han-Broich 2012: 140f.). In Kapitel 2.1.2 wurde die hohe Bildungsmotivation der Geflüchteten belegt und gleichzeitig verdeutlicht, welche tragende Rolle den größtenteils ehrenamtlich geleisteten Sprach- und Bildungsangeboten zukommt. Kapitel 2.1.4 zeigte auf, welchen Stellenwert interkulturell sensible Kommunikation bei der Vermittlung von kulturellen

Werten innehat – auch hier stellt die ehrenamtliche Arbeit eine tragende Säule dar und Han-Broich hebt diesen Aspekt als „Lernbeziehung“ explizit hervor (ebd: 163).

Nur erschöpfen sich die Bildungsaspirationen der Flüchtlinge nicht in einführenden Deutsch- und Integrationskursen. Sie möchten – dies hebt die Bedarfsstudie in Erlangen ganz klar hervor – ihre Fähigkeiten aktiv einbringen: „Solange ich in der Lage bin zu lernen, gefällt es mir. Wenn ich selbst aktiv bin, dann sind die Möglichkeiten gut (Interview 3)“ (Younso 2016: 219).

Die vielfältigen Schlüsselsituationen, die Flüchtlinge in der Aufnahmegesellschaft durchleben, erfordern ein Set von Fähigkeiten, die sich über generalisierte Kompetenzen am besten verstehen lassen. Nach Erpenbeck gelingt daher wirksame Integration nur über unterschiedliche Formen von Kompetenzentwicklung; an deren Spitze steht keine formelle Bildung, sondern das Handeln in der Praxis. Das Nadelöhr gelingender Integration ist also „die Entwicklung der Fähigkeit, in neuen, offenen Problemsituationen selbstorganisiert und kreativ zu handeln“ (Erpenbeck 2016: 84). Dies gilt insbesondere, weil zu Integration gehört, die Werte und Wertungen der Zielgesellschaft zu verinnerlichen. Die dafür notwendige tiefe emotionale Verarbeitung ist nur in konkreten Handlungskontexten möglich (vgl. ebd.). Und während die Arbeitsmarkintegration ein langwieriger Prozess (s. Kap. 2.1.3) ist, bieten ehrenamtliche Aktivitäten (s. Kap. 2.2 und vertieft Kap. 4) vielseitige und unmittelbar zugängliche Betätigungsfelder – verstärkt auch mit Geflüchteten als Akteuren. So berichten 45% der an einer bagfa-Umfrage beteiligten Freiwilligenagenturen, dass in ihren Aktivitäten auch Flüchtlinge als Akteure involviert sind (Flor et al. 2016: 106f.).

Bezüglich der **sozial-strukturellen** Ebene rekurriert Han-Broich auf die in dieser Arbeit herausgearbeitete doppelte Integrationsfunktion des Ehrenamtes: die nahe Eingebundenheit in Vereinigungen, die Sozialkapital aufbaut und Voraussetzung ist für eine Integration in weitere gesellschaftliche Kontexte und somit für die gesamtgesellschaftliche Sozialintegration (Han-Broich 2012: 104f.). Damit knüpft ihre Arbeit nicht nur an Woolcocks *embeddedness* und *autonomy* an, sondern auch an die Befunde der Integrationsforschung, die horizontale/soziale Integration (über den Bekanntenkreis, Vereine und Freiwilligkeit) und vertikale/strukturelle Integration (über staatliche Institutionen, Bildungssystem und Arbeitsmarkt) unterscheidet (Jäggi 2016: 75ff.). Dabei wird diskutiert, ob die strukturelle Integration der horizontalen vorausgeht oder umgekehrt die freiwillige Partizipation für eine bessere Integration in das öffentliche System sorgt. Klar scheint zu sein, dass die strukturelle

Integration bei gut ausgebildeten Arbeitskräften erheblich einfacher erfolgt als bei weniger qualifizierten Gruppen (ebd: 79ff.). Da, wie wir gesehen haben, die Qualifikation für den Arbeitsmarkt eines der größten Hindernisse in der aktuellen Integrationsfrage darstellt (s. Kap. 2.1.3), spricht vieles dafür, die **horizontale Ebene der freiwilligen Partizipation** stärker zu betonen.

Inhaltlich lässt sich dies mit einer auf den Prinzipien sozialer Nachhaltigkeit beruhenden, ressourcenorientierten Argumentation begründen. Die Stärkung menschlicher Ressourcen ist laut Just unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge richtig und wichtig, weil die Verwehrung des Menschenrechts auf Teilhabe (Grundgut!) an den Grundlagen unseres Zusammenlebens rühre (Just 2016). Aktuelle Untersuchungen zur Integration von Flüchtlingen betonen einhellig diesen ressourcenaufbauenden Aspekt. Dies kommt explizit in der partizipativ angelegten Bedarfserhebung in Erlangen zum Ausdruck. Ziel einer kommunalen Integrationspolitik und der zivilgesellschaftlichen Unterstützung sollte demnach das *Empowerment* von Flüchtlingen sein:

„Ein solcher menschen- und flüchtlingsrechtebasierter Ansatz sieht Schutzsuchende nicht nur als Empfänger von ‚Versorgung‘, sondern hat stets eine autonome Teilhabe an der Aufnahmegesellschaft zum Ziel. Flüchtlinge sind aus dieser Sicht nicht oder nicht allein Empfänger humanitärer, karitativer Dienstleistungen [...], sondern sie sind Inhaber von Rechten.“ (Bendel 2016b: 13)

Dementsprechend zielen Bedarfserhebungen auf eine **subsidiäre Unterstützungskultur**, die ebenfalls ein **Grundgedanke nachhaltiger Entwicklung** ist:

„Insbesondere mit Blick auf das Schlagwort Empowerment, Selbstermächtigung, ist die langfristige Aufgabe der Unterstützungsmaßnahmen unverkennbar: Es gilt, die geflüchteten Personen so zu unterstützen, dass sie im Folgenden dazu befähigt sind, sich selbst zu helfen und, wo möglich, auch anderen Hilfsbedürftigen Unterstützer sein können.“ (Younso/Borkowski 2016: 278).

Es soll also Flüchtlingen ermöglicht werden, eigene Ressourcen bestmöglich in die neue Gesellschaft einzubringen. Aufgabe der Sozialen Arbeit und der Zivilgesellschaft ist es dabei, den „Flüchtlingen individuell bei der Überwindung von Barrieren und der Erschließung von Ressourcen zur Seite zu stehen“ sowie „an Strukturen von Organisationen und Gesellschaft zu arbeiten, um Exklusionsrisiken zu vermindern und Teilhabechancen zu ermöglichen“ (Korntheuer/Anderson 2014: 321). Das Ehrenamt ermöglicht auch Flüchtlingen mit schlechten dauerhaften Aufenthaltschancen strukturelle Teilhabe und damit nachhaltigere soziale Integration (Han-Broich 2014: 350).

Das freiwillige Engagement von Flüchtlingen birgt, zusammenfassend, folgende **soziostrukturellen Vorteile**:

- Viele zivilgesellschaftliche Initiativen haben bereits **unmittelbaren Zugang** zu den Geflüchteten und die Einstiegsbarrieren sind vergleichsweise niedrig. Im Unterschied zur Arbeitsaufnahme bestehen keinerlei gesetzliche Beschränkungen für das Engagement von Flüchtlingen in Verbänden und Gemeinden (Riemer 2016) und einige Geflüchtete sind bereits aktiv tätig.
- Durch eigene Aktivität knüpfen die Flüchtlinge **neue soziale Kontakte** in Deutschland über die eigene Bezugsgruppe hinaus (vgl. Woolcocks *linkage*). Der Kontakt zu sozial engagierten Personen in Deutschland, die weitere Bezugspersonen, Unterstützung oder Tätigkeiten vermitteln können, ist als besonders wertvolles Sozialkapital zu bezeichnen.
- Aktivität wirkt als beste **Prävention vor psychosozialen Problemen**, die vielen Städten und Kommunen durch ungenutzte Qualifikationen drohen, wie z.B. Teilnahmslosigkeit, Unzufriedenheit, Segregation. Gewalttätigen Konflikten, Kriminalität und Radikalisierung kann so schon frühzeitig begegnet werden.
- Viele Geflüchtete verfügen über **Fähigkeiten**, die für ehrenamtliche und berufsvorbereitende Tätigkeiten relevant sind; gut integrierte, interkulturell kompetente Flüchtlinge können in vielfacher Weise als kulturelle Mittler fungieren.
- Indem sie eigenständig Leistungen anbieten oder vermitteln, **überschreiten Geflüchtete die Rolle von bloßen Empfängern**, deren Defizite kompensiert werden müssen. Vielmehr werden sie zu Akteuren und bauen Selbstwert auf. Damit steigert sich die stabilisierende Wirkung und die Aussicht auf stärkere Partizipation, Arbeitsplätze und ein einkommenssicherndes Auskommen in Deutschland.
- Zahlreiche Vorteile ergeben sich für die **aufnehmende Gesellschaft**: Unterstützung, kulturelles Lernen und Austausch stärken Toleranz und soziales Miteinander, der zivilgesellschaftliche Organisationsgrad steigt und soziale Ungleichheit kann reduziert werden. Indem sie Benachteiligten helfen, erfahren die Bürger individuell sinnstiftende Momente und bauen tragfähige zivilgesellschaftliche Institutionen (kollektives Sozialkapital) auf.
- Vorteile ergeben sich potenziell auch für die **Herkunftsländer**, wie die Stärkung bzw. der Aufbau kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zum Aufnahmeland, Kaufkraft durch ausländisches Einkommen sowie Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftspolitisches Knowhow für den Wiederaufbau durch den Kompetenzerwerb der Exilanten.

Bevor diese theoretischen Erkenntnisse ab Kapitel 4 mit empirischen Beispielen zum zivilgesellschaftlichen Engagement verbunden werden, analysiert ein Exkurs auf die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, inwieweit die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements für Integration Niederschlag in politischen Grundsatzpapieren gefunden hat.

3.3. Integration und Zivilgesellschaft in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Die 2015/16 überarbeitete Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, die bis dato nur als Entwurf veröffentlicht ist, widmet bereits im einleitenden Kapitel „Aktuelle Herausforderungen“ der **Flüchtlingspolitik** einen eigenen Abschnitt. Darin wird primär auf die (Bekämpfung der) Fluchtursachen Bezug genommen, die in allen Krisenregionen der Welt auf eine „Abwesenheit von nachhaltiger Politik“ (Bundesregierung 2016: 15) zurückzuführen seien. Dementsprechend betont das Papier Präventionsstrategien wie die Stabilisierung der angrenzenden Aufnahmeländer, die Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und den Schutz der EU-Außengrenzen mitsamt einem europäischen Asylsystem.

Ein vierter Schwerpunkt liegt auf der **Integration**. Hier setzt die Bundesregierung auf die beiden Pfeiler Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt und zielt explizit auf Menschen mit guter Bleibeperspektive. Die erwähnten Maßnahmen zielen auf eine langfristige Integration, bei der die Ausweitung von Angeboten mit Pflichten einhergeht: die „Verpflichtung zu eigener Anstrengung“, das „Verstehenlernen, die Akzeptanz und das Beachten unserer Rechts- und Werteordnung, das Einhalten unserer Spielregeln und Gesetze“ (ebd: 18). Dementsprechend – und in Einklang mit dem neuen Integrationsgesetz – wurden Sprach- und Integrationskurse geschaffen, die Mittel der Jobcenter für die Anerkennung beruflicher Qualifikationen erhöht und eine aus Bundesmitteln finanzierte Deutschsprachförderung eingeführt, die den als zentral herausgestellten Erwerb der deutschen Sprache (perspektivisch in einem „modularisierten System“) mit Ausbildung und Beschäftigung verzahnt (ebd: 15ff.).

Auffallend ist dennoch das relativ einseitige Verständnis von Integration. In dem Kapitel wird so gut wie kein Bezug darauf genommen, wie die Ankunft von Flüchtlingen das Zusammenleben in Deutschland verändert, welche sozialen Herausforderungen sich gestalten und wie und durch welche Akteure sie gelöst werden sollen. „Gemeinsam mit den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft begleiten wir Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt“ (ebd.: 17) ist die einzige Aussage zu diesem Thema. Diese Herangehensweise unterschlägt die entscheidende Rolle, die die Zivilgesellschaft bei der Ankunft und der Erstintegration spielt

hat und die ihr auch langfristig zukommt. Zugespitzt gesagt: nachhaltige Integration wird verstanden als Einbahnstraße, deren Verkehr durch bildungsökonomische Maßnahmen zu regeln ist – wobei verschwiegen wird, dass die Verkehrsregeln neu zur Aushandlung stehen und Ressourcen zur Überprüfung knapp sind.

Das neue Managementkonzept stützt sich auf die 17 Sustainable Development Goals (SDGs), die im Rahmen der Agenda 2030 umgesetzt werden sollen. Zu jedem der Ziele wird mindestens ein Unterziel („Nachhaltigkeitspostulat“, insgesamt 35) ausgewiesen, dessen Erreichung indikatorengestützt untersucht wird. Die Anzahl der Indikatoren pro Ziel variiert zwischen einem und zehn (vgl. ebd: 50ff.). Integration wird in zwei der 17 SDGs aufgegriffen, in SDG 10 (Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern) als Kernbestandteil und in SDG 4 (Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und lebenslanges Lernen für alle fördern) als Teilaspekt. Vier weitere Ziele bieten Bezüge zur sozialen Nachhaltigkeit, jedoch ohne das Thema Integration explizit miteinzubeziehen:

- SDG 1 (Armut in jeder Form und überall beenden)
- SDG 5 (Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen)
- SDG 8 (Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum): Integration wird hier als besondere Herausforderung und als Grund für steigende Investitionen im sozialen Bereich genannt, die bei Flüchtlingen dazu dienen, „diese Menschen zu befähigen, möglichst bald selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können“ (ebd: 143f.).
- SDG 16 (Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen)

SDG 4 nimmt ausführlicher Bezug zur Integration; im Vordergrund steht hier die Integrationskraft (beruflicher) Bildung. So wird die Nachqualifizierung und Integration zugewandelter Männer und Frauen in den Arbeitsmarkt ebenso adressiert wie die Förderung von Flüchtlingskindern und deren Familien, z.B. im Bundesprogramm „Sprach-Kitas“. Zusätzlich wird ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit im Bildungssystem speziell für „Kinder und Jugendliche aus Risikolagen“ angekündigt, das schulische Förderprojekte und familiäre Bildungsbegleitung umfasst. Auch die angekündigte Schaffung eines Validierungsverfahrens für nicht-formal/informell erworbene Kompetenzen kann als Fördermaßnahme für zugewanderte Arbeitnehmer verstanden werden (vgl. ebd:

87ff.). Insgesamt erhärtet sich der Eindruck, dass gesellschaftliche Integration über (berufliche) Bildung im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie ein zentrales Thema ist. Speziell die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem könnte jedoch den Aspekt von Migration noch offensiver aufgreifen⁹.

In **SDG 10** wird in vier der sieben Unterziele, die sich mit innerstaatlicher Ungleichheit beschäftigen, Integration im engeren Sinne betrachtet. Zu Grunde liegt der Analyse erneut ein ökonomisches Problem, die Ungleichheit in der Vermögens- und Einkommensverteilung. Da hierdurch der gesellschaftliche Zusammenhalt, die wirtschaftliche Entwicklung und der soziale Frieden gefährdet seien, gelte es, Ungleichheit und Diskriminierung abzubauen und die Teilhabechancen aller Menschen „unabhängig von ihrem Alter, Geschlecht, einer Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion, wirtschaftlichem oder sonstigem Status“ zu verbessern (ebd: 152).

„Daher sind Maßnahmen erforderlich, die die wirtschaftlichen und sozialen Teilhabemöglichkeiten insbesondere von Personen im unteren Einkommensbereich verbessern. Hinzu kommen Maßnahmen, die eine angemessene Partizipation aller Menschen am wirtschaftlichen Fortschritt und den sozialen Errungenschaften ermöglichen. In diesem Sinne wird Ungleichheit im SDG 10 nicht allein ökonomisch und finanziell verstanden. Das Ziel schließt Chancengleichheit und Diskriminierungsfreiheit als notwendige Bedingungen mit ein.“ (ebd: 153)

Damit ist eine starke Zielvorgabe gemacht, die sich theoretisch auf die Integration ausdehnen lässt. Dies wird durch einen Bezug auf weitere geplante Maßnahmen auch noch einmal deutlich: „Auch künftig bedeutend werden die großen Anstrengungen mit dem Ziel der Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen sowie die Unterstützung der vielen zugewanderten Flüchtlinge bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sein“ (ebd: 157). Als Indikatoren werden für das gesamte SDG 10 nur die ausländischen Schulabsolventen und der Gini-Koeffizient der Einkommens- und Vermögensverteilung angeführt. Beide sind in der Entwurfsfassung noch nicht ausgeführt. Es deutet sich an, dass ausländische Schüler seit 1996 aufgeholt haben und 2014 zu 88% (deutsche zu 95%) einen Schulabschluss erlangen, womit sich die Lücke zu deutschen Schülern um 5 Prozentpunkte verringert hat (ebd: 156f.). Insgesamt aber erscheint Integration in der vorliegenden Entwurfsfassung auch dieses SDGs nicht als Eckpfeiler. Die genannten Maßnahmen der Bundesregierung fokussie-

⁹ So wird etwa für den Indikator „Frühe Schulabgänger“ der aufschlussreiche Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft bzw. Migrationshintergrund und Bildungserfolg nicht dargestellt. Auch die beiden weiteren dargestellten Indikatoren „30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nichttertiärem Abschluss“ und „Umfang der Ganztagesbetreuung im Kleinkind- und Vorschulalter“ sind eher Aspekte, die auf die Förderung von gut qualifizierten Gruppen abzielen (ebd: 92ff.).

ren auf sozialstaatliche Umverteilung, Prävention von missbräuchlicher Lohnpolitik sowie Inklusion und Geschlechtergerechtigkeit im Bildungssystem und im Arbeitsmarkt.

Der Begriff „**soziale Nachhaltigkeit**“ erscheint in der Nachhaltigkeitsstrategie an keiner Stelle, was als ein klares Defizit betrachtet werden muss. Dabei geben die neuen „Managementregeln der Nachhaltigkeit“ eine explizite Vorlage. Zum einen wird in der Grundregel der soziale Zusammenhalt als ein konstitutives Element angeführt, zum anderen bezieht sich Regel 9 maßgeblich auf die Prävention von Armut und Ausgrenzung und gleichberechtigter wirtschaftlicher, wie auch sozialer und politischer Teilhabe (ebd: 55f.)¹⁰.

Der **Zivilgesellschaft** kommt jedoch in der Nachhaltigkeitsstrategie eine wichtige Rolle zu. Sie wird in einem Atemzug mit Wirtschaft und Wissenschaft als wesentlicher Akteur genannt, ohne deren „engagierten und signifikanten Beiträge“ ein „Erfolg der ‚Agenda 2030‘ [...] kaum denkbar“ ist. Unter Verweis auf ihre entscheidende Rolle in der Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips ist die Zivilgesellschaft „mit ihrem Wissen, ihrem Engagement, ihren Netzwerken und Mitteln“ auch zukünftig ein „unerlässlicher Partner der neuen globalen Partnerschaft“. Zwar unterbleiben klare Zielformulierungen für die Zivilgesellschaft, ebenso wie Indikatoren für zivilgesellschaftliches Engagement bei den SDGs (ebd: 51ff.), doch wird die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsstrategie als „Gemeinschaftswerk“ gesehen, bei dem Kompetenzen von Bund und Ländern, zunehmend aber auch von Kommunen, ineinandergreifen. Neben dem bereits etablierten Bund-Länder-Erfahrungsaustausch und den Nachhaltigkeitsstrategien der Länder künden viele Arbeitskreise und Initiativen von der Wichtigkeit kleinräumigerer Schaltstellen zur Umsetzung von Nachhaltigkeit¹¹ (ebd: 40ff.).

Die Ebene von **Städten und Kommunen** erhält im Abschlusskapitel einen zusätzlichen Stellenwert. Die Kommunen werden als „wesentliche Akteure und die treibende Kraft zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele“ begriffen (ebd: 243). Das Prinzip der Nachhaltigkeit wird hier als „zentrales Entscheidungskriterium des Verwaltungshandelns“ genannt, mit einer Berührung, die in viele Ressorts ausdifferenziert:

¹⁰ Regel 9 der Managementregeln besagt im Wortlaut: „Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, sollen

- Armut und sozialer Ausgrenzung soweit wie möglich vorgebeugt,
- allen Bevölkerungsgruppen Chancen eröffnet werden, sich an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen,
- notwendige Anpassungen an den demografischen Wandel frühzeitig in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erfolgen,
- alle am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben.“ (ebd: 56)

¹¹ So wurde ein interministerieller Arbeitskreis zur nachhaltigen Stadtentwicklung (IMA Stadt) eingerichtet, bei dem BMUB, Deutscher Städtetag und Städte- und Gemeindebund zusammenwirken. Weitere Aktivitäten sind der jährliche Netzwerk21Kongress, die „Oberbürgermeisterinitiative“ des Rats für Nachhaltige Entwicklung oder die geplante Einrichtung regionaler Netzstellen (RENN).

„die Finanzen, das soziale Leben, die Stadtentwicklung sowie den Klimaschutz, die Klimaanpassung, die intelligente Vernetzung und aus aktuellem Anlass die Integration der Flüchtlinge, die in Deutschland Schutz vor Krieg und politischer Verfolgung suchen. [...] Dafür bedarf es aber auch der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sowie der gesamten Gesellschaft und ihrer Multiplikatoren“ (ebd: 240).

Hiermit ist eine Steilvorlage für zivilgesellschaftliches Engagement gegeben. In der Folge werden vier Handlungsfelder genannt, in denen Kommunen und Bürgerschaften zukünftig Nachhaltigkeit besonders gut umsetzen können, auch indem die Kommunen „als bürger nächste Ebene die Bürgerschaft für das Thema ‚Nachhaltigkeit‘ [...] sensibilisieren und bürgerschaftliches Engagement an[zu]regen und [...] fördern“ (ebd: 241). Eines dieser Handlungsfelder ist die „Nachhaltige Integration“:

„Städte, Kreise und Gemeinden bieten [...] eine immense Vielfalt an Lebensqualität. Diese gilt es aber auch so zu bewahren und weiterzuentwickeln, dass alle daran teilhaben können. Die allgemeine Teilhabe muss insbesondere vor dem Hintergrund einer gelungenen und nachhaltigen Integration der Flüchtlinge und Asylsuchenden, die im Jahr 2015 nach Deutschland kamen und weiter kommen werden, gelingen. Die unmittelbare Integration erfolgt zwar in den Kommunen. Für deren unmittelbaren Erfolg ist aber entscheidend, dass die Herausforderung ‚Integration‘ als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wird, wozu insbesondere auch eine ausreichende und kostendeckende Finanzierung durch den Bund und die Länder gehört“ (ebd.).

In einer **Gesamtbewertung** dieser Entwurfsfassung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erscheint der soziale Aspekt der Nachhaltigkeit weiterhin sowohl konzeptuell als auch methodisch unterbelichtet. Integration wird aus aktuellem Anlass durchaus als relevante Aufgabe herausgestellt, jedoch über weite Teile des Papiers primär als bildungsökonomische Frage behandelt. Erst der Einbezug der Zivilgesellschaft als zentralem Akteur macht praktische Maßnahmen erkenntlich und verhilft dazu, Integration als eine sozial nachhaltige Aufgabe (Stichwort „Teilhabe“) zu begreifen, die die gesamte Gesellschaft betrifft.

Die Verbindung von sozialer Nachhaltigkeit und Integration wird allerdings bereits durch den **Nationalen Integrationsplan von 2007** klar. Dieses Papier bleibt die wichtigste Grundlage einer sozial nachhaltigen Integrationspolitik, wie Han-Broich verdeutlicht:

„In Deutschland leben mittlerweile rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Damit wächst der Druck auf die Integrationspolitik, welche etwa ein Vierteljahrhundert lang [...] in Deutschland vernachlässigt wurde. Mit dem Bekenntnis, dass Deutschland doch ein Einwanderungsland sei, stellte sich die Bundesregierung aber kraftvoll dieser Integrationsaufgabe. Mit dem Nationalen Integrationsplan (NIP) erklärte die deutsche Politik Integration als Schlüsselaufgabe für die Zukunft Deutschlands und als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern. In diesem Nationalen Integrationsplan ist das ehrenamtliche Engagement als eine wesentliche Komponente für das Gelingen von Integration vor Ort schon inbegriffen. Die Integrationspolitik will auf eine aktive Bürgergesellschaft bauen (NIP

2007, S. 13) und Integration durch ›bürgerschaftliches Engagement und gleichberechtigte Teilhabe‹ (S. 173–180) stärken. Hierbei richtet der NIP das Augenmerk hauptsächlich auf die Potenziale und Fähigkeiten der Zugewanderten (S. 13) und der Migrant(en)organisationen. Durch die Ermöglichung der gleichberechtigten Teilhabe von Migrant(inn)en und Migrant(en)organisationen am ehrenamtlichen/bürgerschaftlichen Engagement soll die Integration vorangetrieben werden. Daher konzentriert sich die Integrationspolitik besonders stark auf die Förderung gleichberechtigter Teilhabe von Migrant(inn)en sowie von deren Organisationen (S. 20). Mit der ›gleichberechtigten Teilhabe‹ ist hier nicht eine rechtliche Teilhabechance, d.h. ein Bürgerrecht wie ein kommunales Wahlrecht, Arbeitsrecht oder ein Rechtsanspruch auf Sozialleistungen etc. gemeint, sondern eine Bürgerpflicht im Sinne der Zivilgesellschaft, nach welcher die Bürger ihre Probleme in der Gemeinde selbst in die Hand nehmen sollen. Die Migrant(inn)en sollen also zur besseren Wahrnehmung ihrer Bürgerpflicht unterstützt werden.“ (Han-Broich 2012: 189f.)

4. Anwendungsbeispiel: Befragung von Geflüchteten in Nürnberg

4.1. Projektbeschreibung und Untersuchungsmethodik

In diesem Kapitel wird die im Spätsommer 2016 in Nürnberg durchgeführte Befragung „Nicht mit leeren Händen“ vorgestellt, in der knapp 280 volljährige geflüchtete Personen zu ihren Fähigkeiten, Netzwerken und ihrem Interesse an aktiver ehrenamtlicher Arbeit befragt wurden. Das Projekt beforscht also einen zentralen Aspekt sozial nachhaltiger Entwicklung, trägt aber in seiner Methodik selbst zahlreiche Wesensmerkmale sozialer Nachhaltigkeit.

Die Befragung wurde initiiert und verantwortet durch das Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA) in Nürnberg, das neben Forschung und Beratung auch Praxisprojekte durchführt, z.B. als Träger von Kitas und der Freiwilligenagentur „Zentrum aktiver Bürger“ (ZAB). Geboren wurde das Projekt aus Eigeninitiative; Inspiration war die Geschichte eines syrischen Flüchtlings in Berlin, der freiwillig für Obdachlose kochte, um der deutschen Gesellschaft, die ihn als Schutzsuchenden aufgenommen hatte, „etwas zurückzugeben“. Dieses Beispiel bot Anlass zu postulieren, „dass die Menschen, die seit einiger Zeit bei uns Schutz suchen, durchaus nicht nur oder nicht auf Dauer hilflos sind, sondern sehr schnell anderen helfen können“ (ISKA 2016). Wie groß die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren unter den Flüchtlingen aber tatsächlich ist, darüber fehlten Informationen. Dieses Potenzial sollte, bezogen auf die Stadt Nürnberg und angelehnt an die Deutschen Freiwilligen surveys (vgl. BMFSFJ 2016), näher erforscht werden.

In ihrer Zielstellung orientiert sich die Studie damit an mehreren, in dieser Arbeit präsentierten Leitgedanken. Offenkundig ist zunächst die Prämisse, menschliche Fähigkeiten als Ressource zu betrachten und Schutzsuchenden zu mehr Partizipation zu verhelfen (s. Kap.

3.2.2). Das „Kennenlernen der Bedürfnisse und Interessen der Menschen, mit denen sie zu tun hat“, ist nicht nur ein zentrales Arbeitsprinzip der Gemeinwesenarbeit (Steckelberg 2009: 49) – der das ISKA generell und mit dieser Initiativstudie umso mehr zuspricht –, sondern auch Leitsatz wissenschaftlicher Bedarfserhebungen zur Flüchtlingsintegration:

„Für die Flüchtlinge entsteht [hierdurch] ein Umfeld, das stärker auf ihre tatsächlichen Bedürfnisse abgestimmt ist, für die Aufnahmegesellschaft in der Stadt ein effektiverer Zugang. Für beide Seiten entwickelt sich eine raschere und effizientere Chance der Integration vor Ort“ (Bendel 2016b: 19).

Handlungsleitend für die Befragung war ferner die aus der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten wie aus Praxisbeispielen gewonnene Überzeugung, dass Geflüchtete vielseitige, oft unausgesprochene Fähigkeiten mitbringen, die gerade in freiwilligen Tätigkeiten nutzbringend sind, und dass diese über einen kompetenzorientierten Ansatz am besten sichtbar zu machen sind (Heyse et al. 2016). Der niedrighschwellige Zugang zur Freiwilligenarbeit und dessen hohes soziales Integrationspotenzial (s. Kap. 3.2.3) versprachen weitere Vorteile.

Das ISKA kooperierte als Träger der Freiwilligenagentur ZAB für das Projekt von Beginn an mit freiwilligen Helfern (darunter der Autor), die sich in der Konzeption, der Fragebogenentwicklung, der Übersetzung, der Durchführung der Feldstudie sowie in der Auswertung der Ergebnisse einbrachten. Während der Fragebogenentwicklung gelang es, auch das Sozialreferat der Stadt Nürnberg, das eine ähnliche Befragung geplant hatte, in das Projekt zu involvieren – mit dem Ergebnis, dass der Fragebogen um den Aspekt der sozialen Netzwerke erweitert und die Erhebung finanziell unterstützt wurde. **Das gesamte Projekt ist also partizipativ angelegt:** Geboren aus der Idee, zivilgesellschaftliche Integration zu fördern, initiiert durch eine multiakteuriell getragene Einrichtung der Praxisforschung, durchgeführt mit Unterstützung eines breiten Netzwerks an Bürgern und mit enger Anbindung an die kommunale Politik und die Steuerung der ehrenamtlichen Arbeit.

Die Stichprobenauswahl erfolgte nicht repräsentativ, jedoch mit dem Ziel, eine möglichst hohe und ausgeglichene Abdeckung des Feldes (erwachsene Flüchtlinge in Nürnberg) bezogen auf kulturelle Herkunft und Unterbringung zu gewährleisten. Der Fragebogen wurde zunächst im Rahmen einer Bachelorarbeit im Feld getestet und nach Fertigstellung in drei Sprachen (Arabisch, Russisch, Farsi/Dari) übersetzt. Damit blieben zwar manche für Nürnberg relevante Herkunftsländer (v.a. Äthiopien) unberücksichtigt, insgesamt konnte jedoch eine Abdeckung der Haupt-Landessprache von rund 85% der Geflüchteten in Nürnberg erzielt werden (Stadt Nürnberg 2016). 43% der Befragten stammen aus Syrien, 29% aus

dem Irak, 15% aus dem Iran, 12% aus GUS-Staaten (v.a. Ukraine, Aserbaidschan, Armenien) und 1% aus Afghanistan (Schimmer/Krauß 2016).

Insgesamt lebten im September 2016 rund 8.400 Geflüchtete in Nürnberg, von denen 3.580 in den 176 städtischen Gemeinschaftsunterkünften (GUs) wohnten. Die Befragung fand in 13 dieser GUs statt, die aufgrund der Zielsprachen und eines guten Feldzugangs ausgewählt worden waren. Nach den Terminvereinbarungen erfolgte die Befragung in einem face-to-face-Interview, das jeweils von einem Interviewer und einem Übersetzer durchgeführt wurde. Die durchschnittliche Befragungsdauer lag bei 10-15 Minuten. Eine gewisse soziale Erwünschtheit im Antwortverhalten ist auch aufgrund der vermeintlich asymmetrischen Gesprächsbeziehung nicht auszuschließen; die Projektverantwortlichen versuchten dies durch ein ausführliches Vorgespräch jedoch weitmöglichst einzudämmen und schilderten in weiter Mehrheit den Eindruck eines ehrlichen, realistischen Antwortverhaltens.

Der Fragebogen (deutsche Gesamtversion s. Anhang) umfasste in 15 Fragen, teils mit Unterpunkten, Variablen zu folgenden Themen:

- Person und Fluchthistorie (Alter, Herkunftsland, Geschlecht, Aufenthaltsdauer / -status)
- Bildung (Schule/Studium, Sprachkompetenz)
- Beruflicher Hintergrund
- Sonstige Fähigkeiten und Kompetenzen
- Derzeitige Tätigkeit (z.B. Integrationskurs, Arbeit) und berufliche Vorstellungen
- Motivation zur freiwilligen/ehrenamtlichen Tätigkeit
- Soziales Netzwerk in Deutschland.

4.2. Ergebnisse der Befragung

Die Ergebniszusammenfassung stützt sich auf eine komplette deskriptive Auswertung (Schimmer/Krauß 2016), die in einer Veranstaltung der Stadt Nürnberg am 4. Oktober 2016 zum ersten Mal vorgestellt wurde, sowie eigene bi- und multivariate Analysen.

4.2.1. Integrationsstatus und mitgebrachte (berufliche) Kompetenzen

In die Auswertung gingen insgesamt 277 Personen ein. Leicht überrepräsentiert sind die weiblichen Befragten mit einem Anteil von 29% (im Vergleich zu 24% in den städtischen GUs). Altersmäßig dominieren wie in der Grundgesamtheit junge Gruppen: 27% der Befragten sind unter 25, weitere 45% unter 35 Jahre alt, die Altersgruppe „35-49“ umfasst 22% und nur 7% der Befragten sind 50 und älter. Bezüglich ihrer Ankunft in Deutschland

dominieren zwei Gruppen: die größte (45%) kam zwischen Oktober 2015 und März 2016 in Deutschland an, die zweitgrößte (40%) zwischen April und September 2015. Vor April 2015 trafen 13% der Befragten in Deutschland ein, nur 2% nach April 2016. Zum Befragungszeitraum waren also die meisten Personen weniger als ein Jahr in Deutschland – ein Faktum, das wichtig für die Interpretation der Ergebnisse ist. Dementsprechend liegt die Quote der anerkannten Flüchtlinge trotz hoher Repräsentation der Kriegsregionen Syrien und Irak bei erst 36%; eine Mehrheit von 61% verfügt nur über die temporäre Aufenthaltsgestattung. Auch haben erst gut ein Viertel der Befragten den Integrationskurs besucht, gar erst 4% ihn abgeschlossen. Die Befragten befinden sich also überwiegend in einem frühen Stadium der Integration.

Die Angaben zur Schulbildung sind nicht auf die deutsche Situation übertragbar, da in den Herkunftsländern ein anderes Schulsystem vorherrscht. Auch ist zu beachten, dass nur nach der Schulbildung gefragt wurde, nicht nach schulischer und beruflicher Bildung zusammen. Die Auswertung deckt sich dennoch weitgehend mit dem unter 2.1.3 betrachteten Ergebnis, dass nur gut die Hälfte der Flüchtlinge in Deutschland über eine schulische Bildung von mehr als 10 Jahren verfügt: In der Stichprobe sind es 53%, gegenüber 27%, die zwischen sieben und neun Jahren zur Schule gingen und 20%, die nur eine Schulbildung bis zu sechs Jahren aufweisen. Ein Viertel der Befragten hat in seiner Heimat studiert.

Ein Großteil der Befragten (82%) hat im Herkunftsland einen Beruf ausgeübt. Die genannten Berufe wurden mit Hilfe der Klassifizierung der Bundesagentur für Arbeit nach Sektoren (große Gruppen nach mehreren Ebenen) aufgeschlüsselt. Mit 41% übten die meisten Befragten einen Beruf im Bereich der Produktion und Fertigung aus, darunter die meisten im Bereich Textil. Es folgen der kaufmännische Bereich / Handel (23%), das Feld Gesundheit / Soziales / Erziehung (19%) sowie das Feld Bau / Architektur / Gebäudetechnik (17%). Insgesamt fällt bei der Charakterisierung der Berufe auf, dass ausführende und produzierende Tätigkeiten deutlich im Vordergrund stehen, gleichzeitig aber eine hohe Bandbreite an Bereichen genannt wird.

Nur 19% der Befragten gehen zum Befragungszeitpunkt einer Arbeit oder einer regelmäßigen Tätigkeit nach, wobei darunter der Besuch einer Berufsschule (Übergangsklasse) am häufigsten genannt wurde. An zweiter Stelle geben immerhin 13 von 277 Befragten an, ehrenamtlich tätig zu sein. Die Integration in reguläre Beschäftigungsformen (betriebliche Ausbildung, Arbeit nach Regeltarif) ist mit acht bzw. vier Personen noch sehr niedrig.

Demgegenüber wünscht sich die überwältigende Mehrheit der Befragten (95%), in Deutschland zu arbeiten. Dabei ist bemerkenswert, dass nicht davon ausgegangen wird, im angestammten Beruf zu arbeiten. Auf die Frage, in welchem Bereich sie arbeiten möchten, nannten nur 35% Produktion/Fertigung, der kaufmännische Bereich ging gar auf 9% zurück. Hingegen erweist sich das Feld Gesundheit/Soziales/Erziehung mit 22% beliebter als bei den Herkunftsberufen. Weitere 22% gaben an, einfach nur arbeiten zu möchten, „egal in welchem Bereich“. Nach wie vor zeigt sich ein erhebliches Arbeitskräftepotenzial im produzierenden Gewerbe, im Bausektor sowie im Bereich Verkehr / Logistik / Sicherheit. Eine Gegenüberstellung von Herkunfts- und Zielberuf (s. Anhang) ergibt, dass gerade in kaufmännischen und buchhalterischen Berufen die Hälfte der Befragten diesen Sektor nicht mehr als Zielberuf in Deutschland nennt. Eine entscheidende Rolle könnte hier die Sprache spielen: erst 38% geben an, alltagsverständlich Deutsch zu sprechen. Insgesamt decken sich auch diese Ergebnisse mit den Erwartungen (s. Kap. 2.1.3): hohe Arbeitsmotivation, jedoch geringe Arbeitsmarktintegration sowie die Bereitschaft, Umwege zu gehen.

Ein Hauptziel der Studie des ISKA war es, neben dem beruflichen Hintergrund weitere Fähigkeiten der Geflüchteten sichtbar zu machen. Die hierbei gewählte zweistufige Fragemethode, die angesichts der Unbewusstheit von Fähigkeiten auch in anderen Kompetenzerhebungen verwendet wird, erwies sich als zielführend. Auf die erste, offene Frage antworteten die Befragten recht zögerlich: nur 60% nannten überhaupt eine Fähigkeit und es dominierten Freizeitaktivitäten wie Sport, Musik und Kunst. In einer Nachfrage wurden beispielhaft acht Tätigkeiten aufgezählt, die es den Befragten ermöglichten, ihre Fähigkeiten besser einzuordnen. Insgesamt nannten nur 18% der befragten Flüchtlinge keine Fähigkeit. Die genannten Fähigkeiten wurden während der Auswertung in Gruppen kategorisiert.

Wie Abb. 4 deutlich macht, ließen sich zahlreiche Fähigkeitengruppen ermitteln. Die Bandbreite reicht von handwerklichen, über hauswirtschaftliche, pflegerische und soziale bis hin zu kreativen Tätigkeiten. Gerade die am häufigsten genannten Aktivitäten (Kochen, Sport, Kunst, Gärtnern oder Lehren) lassen sich in ehrenamtlichen Aufgaben gut anwenden.

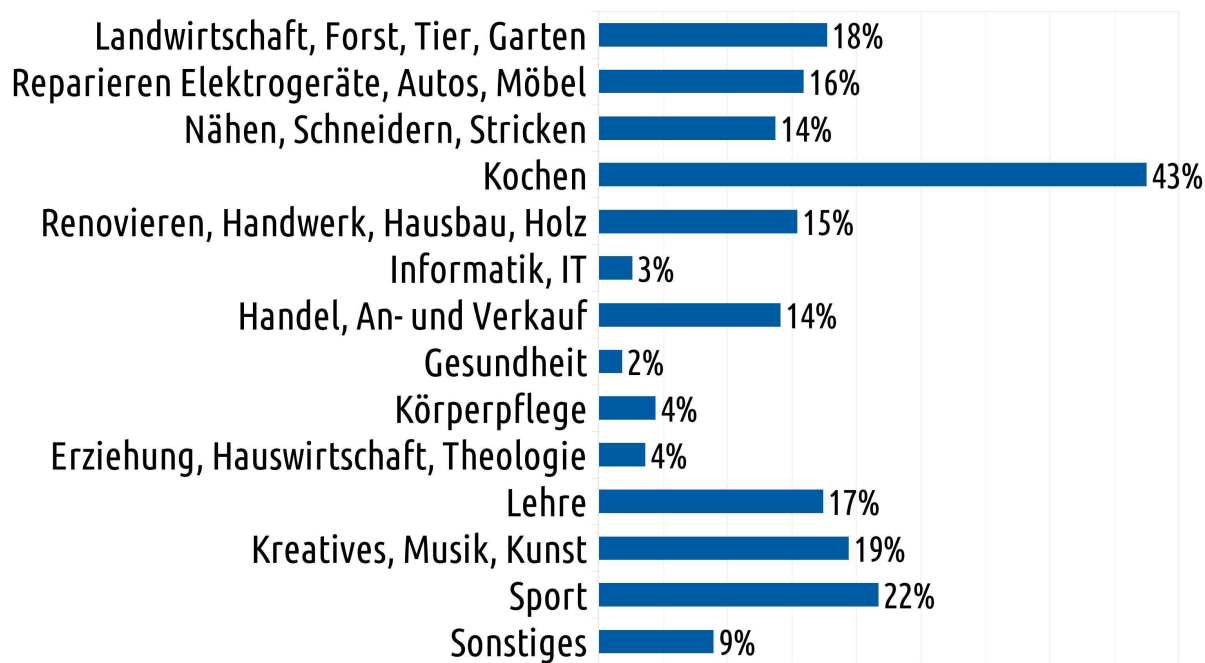


Abbildung 4: Genannte Fähigkeiten der Geflüchteten (Schimmer / Krauß 2016)

4.2.2. Motivation zum ehrenamtlichen Engagement

Der anschließende Fragekomplex zielte auf das Kernelement der Studie, die **Motivation der Geflüchteten zu ehrenamtlicher Tätigkeit**. Da dieser Begriff interkulturell unterschiedlich verstanden wird, wurde in der Konzeptionsphase viel Mühe darauf verwendet, diese Frage verständlich zu formulieren und in die Zielsprachen zu übersetzen, etwa in intensiven Besprechungsterminen mit den Übersetzern. Die deutsche Formulierung lautet „*Wären Sie zukünftig bereit zu helfen, auch ohne Geld zu erhalten und freiwillig oder ehrenamtlich Aufgaben zu übernehmen?*“. Für eine bessere Einordnung wurden auch die Antwortoptionen – analog zu den Freiwilligensurveys (BMFJSF 2016) – abgestuft.

Eine breite Mehrheit von 83% der Stichprobe bejaht die Frage, weitere 12% antworten mit „ja, vielleicht“ und nur 5% ist nicht zu ehrenamtlichem Engagement bereit. Drei Viertel der Bejahenden können sich sogar vorstellen, in den nächsten drei Monaten damit anzufangen – diese Frage wurde nachgeschoben, um die Motivation zu konkretisieren. Diese hohe Bereitschaft übertraf die Erwartungen und ist als ein großes zivilgesellschaftliches Potenzial zu werten.

Als Gründe, kein ehrenamtliches Engagement zu beginnen, wurden nach den erwartungsgemäß hohen zeitlichen Einschränkungen (76%) von 44% angegeben, nicht zu wissen, wohin sie sich wenden sollten. Dieses Ergebnis sollte als Auftrag verstanden werden, Geflücht-

tete besser und zielgerichteter auf die Möglichkeiten, ehrenamtlich tätig zu werden, aufmerksam zu machen.

Anschließend wurden die Geflüchteten gefragt, welche **Tätigkeitsfelder** sie sich für ein freiwilliges Engagement vorstellen können. Diese Frage wurde offen gestellt und die genannten Tätigkeiten anschließend in dieselben Kategorien wie bei den Fähigkeiten geclustert. Bei den Antworten fällt auf, dass sich viele Befragte schwer taten, klare Tätigkeitsfelder zu benennen. Die mit Abstand größte Gruppe (39%) betonte, gerne eine freiwillige Arbeit auszuführen, „egal, welcher Art“. Die am häufigsten genannten Aufgabenfelder sind „soziale und hauswirtschaftliche Tätigkeiten“ (16%), sonstige soziale Aufgaben (11%), gefolgt von „Renovieren, Handwerk, Installieren“ (8%), „Körperpflege, Wellness“ (7%) und Dolmetschen (7%). Es kann also gefolgert werden, dass einer sehr hohen Motivation zur Freiwilligenarbeit noch eine gewisse Unschlüssigkeit gegenübersteht, in welchem Bereich eigene Fähigkeiten eingesetzt werden können, wobei unter den möglichen Einsatzfeldern soziale und hauswirtschaftlich-pflegerische Tätigkeiten die beliebtesten sind.

Dieses Bild konkretisiert sich noch etwas, stellt man den gewünschten Tätigkeitsfeldern weitere kompetenzbezogene Variablen aus der Studie gegenüber (Details s. Anhang). So sprechen soziale Tätigkeiten gerade Personen an, die einen Herkunftsberuf aus diesem Bereich nennen, die unspezifische Kategorie „Egal was im sozialen Bereich“ erhält dagegen Zuspruch aus verschiedensten Herkunftsberufen. Für praktische und handwerkliche Aufgaben bieten sich eher Personen mit Arbeitserfahrung in Produktion und Baugewerbe an.

Interessant ist der Vergleich mit den genannten Fähigkeiten. Die meisten gewünschten ehrenamtlichen Tätigkeitsfelder stimmen mit Fähigkeiten überein, so z.B. Reparieren oder Renovieren mit handwerklichen Fähigkeiten, soziale und hauswirtschaftliche Tätigkeiten eher mit Fähigkeiten im Bereich Erziehung, Kochen oder Nähen/Schneidern. Hierbei zeigt sich, dass die „Egal was“-Kategorie stark verbreitet ist unter Personen, die eher handwerkliche Fähigkeiten angeben (wie Reparieren, Kochen, Renovieren, Landwirtschaft/Garten oder Körperpflege). Personen, die Gesundheit, Lehre oder Soziales als Fähigkeit angeben, nennen diese Kategorie nicht bzw. kaum – sind sich also sicherer, welche Tätigkeit sie freiwillig ausüben möchten.

Der berufliche Bildungshintergrund scheint also einen gewissen Einfluss darauf zu haben, sich konkrete Tätigkeiten in der Freiwilligenarbeit vorzustellen. Dieser Eindruck erhärtet

sich beim Vergleich der gewünschten Tätigkeitsfelder mit der Schulbildung (s. Abb. 5). Flüchtlinge mit höherer Schulbildung wählen demnach gezielter ehrenamtliche Tätigkeiten aus. Sie tendieren stärker zu erzieherischen und sozialen Feldern oder auch Dolmetschertätigkeiten. Auch bei handwerklichen Aufgaben sind Personen mit höherer Schulbildung stärker repräsentiert. Pflegerische Aufgaben (Körperpflege, Wellness), das Kochen oder unspezifische Tätigkeiten im sozialen Feld werden eher von Personen mit niedriger Schulbildung genannt.

		Schulbildung (Dauer Schulbesuch)						
		keine Schule	0-4 Jahre	5-6 Jahre	7-9 Jahre	10-11 Jahre	12 Jahre u. mehr	Gesamt %
Gewünschte Tätigkeit Ehrenamt	Egal was	83%	36%	30%	49%	16%	25%	31%
	Bereich Landwirtschaft, Garten, Tiere	0%	0%	3%	0%	5%	1%	2%
	Reparieren von Elektrogeräten, Autos, Möbeln etc.	0%	0%	0%	2%	3%	8%	3%
	Nähen, Stricken, Schneidern	0%	0%	0%	4%	3%	3%	2%
	Kochen	17%	7%	10%	1%	5%	2%	5%
	Renovieren, Handwerk, Installieren und Hausbau	0%	0%	7%	5%	13%	7%	6%
	Führen von Fahrzeugen und Transportgeräten	0%	7%	0%	0%	3%	1%	2%
	Handel; Ver- und Ankauf	0%	0%	3%	0%	0%	3%	1%
	Gesundheit	0%	0%	0%	2%	0%	4%	1%
	Körperpflege, Wellness	0%	21%	7%	2%	11%	6%	9%
	Soziale und hauswirtschaftliche Tätigkeiten	0%	7%	13%	11%	18%	15%	13%
	Dolmetschen	0%	7%	0%	5%	8%	6%	5%
	Lehrende und ausbildende Tätigkeiten	0%	0%	0%	1%	3%	5%	2%
	Egal was im sozialen Bereich	0%	7%	20%	12%	5%	7%	10%
	Kreative Tätigkeiten wie Musik oder Kunst	0%	7%	0%	0%	0%	4%	2%
	Sonstiges	0%	0%	0%	2%	5%	1%	2%
	Weiß nicht	0%	0%	7%	4%	3%	2%	3%
	Gesamt N		6	14	30	84	38	139

Abbildung 5: Gewünschtes Tätigkeitsfeld für Ehrenamt nach Schulbildung (eigene Darst.)

In einer multivariaten Analyse wurden mögliche Einflussgrößen auf die Motivation zum ehrenamtlichen Engagement untersucht (s. Anhang). Es zeigten sich statistisch nur wenig aussagekräftige Zusammenhänge, was sicher auch auf die eindeutige Verteilung bei der Motivation zurückzuführen ist. Die Bereitschaft zum Engagement unterscheidet sich kaum nach Herkunftsländern und Aufenthaltsdauer in Deutschland. Selbst die Schulbildung wirkt sich nur ganz gering aus. Als relevanteste Einflussgröße erwies sich der Besuch eines Integrationskurses¹²: Interessanterweise ist die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement leicht höher bei Personen (der klaren Mehrheit von 72%), die noch keinen Integrationskurs besuchen bzw. besucht haben. Vermutlich ist dies darauf zurückzuführen, dass sich diese Personen noch stärkere Partizipation wünschen und der Integrationskurs neben der zeitlichen Beanspruchung bereits ein deutlicher Schritt Richtung strukturelle Integration ist.

Einen gewissen Einfluss übt jedoch das soziale Netzwerk aus, dass sich Geflüchtete in Deutschland aufgebaut haben. So sind von den Befragten, die bereits über 20 Kontakte in Deutschland außerhalb der GU haben, 90% bereit zu ehrenamtlicher Arbeit, von Personen ohne Kontakt jedoch nur 74%. Kontakte zu deutschen Personen verstärken dies noch einmal, geringfügig auch das Beherrschen der deutschen Sprache. Zwar sagt, wie Han-Broich bemerkt, die schiere Anzahl der Kontakte noch nichts über deren Qualität aus – gerade „wohlwollende Kontakte“ seien für die Integration wichtig (Han-Broich 2014: 355) –, es ist jedoch zu erwarten, dass sich durch eigene Aktivität nicht nur die Anzahl der Kontakte zu Einheimischen erhöht, sondern auch die Intensität wohlwollender, aufbauender Kontakte.

		Wären Sie zukünftig bereit zu helfen, auch ohne Geld zu erhalten und freiwillig oder ehrenamtlich Aufgaben zu übernehmen? Würden Sie sagen...			Gesamt N
		... ja, sicher	... ja, vielleicht	... nein	
Kontakte in Deutschland außerhalb GU sortiert	0	74%	19%	7%	27
	1-5	84%	13%	4%	79
	6-10	79%	15%	6%	48
	11-20	86%	11%	3%	63
	über 20	90%	4%	6%	52
Gesamt %		84%	12%	5%	269

Abbildung 6: Motivation zum ehrenamtlichen Engagement nach Kontakten außerhalb der GU (eigene Darst.)

¹² Eine schrittweise lineare Regression mit 12 Variablen nahm nur den Faktor „Besuch des Integrationskurses ja/nein“ in das Erklärungsmodell auf (T=-2,839). Es ergibt sich eine niedrige signifikante Korrelation von -,242*.

4.2.3. Soziale Netzwerke der Geflüchteten

Wie in Kapitel 3.1.2 gezeigt wurde sind soziale Kontakte, speziell über die primäre Bezugsgruppe hinausgehende, eine der wichtigsten Indikatoren für Sozialkapital und eine essenzielle Voraussetzung zur Integration. Allgemein kann die Familie, die ethnische oder religiöse Gemeinschaft als primäre Bezugsgruppe verstanden werden; im Fall von Flucht und Asyl in einem neuen Zielland bilden häufig die Mitgeflüchteten die primäre Bezugsgruppe. Es war in der Befragung daher wichtig, erste Eindrücke dazu zu gewinnen, welche sozialen Kontakte die Geflüchteten bereits außerhalb dieses Milieus, außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte geknüpft haben.

Hierfür wurden zwei Fragen gestellt, nämlich nach der Anzahl der Kontakte außerhalb der GU generell und speziell zu Personen, die (mutmaßlich) in Deutschland geboren sind. Kontakte wurden dabei verstanden als regelmäßige Treffen oder namentliche Kenntnis von Personen (ohne Sozialbetreuer und Personal in den Unterkünften) und in den Interviews entsprechend paraphrasiert. Die Kontaktintensität der befragten Flüchtlinge ist recht unterschiedlich verteilt. 10% nennen keinen, 30% bis zu fünf und 18% bis zu zehn Kontakte; 23% kennen bis zu zwanzig, 19% bereits über zwanzig Personen außerhalb der GU. Zu deutschen Personen haben jedoch über die Hälfte der Befragten (55%) keinerlei Kontakt, weitere 29% nennen bis zu fünf Kontakte. Nur insgesamt 15% geben an, mehr als fünf in Deutschland geborene Menschen zu kennen.

Interessant ist hier eine Kontrastierung mit der Situation der Flüchtlinge in Deutschland allgemein, wie sie der BAMF-IAB-SOEP-Befragung zu entnehmen ist. Demnach haben Geflüchtete seit ihrem Zuzug im Mittel

„drei neue Kontakte zu Deutschen und fünf neue Kontakte zu Personen aus den Herkunftsländern (ohne Verwandte) aufgebaut. Insgesamt haben 60 Prozent der Geflüchteten mindestens einmal die Woche Kontakte zu Deutschen und 67 Prozent zu Menschen aus ihren Herkunftsländern. Sowohl die Zahl neuer Kontakte als auch die Kontaktintensität zu Deutschen steigt mit dem Bildungsstand. Dezentral untergebrachte Geflüchtete haben häufiger Kontakte zu Deutschen als solche, die in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, und in kleineren Kommunen etwas häufiger als in Großstädten.“ (Brücker 2016: 14ff.)

Die Kontaktintensität der Flüchtlinge in Nürnberg allgemein kann demnach als überdurchschnittlich angesehen werden, während sie zu Deutschen eher durchschnittlich oder sogar noch leicht darunter anzusiedeln ist. Integrationspolitisch dringender Handlungsbedarf besteht also darin, die Beziehungen zwischen Flüchtlingen und in Deutschland geborenen Einheimischen zu intensivieren.

Auch für die sozialen Kontakte wurde eine multivariate Analyse möglicher Einflussgrößen vorgenommen. Hier erwiesen sich mehrere Faktoren als statistisch auffällig: die Aufenthaltsdauer in Deutschland, das Herkunftsland, die Schulbildung und ein (nach eigenen Angaben) alltagstaugliches Beherrschen der deutschen Sprache¹³. Die Aufenthaltsdauer ist der gewichtigste und auch sicherlich der nachvollziehbarste Einflussfaktor auf die Netzwerkbildung, da es Zeit braucht, bis soziale Kontakte hergestellt sind. Dementsprechend verfügen über 70% derjenigen Geflüchteten, die bis Ende März 2015 in Deutschland ankamen schon über mehr als elf externe Kontakte, bei den ab April 2016 Eintreffenden liegt dieser Anteil erst bei gut 15% (s. Abb. 7).

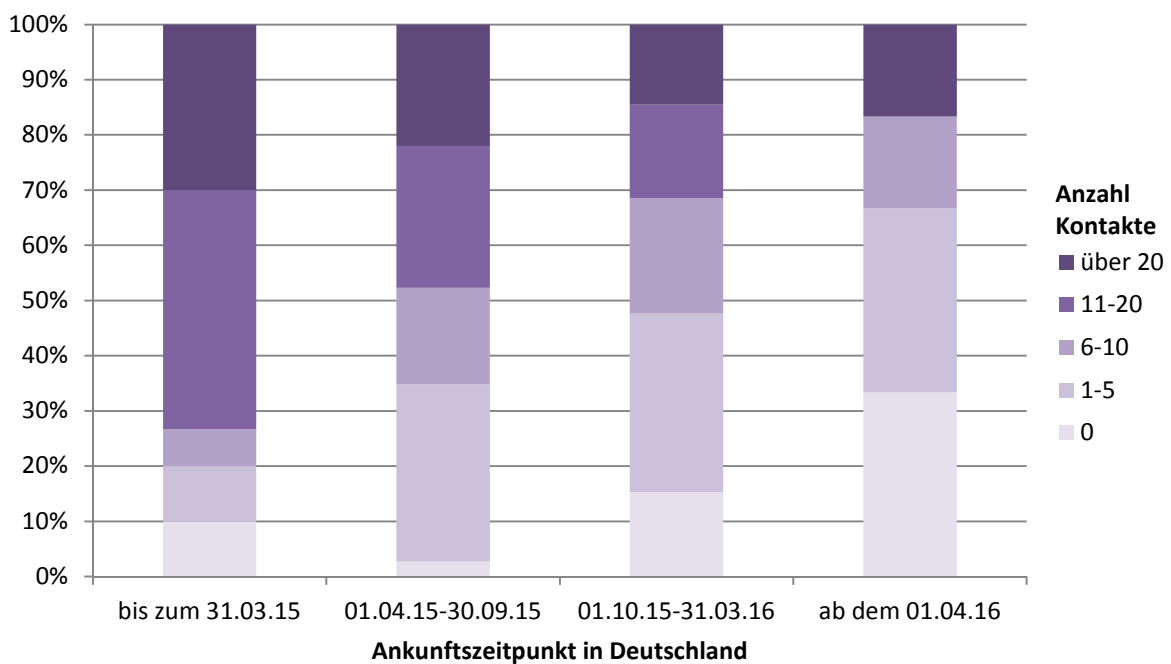


Abbildung 7: Anzahl der Kontakte außerhalb der GU nach Aufenthaltsdauer (eigene Darst.)

Überraschenderweise macht sich auch bei der Unterscheidung von Herkunftsländern ein Einfluss auf die soziale Netzwerkbildung bemerkbar. So erschließen sich die Flüchtlinge

¹³ Die lineare Regression extrahierte für die sozialen Kontakte generell die drei Faktoren „Aufenthaltsdauer in Deutschland“, „Herkunftsland“ und „Dauer des Schulbesuchs“ als Erklärungsfaktoren (Gesamt-T= 8,413), für die sozialen Kontakte zu Deutschen nur die Dauer des Schulbesuchs (T=2,582). Folgende signifikanten Korrelationen wurden errechnet (n. Spearman-R):

	Soziale Kontakte generell	Kontakte zu Deutschen
Aufenthaltsdauer in Deutschland	-,252***	,231**
Herkunftsland	-,212***	n.s.
Alltagsverständliches Deutsch	,198**	,221***
Dauer des Schulbesuchs	n.s.	,210**

aus den GUS-Staaten am schnellsten soziale Kontakte, diejenigen aus dem Iran und Afghanistan (hier nur zwei Befragte!) deutlich zögerlicher (s. Anhang). Mutmaßlich sind die kulturellen Differenzen für Flüchtlinge aus den GUS-Staaten in Deutschland etwas niedriger oder die sozialen Ankerpunkte in Nürnberg mit einer großen russischsprachigen Minderheit stärker. Die Unterscheidung liefert sicherlich integrationspolitisch aufschlussreiche Hinweise, kann aber an dieser Stelle nicht vertieft werden.

Neben einem sozialen (Aufenthaltsdauer) und einem soziokulturellen Faktor (Herkunftsland) ermittelte die multivariate Analyse schließlich den Einfluss zweier kultureller bzw. bildungsbezogener Einflussfaktoren auf die soziale Netzwerkbildung. Beide, die Dauer der Schulbildung und ein alltagstaugliches Beherrschen der deutschen Sprache, wirken sich vor allem auf die Kontakthäufigkeit zu deutschen Personen aus – exakt wie es BAMF-IAB-SOEP für Gesamt-Deutschland schildert (s. oben). Die Flüchtlinge, die nur maximal sechs Jahre zur Schule gingen, haben zu 70 bis 80% keinerlei Kontakte zu Deutschen; bei über zehnjähriger Schulbildung sinkt dieser Anteil auf 43% (s. Abb. 8). Zwei Drittel der Befragten, die kein (alltagstaugliches) Deutsch sprechen, haben keinen Kontakt zu Deutschen; mit Deutschkenntnissen sinkt dieser Anteil auf unter 40%. Deutschkenntnisse steigern auch die generelle Kontakthäufigkeit: der Anteil derjenigen Personen mit vielen (mehr als zehn) Kontaktpersonen außerhalb der GU steigt mit Deutschkenntnissen von 35 auf 54%.

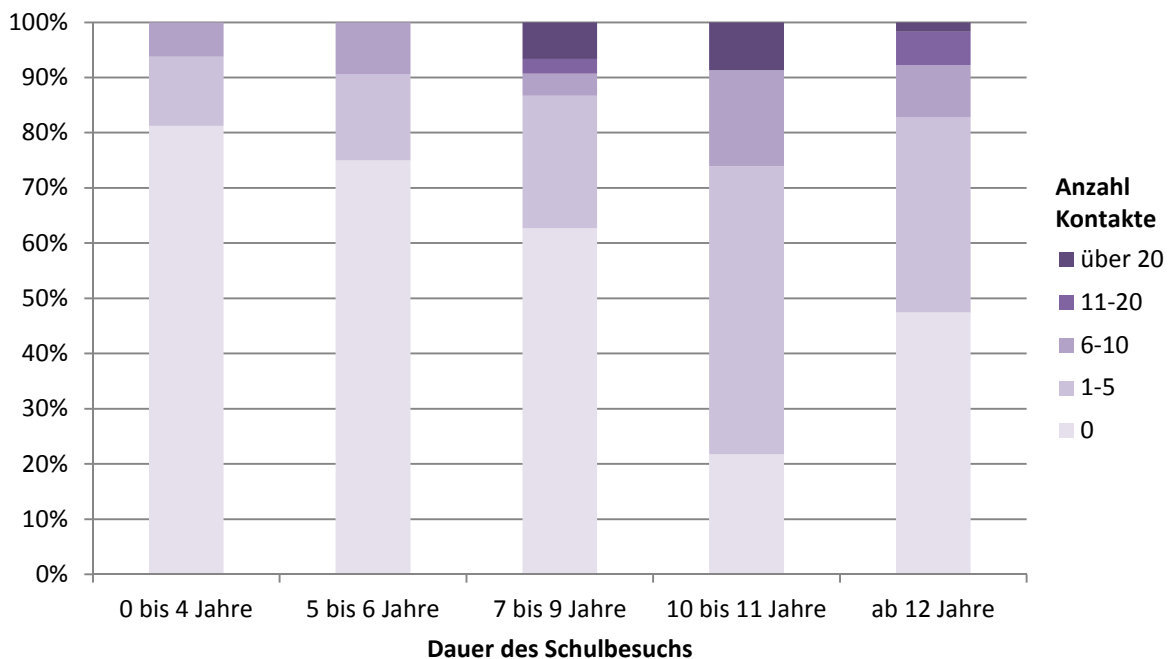


Abbildung 8: Anzahl der Kontakte zu Deutschen nach Schulbildung (eigene Darst.)

Während der Einfluss der Schulbildung einseitig und politisch nur sehr langfristig steuerbar ist, scheint im Falle der Sprache ein wechselseitiger Einfluss plausibler: auch der Kontakt zu Einheimischen steigert die deutschen Sprachkenntnisse, was sich wiederum kontaktfördernd auswirkt. Der Schlüssel zur Integration kann also hier an beiden Seiten des Prozesses angesetzt werden, bei der Sprachförderung und der Herstellung von Kontakten. Gerade für die Kombination dieser Ansätze bietet sich erneut die ehrenamtliche Betätigung an.

Die Befragung in Nürnberg liefert zentrale Erkenntnisse und Anknüpfungspunkte für weitere Arbeiten. So werden zum ersten Mal auf kommunaler Ebene *berufliche Qualifikationen und weitere Fähigkeiten* Geflüchteter ermittelt. Eindeutig belegt ist die hohe Motivation, in Deutschland eine Arbeit aufzunehmen und eine berufliche Zukunft auch jenseits der bisherigen Betätigung zu suchen. In weitergehenden Projekten gilt es, das vorhandene Arbeitskräftepotenzial zu aktivieren, z.B. über einen Abgleich mit regional nachgefragten Berufen oder durch kompetenzbezogene berufliche Weiterqualifizierung (s. hierzu Kap. 5.2). Bemerkenswert ist sicherlich die *hohe Motivation der Geflüchteten für ehrenamtliche Arbeit*. Besonders soziale, jedoch auch pflegerische und handwerkliche Tätigkeitsfelder bieten hier Einsatzbereiche. Viele Geflüchtete sind sich jedoch noch unsicher, in welchen Aufgaben sie sich ehrenamtlich einbringen können. Hierbei belegt die Studie gewisse Muster: die Abhängigkeit von der schulischen Bildung, dem kulturellen und beruflichen Hintergrund, vor allem aber von der Anzahl der *sozialen Kontakte der Flüchtlinge* außerhalb der GUs. Aufholbedarf gibt es insbesondere bei der Kontakthäufigkeit mit deutschstämmigen Personen. Die sozialen Netzwerke von Geflüchteten dürften ein erkenntnisreiches Forschungsfeld für die Zukunft darstellen.

Eine wichtige Aufgabe wird es daher sein, noch breiter über ehrenamtliche Betätigungsmöglichkeiten aufzuklären und damit zu einer kontinuierlichen Aktivierung beizutragen. Insgesamt sind dies Aufgaben, die die kommunale Verwaltung, Vereine, Ehrenamtliche und Freiwilligenagenturen, Unternehmen und Betriebe – also die gesamte Zivilgesellschaft – fordern.

5. Ableitung von Aktionsfeldern

Die Befragung stieß in Nürnberg auf reges Interesse. Zu der Vorstellung der ersten Ergebnisse im Oktober 2016, zu der das ISKA und die Stadt Nürnberg (Sozialreferat) einluden, kamen ca. 75 Besucher aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Wie ein Gespräch mit der Freiwilligenagentur ZAB im Dezember ergab (s. Anhang), bleibt jedoch die Nachfrage nach ehrenamtlicher Tätigkeit als direkte Folge der Befragung etwas hinter den Erwartungen zurück: nur sieben geflüchtete Personen meldeten sich eindeutig in diesem Kontext als ehrenamtliche Interessenten. Insgesamt verzeichnet das ZAB aber ein weiterhin starkes Interesse an der integrativen Freiwilligenarbeit und setzt auf kontinuierliche Informationspolitik zur Einbindung von Geflüchteten. Im Januar 2017 war die Studie Gegenstand der monatlichen Koordinationstreffen der Stadt Nürnberg, die bestehende Initiativen der Flüchtlingsarbeit vernetzt. Durch den Austausch von Bedarfslagen und konkreten Praxisprojekten soll die Partizipation von Flüchtlingen gezielter ermöglicht werden.

5.1. Zivilgesellschaftliche Projekte für und mit Geflüchtete/n

Die folgende Analyse unternimmt daher den Versuch, aus der Vielzahl bundesweiter und regionaler Initiativen ein Muster abzuleiten, das handlungsleitend für eine nachhaltige soziale Integration über zivilgesellschaftliche Projekte sein kann. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern bemüht sich um Systematisierung. Die Analyse stützt sich maßgeblich auf das Sammelwerk von Heyse, Erpenbeck und Ortmann (Heyse et al. 2016), die Bedarfsstudie in Erlangen (Bendel 2016a) sowie eine Handreichung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) mit zahlreichen Praxisbeispielen und Empfehlungen (Flor et al. 2016)¹⁴. Zusätzlich wurden die Erkenntnisse aus Gesprächen mit Stadt, Freiwilligenagenturen und Initiativen in Nürnberg verarbeitet.

Bei der Zusammenfassung der vielen Initiativen wurde deutlich, dass wesentlich zwischen zwei Zielebenen von ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit unterschieden werden kann, die sich mit Phasen im Prozess der Integration decken: die Zielebene des **Kontaktaufbaus**, in der es vor allem darum geht, ankommende Geflüchtete anzusprechen und in Aktivitäten einzubinden, und die Zielebene der **Verstetigung**, die darauf abzielt, aus erfolgreichen Projekten zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen, in denen v.a. Flüchtlinge mit Bleibeperspekti-

¹⁴ Der Bericht liefert neben Praxisprojekten auch einen Überblick über die Arbeit der Freiwilligenagenturen sowie mit dem „Agenturatlas“ der bagfa ein Angebot zum Auffinden von Freiwilligenagenturen vor Ort.

ve aktiv sind und sich permanente soziale Teilhabe erschließen können. Im Gespräch mit dem ZAB wurde diese Entwicklung als Schritt „von der Willkommens- zur Partizipationskultur“ charakterisiert. Thomas Röbbke, Gründer des ZAB und Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement in Bayern, betont ebenso, jetzt komme es darauf an, zivilgesellschaftliches Engagement aufrechtzuerhalten, um „von der Flüchtlingshilfe zur Integrationsbegleitung“ zu kommen (Röbbke 2016). Auch die Forschung zu Innovationen in der Integrationsarbeit differenziert zwischen den Stadien der Ideengenerierung, bei der Bedarfsorientierung und Netzwerkerschließung dominieren, und Umsetzung und Strukturgebung, bei der es darum geht, finanzielle Mittel und unterstützende Strukturen für eine langfristige Verankerung der Projekte zu erschließen (Bund 2015).

In der folgenden Tabelle werden daher die Einsatzgebiete ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit nach Kategorien gegliedert und mit Beispielprojekten unterlegt. Die Einsatzgebiete werden ferner danach unterschieden, inwiefern Geflüchtete eigenständig aktiv werden können und welches Potenzial sich bietet, betriebene Projekte strukturell zu verstetigen. Kriterien für Letzteres sind insbesondere die überregionale Anbindung der Projekte sowie der Bezug zu weiteren Funktionssystemen wie dem Wirtschafts- oder dem Bildungssystem. Einzelne Projekte sind am anschaulichsten über das Onlineportal des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement abrufbar (BBE 2016).

Kategorie	Unterkategorie	Projekte (<i>Einzelbeispiele aus Nürnberg</i>)	Rolle der Flüchtlinge (Eigenständigkeit)	Möglichkeit zur Verstetigung
Bildung, Sprachvermittlung, Förderung	Sprachförderung	Sprachkurse und Sprachtandems	Rezipienten 	lokale ehrenamtliche Aktivität 
	Nachhilfekurse	Hausaufgabenhilfe und Nachhilfe für Flüchtlinge	Rezipienten 	lokale ehrenamtliche Aktivität 
	Kurse und Weiterbildungen	zu verschiedenen Themen, z.B. politisches System, Verkehrssicherheit, Organisation, Rechtsberatung (<i>Refugee Law Clinic</i>)	Rezipienten 	lokale ehrenamtliche Aktivität 
	Mentoren- und Tandemprogramme	Bildungspatenschaften, <i>Start with a friend</i> , <i>Chancen gestalten</i> , <i>SINGA</i> , <i>Arrivo Berlin</i> (oft mehrere Säulen: Sprache, berufliches Mentoring, soziale Aktivitäten)	Paten/Mentees 	teils (inter-)nationale Netzwerke, Affinität für Sponsoring 
Sport und Freizeit	niedrigschwellige Freizeitangebote	Drachensteigen, Heimkino, Restaurantbesuch, Fahrradtour, Schwimmkurs, Tanzkurs, <i>Gemeinsam feiern</i>	Teilnehmer 	lokale ehrenamtliche Aktivität 
	Sportvereine und -initiativen	Sportvereine, die sich für Geflüchtete öffnen (z.B. Fußball: <i>Champions ohne Grenzen</i> , <i>Bunt kickt gut</i> , <i>ASN-Pfeil Phönix e.V.</i>), <i>Sportcoaches</i>	Mitglieder 	lokale ehrenamtliche Aktivität mit Multiplikatorwirkung 
	Soziale Dienste (z.B. Rotes Kreuz, Altenheim, Feuerwehr)	Einsteigerkurse, Praktika	Teilnehmer, Mitarbeiter 	lokale ehrenamtliche Aktivität mit Multiplikatorwirkung 
Kunst, Kultur, Werkstatt	Kulturführungen	Stadtführungen für Flüchtlinge, <i>Kulturlotsen</i> , <i>You are here</i>	Rezipienten, später Führer/Mittler 	lokale ehrenamtliche Aktivität mit Multiplikatorwirkung, evtl. Beschäftigungspotenzial 
	Handwerkliche Aktivitäten	Fahrradwerkstatt, Flüchtlingsgärten	Mitarbeiter, Gestalter 	lokale ehrenamtliche Aktivität 
	Musische und künstlerische Aktivitäten	Malworkshops, Musikwerkstätten, Hip Hop- oder Theaterworkshop, z.B. <i>Open Art Shelter</i> , <i>Open Music School</i>	Mitarbeiter, Gestalter, Darsteller 	lokale ehrenamtliche Aktivität mit Multiplikatorwirkung 






















Kategorie	Unterkategorie	Projekte (Einzelbeispiele aus Nürnberg)	Rolle der Flüchtlinge (Eigenständigkeit)	Möglichkeit zur Verstetigung
Begegnung und Kontakt	Netzwerkbildung über Kultur- und Migrantenvereine	Vereine, Netzwerke und Initiativen, z.B. <i>Zuhause in Bayern</i>	mögliche Mitglieder 	(über)regionale ehrenamtliche Aktivität mit Multiplikatorwirkung 
	Offene Treffs / Cafés	Kontaktcafés, <i>Asylothek (offene Bibliothek)</i> , <i>Grandhotel Cosmopolis</i>	Gäste, potenziell Mitarbeiter 	lokale ehrenamtliche Aktivität mit Multiplikatorwirkung 
	Gemeinsames Kochen/Essen	Kochzirkel, z.B. <i>Refukitchen</i> , <i>Welcome Dinner</i>	Teilnehmer, Ausrichter 	lokale ehrenamtliche Aktivität mit Multiplikatorwirkung 
	Co-Working Spaces und soziale Startups	Migration Hubs, soziale Startups wie <i>Refugees on Rails</i>	Teilnehmer, potenziell Mitarbeiter, Gründer 	Social Franchise, enge Wirtschaftsbindung, Beschäftigungspotenzial 
Interkulturelle Kommunikation	Sprach- und Kulturmittlung durch Flüchtlinge	Länderabende, Konzerte, Ausrichtung kultureller Themenabende, <i>Weltreise durch Wohnzimmer</i>	Teilnehmer, Ausrichter, Dozent 	Kooperationen mit Bildungsträgern / Kommunen, Beschäftigungspotenzial 
		spezielle Aufgaben wie <i>Badelotse</i> , ehrenamtlich/kommunal gestützte Schulungen, z.B. <i>Kulturmittler</i>	Mittler 	
	Dolmetscherdienste	ehrenamtliche Dienste, Sprachmittler, <i>MiMi – Mit Migranten Für Migranten</i>	Mitarbeiter, Mittler, potenziell Ausbilder 	Kooperationen mit Bildungsträgern / Kommunen, Beschäftigungspotenzial 
Information und Medien	Kostenloses Internet	WLAN kostenlos, z.B. <i>freifunk.net</i>	aktiver Rezipient (Ermöglichungscharakter) 	teils überregionales Netzwerk, Affinität für Sponsoring 
	Plattformen für ehrenamtliche Projekte, Datenbanken mit Einsatzstellen	<i>helferwissen.de</i> , <i>Give Something Back to Berlin (GSBTB)</i> , <i>Ehrenamt online Erlangen, Bürgernetz Nürnberg</i>	aktiver Rezipient (Ermöglichungscharakter) 	lokale ehrenamtliche Aktivität mit Multiplikatorwirkung 
	Online-Informationssysteme eines Orts, mit erweiterbarem Angebot lokaler Initiativen	interaktive Apps, z.B. <i>Welcome App (Vorbild: Dresden)</i>	aktiver Rezipient (Ermöglichungscharakter) 	lokale Aktivität mit wirtschaftlicher Anbindung (Sponsoring, Franchise) 
	Medienprojekte	spezielle Programme mit Flüchtlingen in Radio und TV, <i>Refugee Radio, Parabol</i>	Mitarbeiter, Gestalter, Moderator 	lokale Aktivität mit wirtschaftlicher Anbindung (Sponsoring, Franchise) 

Tabelle 3: Systematisierung der zivilgesellschaftlichen Integrationsprojekte (eigene Darst.)

Um Geflüchtete für ehrenamtliche Initiativen zu interessieren, ist es zunächst wichtig, sie dort abzuholen, wo sie stehen – im wahrsten Sinne des Wortes. Mohammad Mahayni von Staßfurt initiativ e.V., der sich gleich nach seiner Ankunft als Flüchtling in einer lokalen Bürgerinitiative engagiert hat, charakterisiert die Bedarfslage dieser ersten Phase folgendermaßen:

„Generell ist freiwilliges Engagement eine gute Möglichkeit, die Zeit zu überbrücken, in der die Geflüchteten nichts zu tun haben. Die Langeweile tut niemandem gut, und man wird anfällig für alle möglichen Einflüsse. Deshalb erscheint es mir sinnvoll, Geflüchtete mit ins Team zu holen, die sich genau in dieser Warteschleife befinden. Die findet man am ehesten in den Notunterkünften, in die sie zuerst verteilt werden. [...] Mir war es immer wichtig, neue Leute kennenzulernen und aus der ‚Flüchtlings-Blase‘ herauszukommen. Das kann auch eine gute Motivation für ein Engagement sein: Einheimische kennenlernen, neue Ideen, Perspektiven. Dabei sollte man sich natürlich gleichberechtigt begegnen – und das kann schwieriger sein, als mancher vielleicht denkt.“(Flor et al. 2016: 22f.)

Da die Eigenmotivation nicht immer so hoch ist wie in diesem Beispiel, müssen Initiativen **auf die Geflüchteten zugehen, Kontakt ermöglichen** und beharrlich **aufrechterhalten**. Bei der Kontaktaufnahme reicht es nicht aus, „Flyer auszulegen“ (ebd: 31), sondern es kommt darauf an, eine persönliche Beziehung herzustellen. Persönliche Werbung und Ansprache vor Ort durch die Helferkreise, am besten in den Muttersprachen, garantieren oft den besten Zugang (Riemer 2016). Regelmäßige Informationsabende, wie durch das ZAB Nürnberg, sind hierfür sinnvoll; noch zielgerichteter wirken feste Anlaufpunkte wie Kontaktcafés. Gleichzeitig sollten bestehende Initiativen, Vereine und Gemeinden genutzt und für Flüchtlinge geöffnet werden, wofür auch eine Sensibilisierung der Mitglieder sinnvoll ist (ebd.). Einen wichtigen Beitrag hierbei können Kulturvereine und religiöse Gemeinden leisten, speziell die muslimischen Kulturvereine (Shakir/Topalovic 2016).

Die menschliche Beziehung sollte nicht asymmetrisch als Abhängigkeitsverhältnis, sondern als **partnerschaftliche Begegnung „auf Augenhöhe“** stattfinden, bei der gegenseitiges Interesse und Achtung im Vordergrund stehen. Das ist speziell bei den vielfältigen Mentoren- oder Tandemprogrammen wichtig, die in dieser Phase prägend sind: der Tandempartner sollte zwar sein Wissen und seine Kontakte zur Verfügung stellen, jedoch dem Mentee Entscheidungen überlassen (Flor et al. 2016: 36ff.). Wichtige Voraussetzungen sind interkulturelle Kompetenz, Sensibilität und Perspektivübernahme – Fähigkeiten, die Organisationsteams oder Helferkreise, z.B. durch Schulungen und Supervision vermitteln können. Erfolgreiche Projekte verbinden Bildungsangebote, interkulturelle Begegnung und den Aufbau sozialer Netzwerke (also kulturelles mit sozialem Kapital), wie etwa das internatio-

nale Netzwerk SINGA, das persönliche Sprachvermittlung und berufliches Mentoring mit kulturellen Aktivitäten in einer größeren Gruppe kombiniert (SINGA Deutschland 2016).

Inhaltlich sehr gut geeignet sind in der Kontaktphase **niedrigschwellige Angebote**, kreative und sportliche Aktivitäten oder Projekte vor Ort, die sich an einem konkreten Gegenstand orientieren. Idealerweise decken solche Projekte auch die Bedürfnisse weiterer Zielgruppen ab, wie am Beispiel der Flüchtlingsgärten in Magdeburg deutlich wird: Das gemeinsame Anlegen von Gärten auf brachliegenden Wiesen und Freiflächen verschönert nicht nur das Stadtgebiet und schafft neue Aufenthaltsräume, es bindet auch ältere Anwohner ein, die oft wenig soziale Kontakte, aber Spaß am Gärtnern haben, und baut Vorurteile gegenüber Geflüchteten ab (Flor et al. 2016: 56ff.). Diese Art Projekte sind auf mehreren Ebenen nachhaltig.

Für eine Verstetigung sind Projekte besonders gut geeignet, in denen Geflüchtete **eigene Fähigkeiten nutzen** bzw. **in neuen Kontexten anwenden**. Hierfür eignet sich das künstlerische Feld, wie in der „Open Music School Berlin“, in denen Flüchtlinge gestützt durch ein Netzwerk von Lehrern, Pädagogen und Rechtsexperten als Darbieter und selbst als Vermittler geschult werden (Give Something Back to Berlin 2016), oder indem Fähigkeiten im Bildungsbereich, etwa als Dolmetscher oder Dozenten genutzt werden. Im Projekt „Weltreise durch Wohnzimmer“ bieten Geflüchtete in Kooperation mit einer lokalen VHS Kurse an, in denen sie ihre Herkunftskultur über Bilder, Erzählungen oder Kulinarisches an interessierte „Reisende“ im Rahmen verteilter Einladungen vermitteln. Das Projekt hat sich von Rheda-Wiedenbrück aus bereits in 39 Städte exportieren lassen (Flor et al. 2016: 48f.).

Damit Flüchtlinge ihre eigenen Fähigkeiten möglichst gut einbringen können, benötigen sie **Zugang zu Information**. Neben der persönlichen Beratung ist hierfür eigenständige Orientierung, insbesondere über das Internet, essenziell (Bendel 2016a; Flor et al. 2016). Die Einrichtung von kostenlosem W-LAN in Flüchtlingsunterkünften ist daher ein häufig reproduziertes Projekt. Freiwilligeninitiativen können über geeignete Plattformen – in Nürnberg etwa dem Bürgernetz, das eine Datenbank gliedert nach Art der Projekte betreibt – beworben werden. Dennoch scheint es vielen Geflüchteten schwer zu fallen, sich einen eigenständigen Überblick über die Angebote zu verschaffen. Da das Smartphone oft den unmittelbarsten Weltzugang für Geflüchtete darstellt, arbeiten viele Kommunen (darunter Nürnberg) nach dem Vorbild Dresdens an der Einführung von Willkommens-Apps, die die

wichtigsten Anlaufpunkte für Geflüchtete in einer Kommune verzeichnen, und interaktiv erweitert werden können.

Ein anschauliches Beispiel aus Nürnberg, das Vermittlungstätigkeit mit Informationsweitergabe verbindet, ist „You are here“ – ein Kulturführer, der neu ankommenden Geflüchteten via facebook und Videoblog in ihren Landessprachen kulturelle Aktivitäten in Nürnberg näherbringt. Geflüchtete arbeiten dort als Übersetzer, Journalisten oder Kameraleute. Sie vermitteln so ihren Landsleuten die Kultur der neuen Umgebung und werden selbst zu Multiplikatoren. Das Team vergrößert sich durch Nachrekrutierung selbst (mittlerweile 20 Personen) und möchte sich langfristig auch bezahlbare Dienste erschließen.

Kommunikation und Publizität sind eine wichtige Komponente, nicht nur für den Kontaktaufbau, sondern auch für die Verstetigung von Projekten. Da nicht die Generierung von Nachfrage, sondern die Koordination die Hauptschwierigkeit darstellt, wird eine Art „Employer Branding“, also die proaktive Bewerbung eines Markenkerns für Hilfsinitiativen, als Schlüssel verstanden, Interessen und Bedarfe besser zu verbinden (openTransfer 2016). Mit zielgerichteter Ansprache und fähigkeitsbezogenen Suche-Biete-Profilen können auch Geflüchtete besser für soziale Projekte rekrutiert werden. Um jedoch nachhaltiges bürgerschaftliches Engagement zu kreieren, sind insbesondere die Freiwilligenagenturen gefragt, deren Rolle über die reine Vermittlung hinaus auch darin bestehen wird, als „Ideengeber, Anschubinstanz und Begleiter“ das Engagement für weitere Nachfrage zu öffnen (Olk 2002: 81).

Wie bereits angedeutet, erweisen sich Initiativen, die **arbeitsmarktrelevante Kompetenzen** erschließen, als besonders gut verstetigbar, ergo sozial nachhaltig. Die empirischen Erkenntnisse dieser Arbeit (s. Interview ZAB und Kap. 4.2.1) belegen, dass die Motivation für freiwillige Arbeit und das Interesse, bezahlte Arbeit zu finden, in einem gewissen Konkurrenzverhältnis stehen. Wo immer Geflüchtete über eine freiwillige Aktivität selbst Dienstleistungen anbieten, bauen sie jedoch eigenständig berufliche Qualifikationen und Netzwerke auf. Dies deckt sich mit der Erkenntnis, dass die direkte Arbeitsmarktintegration für den Großteil der Geflüchteten wesentlich schwieriger ist als flexible Einstiegsmöglichkeiten wie Praktika, Übungswerkstätten oder das Ehrenamt (Younso/Borkowski 2016: 276f.). Dozententätigkeiten, Mitarbeit in Flüchtlingscafés, Werkstätten oder Dolmetscherdienste ermöglichen diese Übergänge. Als aussichtsreich, wiewohl gewisses Bildungskapital voraussetzend, erweisen sich auch Coworking Spaces oder Hubs, in denen Potenzial zur

Existenzgründung und Kontakte zu Gleichgesinnten erschlossen werden. In vielen sozialen Start-Ups, wie dem IT-Projekt „Refugees on Rails“, arbeiten Geflüchtete als Selbständige zunächst mit Unterstützung eines professionellen Netzwerks (Flor et al. 2016: 76ff.).

Als erfolgreiche Verstetigungsstrategie erweist es sich projektseitig, neben dem Netzwerkgedanken zur Ideengenerierung eine **geeignete Rechtsform** zu finden, mit der sich ein **Erfolgskonzept verbreite(r)n** lässt. Etwa in Form eines Vereins lassen sich Genehmigungen oder finanzielle Unterstützung wesentlich leichter organisieren. Besonders häufig tritt in diesem Kontext das Beispiel Social Franchise auf: ein bewährtes Grundkonzept wird durch Franchisenehmer an anderen Orten reproduziert. Geld kann von lokalen Initiativen oder Kommunen oder auch durch Crowdfunding eingeworben werden. Häufig entstehen solche Franchises auch aus der Verbindung mit lokalen Hochschulen, insbesondere in den Fachgebieten Soziale Arbeit oder Social Innovation (ebd.). Auch die öffentlich gestützte Finanzierung nach Gemeinwesenprinzipien bietet eine Möglichkeit (s. anschließendes Kapitel).

5.2. Kommunalpolitische Handlungsfelder

Im vorangegangenen Kapitel wurden best practices des zivilgesellschaftlichen Engagements für Geflüchtete in Deutschland zusammengefasst und illustriert. Ein Faktor kam dabei jedoch nicht zur Sprache: die Arbeit, die in diesen Initiativen steckt. Denn fast alle müssen sich bisher mit wenigen oder geringen finanziellen Ressourcen tragen. Sie leben von dem Einsatz der Bürgerinnen und Bürger, verfügen kaum über koordinative Strukturen und übernehmen doch eine gesellschaftlich so essenzielle Funktion wie die Flüchtlingsintegration. Sozialforscher beobachten schon länger, dass das Ehrenamt immer mehr staatliche Aufgaben übernimmt, mit zunehmender Professionalisierung aber immer stärker sich selbst überlassen bleibt (Heyse/Ortmann 2016: 24). Somit schließt sich die Frage an, durch welche Art Förderpolitik staatliche Organe die Zivilgesellschaft unterstützen und entlasten, das wichtige Engagement aber aufrechterhalten können – was also staatliche soziale Nachhaltigkeit in diesem Kontext ausmacht.

Eva Bund, die förderliche Strukturen in der kommunalen Integrationsarbeit untersucht, liefert zur Beantwortung dieser Frage ein hilfreiches Raster, das drei Hauptfaktoren für innovative und sozial nachhaltige Politik extrahiert:

Orientierung an Bedarfslagen	Kommunale Förderstruktur	Soziales Kapital
<ul style="list-style-type: none"> • Erhebung von Bedarfslagen, Kommunikation • Aufspüren von Problemlagen im Sozialraum • Aufrechterhaltung erfolgreicher Projekte 	<ul style="list-style-type: none"> • strukturelle Verankerung an hoher Stelle (Bürgermeister, Integrationsbeauftragter, Sozialreferent) • gut aufgestelltes Netzwerk für Drittmittelinwerbung • Integration erfolgreicher Projekte in Verwaltungsstruktur 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung wichtiger Persönlichkeiten und Netzwerke • Vertreter der Verbände aktive Rolle als Moderator der Netzwerke • innerstädtische Netzwerke (z.B. Ausländerbeiräte), aber auch internationale Vernetzung („von den Großen lernen“)

Tabelle 4: Förderliche Strukturen in der kommunalen Integrationsarbeit (nach: Bund 2015)

Kommunale Politik sollte also erfolgreiche Initiativen ermitteln und ausbauen, Akteure vernetzen, gleichzeitig aber eigene Förderstrukturen aufbauen. Die Förderung sollte nach Olk nicht durch befristete Programme erfolgen, sondern durch offene, flexible und inter-administrative Verfahren, die letztlich das Ziel verfolgen, nachhaltige Netzwerke auszubilden. Dabei sollten moderne Instrumente wie Wettbewerbe, benchmarking-Prozesse und inter-administrative Kooperation genutzt, Foren und Verhandlungsrunden unter Beteiligung von Politik, Verwaltung und gesellschaftlichen Akteuren geschaffen werden. Es müssen „Netzwerke und Verhandlungssysteme initiiert und inszeniert werden, in denen bürgerschaftliche Akteure und Vertreter von Verwaltung und Politik konkrete Vorhaben und Projekte abstimmen“ (Olk 2002: 82f.).

Übertragen auf den Kontext Nürnberg ist festzustellen, dass einige dieser Erfolgsfaktoren deutlich sichtbar sind. Integration ist, bedingt durch den hohen Migrantenanteil in der Bevölkerung, bereits seit Längerem ein Schwerpunktthema der Stadt. Das Referat für Jugend, Familie und Soziales hat sowohl eine Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement als auch eine Fachstelle für Flüchtlinge eingerichtet. Um über aktuelle Entwicklungen zu informieren und die Initiativen zu vernetzen, wird ein wöchentlicher Newsletter versandt und monatlich findet ein Koordinierungstreffen der Initiativen im Rathaus statt. Ende Februar 2017 fand zum zweiten Mal das „Forum Willkommenskultur“ im Nürnberger Rathaus statt, bei dem sich bürgerschaftliche Flüchtlingsprojekte in einem feierlichen Rahmen vorstellen und Breitenwirkung erzielen konnten. Das ZAB macht die Beobachtung, dass durch die Flüchtlingsarbeit die interkulturellen Kontakte in der Stadt insgesamt gestärkt würden, wodurch sich auch mehr Migranten in den Freiwilligenorganisationen beteiligten. Analog sei auch

eine engere Vernetzung der Migrantenorganisationen landes- und bundesweit (in den Verbänden samo.fa und NEMO) festzustellen. Gegenwärtig werden die Aktivitäten in Richtung Arbeitsmarktpolitik ausgebaut. Der „Fachtag Flüchtlingshilfe“, den die Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement(!) Anfang Februar 2017 einberief, zeigte, dass die berufliche Integration (Praktika, Einstiegsqualifizierung, Ausbildung und berufliche Anerkennung) immer mehr in den Fokus der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe rückt und dass sich bei den arbeitsmarktnahen Sozialpartnern gezielte Kooperation entwickelt hat. So haben Kammern und IHK ein Kompetenzfeststellungsverfahren für Geflüchtete, Flüchtlingsberatungsstellen und Willkommenslotsen für Mitgliedsbetriebe eingerichtet. Umgekehrt arbeiten auch lokale Jobcenter in der Vermittlung eng mit Freiwilligenagenturen (ZAB) zusammen und stellen explizit soziale Integration über das Ehrenamt neben die berufliche Integration.

Diese Beispiele zeigen, dass die kommunale Gestaltungsfreiheit, die gerade hinsichtlich der Integration in den Arbeitsmarkt eingefordert wird (Younso/Borkowski 2016: 270ff.), Früchte trägt, auch wenn nicht alle Schwierigkeiten gelöst werden können. Einige Geflüchtete haben nach wie vor wenig Zugang zu Information oder nutzen Hilfsangebote kaum, die (sprachliche) Qualifizierung schreitet oft langsam voran. Die Perspektivlosigkeit entlädt sich bisweilen in Depression oder Gewalt oder lässt die Migranten in kriminelle Karrieren abrutschen. Freiwilligenagenturen fehlen personelle und materielle Ressourcen, um die Bedarfe zu bedienen. Die Ablehnung, die einer integrativen Flüchtlingspolitik aus Teilen der Öffentlichkeit entgegenwirkt, erschwert die Aufgabe zusätzlich.

Es bleiben daher folgende **zentrale Handlungsfelder für die Zukunft** zu bedienen:

Weiterentwicklung des Freiwilligenmanagements: In der *Flüchtlingshilfe* hat sich das Ineinandergreifen eines zivilgesellschaftlich getragenen Freiwilligenmanagements und einer zentral verorteten kommunalen Ermöglichungspolitik als erfolgreich erwiesen. Inhaltlich liegt das Augenmerk, insbesondere in dieser ersten Phase, auf Kontaktaufbau und Vernetzung, was Keupp als „partizipative Öffnung von Institutionen“ (Keupp 2002: 44f.) – also Vereinen und Initiativen, Ämtern, Bildungseinrichtungen und Unternehmen – versteht. Im Hinblick auf die anstehende Phase der *Integrationsbegleitung* ist es wichtig, die zivilgesellschaftliche Innovationskraft aufrecht zu erhalten. Dies impliziert, die Partizipation engagierter Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin durch eine „stimulierende Anerkennungskultur“ zu fördern (z.B. Mitwirkung an öffentlichen Fachtagen, Hearings, Auszeich-

nungen) und entsprechende Kompetenzen durch Fort- und Weiterbildung von Freiwilligen auszubauen (ebd.).

Finanzielle Förderung der Freiwilligenarbeit: Diese Komponente ist unumgänglich, um Aktivitäten nicht versiegen zu lassen. Was die staatlichen Fördermöglichkeiten angeht, verbindet sich hiermit die in der Gemeinwesenarbeit lange erhobene Forderung, das kurzfristige Programmdenken durch neue Finanzierungskonzepte zu ersetzen, die auf „strategische Potentialentwicklung, Mischfinanzierungsformen, Fundraising und Eigenbeteiligung als Arbeitsvoraussetzungen, Entwicklung von fördernden Stiftungen und den Einsatz von privatwirtschaftlichen Ressourcen (*corporate citizenship*)“ zielen (Penta/Lienkamp 2007: 269). Keupp schlägt vor, soziale Organisationen abhängig von ihrem Erfolg bei der Gewinnung von bürgerschaftlichem Engagement zu fördern (Keupp 2002: 44f.). Voraussetzung hierfür wäre die Einrichtung eines kommunalen Fonds und eine wettbewerbliche Vergabe, da ein flächendeckendes Monitoring die verfügbaren Kapazitäten sicher übersteigt. Ein in jedem Falle wichtiges Standbein stellt die Einwerbung öffentlicher Mittel, etwa über die BMBF-Förderrichtlinie „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ (Younso 2016: 243), oder private Spenden, z.B. über ein kommunal gesteuertes Fundraising, dar. Positiv muss hier der erhebliche Mittelaufwuchs für Integrationsmaßnahmen im Bundesfamilienministerium – für Jugendmigrationsdienste, Hochschulsprachkurse, Freiwilligendienste, die Beratung und Betreuung von Flüchtlingen sowie den Aufbau eines Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (Gottschalck 2016) – vermerkt werden.

Verzahnung von Ehrenamt und Arbeitsmarktintegration: Damit Unternehmen, wie politisch gefordert, Diversität als Potenzial erkennen und aktive Integrationsarbeit betreiben, also den Kontakt zu Vereinen, Jobcentern und Arbeitsagenturen, aber auch zu Trägern der Flüchtlingshilfe suchen (Charta der Vielfalt e.V. 2015), ist auch Vernetzungsarbeit der Kommunen gefragt. Die Kompetenzfeststellung, die z.B. mit dem KODE-Verfahren von einigen Arbeitsagenturen (Bornträger/Moukoulis 2016) oder durch die IHK Mittelfranken bereits eingesetzt wird, ist ein wichtiger Schritt dahin. Seitens der Kommunen sollte zusätzlich die Strategie verfolgt werden, „im Sinne des ‚learning bei doing‘ Tätigkeiten in [...] Flüchtlingswerkstätten, Flüchtlingsselbsthilfegruppen, aber auch in neuen Kleinunternehmen mit ausländischen Entrepreneurs“ (Heyse/Ortmann 2016: 37) aufzubauen. Angesichts des in Studien belegten höheren Mutes von Migranten zur Existenzgründung im relativ

gründungsresistenten Deutschland wird hier großes Potenzial für die Geflüchteten verortet (ebd.), wobei politisch ein behutsamer Aufbau mit einem flankierenden Beratungsnetzwerk durch Kommunen und migrantische Wirtschaftsverbände sinnvoll erscheint.

Öffnung der kommunalen Arbeit für Migranten: Da Kontakt und Kommunikation mit den Geflüchteten ein so essenzieller Faktor ist, sollte die Verwaltung über mehr interkulturelle Kompetenz verfügen (Spohn 2010) und es sollten mehr Migranten kommunalpolitische Aufgaben übernehmen. So fordern Heyse und Ortman eine öffentlich finanzierte Schnellausbildung von bis zu 1200 „Integrationscoaches“ (insbesondere Akademiker mit nicht-anerkannten Berufen), die die „Brückenfunktion zwischen Bildung, Arbeitsmarktintegration und kultureller Mittlung“ übernehmen (ebd: 38f.). Personen mit Migrationshintergrund oder selbst Geflüchtete verfügen hierzu über eine ungleich größere Glaubwürdigkeit und können als Erfolgsbeispiele fungieren. Insbesondere im öffentlichen Dienst, der vielfach als eine Art „Parallelgesellschaft“ erscheint, birgt der Einsatz qualitativ hochwertiger Beratung von Kunden aus den gleichen Ursprungsländern enormes Potenzial. Erste ermutigende Beispiele kommen aus Arbeitsagenturen und öffentlichen Schwimmbädern, sind aber ausbaubar, etwa auf die zivile Polizeistreife, den Strafvollzug, das Finanz- oder das Gesundheitswesen (ebd: 40f.).

Angesichts einer Entwicklung, die viele Bürger beunruhigt und droht, die Gesellschaft zu spalten, sollte die oberste Prämisse der Politik sein, den **sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken**. Da Einkommens- und Vermögensungleichheiten allerdings nicht nur in Entwicklungsländern, sondern in erkennbarem Maße auch in westlichen Gesellschaften in den letzten Dekaden zugenommen haben (von Hauff 2014: 145), steht Integration vor einer zusätzlichen Herausforderung. Über der Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen dürfen allgemeine sozialstaatliche Aufgaben, wie die Unterstützung benachteiligter Bevölkerungsschichten nicht vernachlässigt werden. Hierfür müssen Kommunen, Länder und der Bund finanzielle Ressourcen für eine gezielte Sozialpolitik investieren. Gezielt bedeutet, dass Prozesse gestärkt werden, die Kontakt, Partizipation und Empowerment in den Vordergrund rücken. Wichtiger denn je ist hierfür, subsidiär zu fördern und auf bestehende erfolgreiche Initiativen aufzubauen. Die zivilgesellschaftlichen Projekte, die im Zuge der Flüchtlingszuwanderung aufgebaut wurden, können hier Modellcharakter entfalten.

6. Perspektiven für eine nachhaltige Integration

Die vorliegende Arbeit konnte zeigen, dass die Integration der Flüchtlinge in Deutschland in enger Verbindung zu einer sozial nachhaltigen Entwicklung steht. Als maßgebliche Kriterien für soziale Nachhaltigkeit wurden hierfür die Steigerung von Verwirklichungschancen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und die Erschließung von heterogenem Sozialkapital herausgearbeitet. Die zivilgesellschaftliche Flüchtlingsarbeit ist ein Musterbeispiel für diese Verbindung. Insbesondere das „neue Ehrenamt“, das auf subsidiäre Unterstützung und Erschließung persönlicher Ressourcen (Empowerment) zielt, hilft Geflüchteten adäquat weiter. Denn obwohl die Wichtigkeit der Zivilgesellschaft in der Flüchtlings(erst)hilfe kaum überschätzt werden kann, stellt die Aktivierung eigener Fähigkeiten die größte Herausforderung sozial nachhaltiger Integration dar. Zusätzlich bieten freiwillige Initiativen einen unmittelbaren Zugang für Geflüchtete, erschließen neue soziale Kontakte, beugen psychosozialen Problemen und Konflikten vor und stärken das soziale Institutionengefüge vor Ort wie (potenziell) auch die Entwicklung im internationalen Kontext.

Selbstverständlich sind die ehrenamtlichen Initiativen nicht als „Allheilmittel“ aufzufassen gegen die vielen Herausforderungen, die die Flüchtlingsfrage mit sich bringt: psychosoziale Traumata, interkulturelle Konflikte, Spracherwerb oder Arbeitsmarktintegration. Längst nicht alle Probleme lassen sich durch freiwillige Initiativen lösen und bei Weitem nicht alle Geflüchteten sprechen auf sie an. Die Studie in Nürnberg zeigt, dass die Partizipation durchaus bildungs- und kulturabhängig ist und dass der soziale Radius vielfach noch recht begrenzt ist. Sie zeigt jedoch auch, dass die Geflüchteten eine sehr hohe Motivation haben, sich einzubringen und zahlreiche Fähigkeiten mitbringen, die in freiwilligen Initiativen nutzbar zu machen sind. Hierfür existieren viele zivilgesellschaftliche Projekte, die, wie das letzte Kapitel belegt, die Eigenaktivität der Geflüchteten weiter stärken und bereits Wege in nachhaltigere Formen sozialer Integration ebnen. Die (Kommunal-)Politik sollte in der anstehenden Verstetigungs-Phase weiterhin als „Ermöglicher“ fungieren, der zivilgesellschaftliches Engagement gezielt fördert, politisch stärkt und breiter vernetzt und dabei auch selbst die Chance zur Öffnung nutzt.

In vielen deutschen Kommunen gerät allerdings die Flüchtlingshilfe unter öffentlichen Rechtfertigungsdruck gegenüber einer vermeintlichen Schlechterstellung der einheimischen Bevölkerung. Die Schwierigkeit, gesamteuropäische Strategien zur Flüchtlingsfrage festzulegen, und der starke Zulauf national-isolatorischer Parteien spiegeln dies in einem interna-

tionalen Kontext wider. Die Integrationsfrage trägt also derzeit dazu bei, die Gesellschaften in der westlichen Welt zu spalten, was die Bemühungen um eine sozial nachhaltige Entwicklung untergraben würde. Daher ist es essenziell, Integration gesamtgesellschaftlich zu verstehen und sie so zu betreiben, dass sie zu mehr Gemeinsamkeit beiträgt. Starke zivilgesellschaftliche Institutionen und Betätigungsfelder sind eine wichtige Säule hierbei, doch es bedarf auch einer politischen Zielformulierung und klarer rechtlicher Regelungen, innerhalb derer Integration verläuft. Das kann jedoch nicht implizieren, Obergrenzen auszusprechen oder die Grenzen zu schließen.

Gesine Schwan kritisiert in einem hochaktuellen Gastbeitrag auf Spiegel-Online die gewandelte Flüchtlingspolitik der Bundesregierung aus Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit. Sowohl aus menschenrechtlichen als auch aus entwicklungspolitischen und ökonomischen Gründen fordert sie, die Abschiebepolitik und Abschottungspolitik einzustellen. Sie plädiert stattdessen für kooperationsfähige Gesellschaften und (limitierte) legale Wege der Zuwanderung über ein dezentrales Anreizsystem der Kommunen (Schwan 2017).

Pointierter hätte man den Zusammenhang zwischen Flucht und sozial nachhaltiger Entwicklung kaum fassen können. Die Mitverantwortung der westlich-kapitalistischen Lebensweise und Politik an der massenweisen Migration verpflichtet unsere Gesellschaften moralisch, die Folgen wenigstens abzufedern und den Menschen zu helfen, die legale Fluchtgründe nachweisen – nicht zu vergessen sind dabei die hunderttausende Subsahara-Migranten, die in elenden Lagern an den Ufern des Mittelmeers festsitzen. Die Herkunftsregionen in ihrer Entwicklung zu unterstützen, um Fluchtursachen zu bekämpfen, muss das langfristige Ziel sein. Unmittelbar ist aber Integration über Verwirklichungschancen der nachhaltigste Beitrag, den unsere Gesellschaft leisten kann – und er wird es bleiben. Wir tun gut daran, die erfolgreichen Maßnahmen, die wir bereits erprobt haben, weiter zu vertiefen.

Literaturverzeichnis

- Abbott, Alison (2016): The troubled minds of migrants. In: *Nature* (7624), S. 158–160.
- Adloff, Frank (2011): *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*. 1. Aufl. s.l.: Campus Verlag. Online verfügbar unter http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok_id/430350.
- Ahrens, Petra-Angela (2016): Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und August 2016. Hg. v. Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.ekd.de/fluechtlingsstudie-2016.pdf>, zuletzt geprüft am 15.10.2016.
- Bendel, Petra (2016a): Kommune im Spagat: zwischen Pflichtaufgaben und eigenverantwortlichem Handeln, zwischen Ordnungspolitik und Integration, zwischen Verwaltung und Ehrenamt. In: Petra Bendel (Hg.): *Was Flüchtlinge brauchen - ein Win-Win-Projekt. Ergebnisse aus einer Befragung in Erlangen*. Erlangen: FAU University Press (Erlanger Migrations- und Integrationsstudien, 1), S. 57–69.
- Bendel, Petra (Hg.) (2016b): *Was Flüchtlinge brauchen - ein Win-Win-Projekt. Ergebnisse aus einer Befragung in Erlangen*. Erlangen: FAU University Press (Erlanger Migrations- und Integrationsstudien, 1).
- Böhnisch, Lothar; Schröer, Wolfgang (2005): Entgrenzung und die räumliche Transformation sozialer Probleme. Zum bürgerschaftlichen Regieren der Sozialräume. In: *Grenzen des Sozialraums. Kritik eines Konzepts - Perspektiven für soziale Arbeit*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Schriften des Deutschen Jugendinstituts Jugend), S. 37–48.
- Bornträger, Wolfgang; Moukouli, Virginia (2016): Individuelle Kompetenzentwicklung für geflüchtete Menschen. In: Volker Heyse, John Erpenbeck und Stefan Ortmann (Hg.): *Intelligente Integration von Flüchtlingen und Migranten. Aktuelle Erfahrungen, Konzepte und kritische Anregungen*. 1. Auflage, neue Ausgabe. Münster: Waxmann (Kompetenzmanagement in der Praxis, 10), S. 121–133.
- Bossel, Hartmut (2007): Koexistenz von Natur- und Humansystemen: Zur Notwendigkeit einer Ethik der Nachhaltigkeit. In: Frank Beckenbach (Hg.): *Soziale Nachhaltigkeit*. Marburg: Metropolis-Verl. (Jahrbuch Ökologische Ökonomik, 5), S. 73–98.
- Brandstätter, Johannes (2014): Prekarisierung und Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft. In: *Migration und Soziale Arbeit* (3), S. 239–246.

Brücker, Herbert et al. (2016): Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration. IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten. BAMF-Kurzanalyse. Hg. v. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Sozio-Ökonomisches Panel (SOEP) (5).

Buestrich, Michael; Finke-Oltmann, Frank-Peter (2008): Arbeitsmarktintegration von MigrantInnen. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Hintergründe. In: *Migration und Soziale Arbeit* (3/4), S. 185–191.

Bund, Eva (2015): Spielräume für Innovationen - Förderliche Strukturen in der kommunalen Integrationsarbeit. In: *Migration und Soziale Arbeit* (4), S. 353–361.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016a): Aktuelle Zahlen zu Asyl (11). Online verfügbar unter http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-november-2016.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 29.12.2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016b): Asylgeschäftsstatistik (11). Online verfügbar unter <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201611-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf>, zuletzt geprüft am 29.12.2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016c): Geschäftsstatistik zum Integrationskurs. Online verfügbar unter <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/InGe/inge-node.html>, zuletzt aktualisiert am 27.10.2016, zuletzt geprüft am 30.12.2016.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/93914/e8140b960f8030f3ca77e8bbb4cee97e/freiwilligensurvey-2014-kurzfassung-data.pdf>.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE): Online verfügbar unter <http://www.b-b-e.de/>, zuletzt geprüft am 29.01.2017

Bundesregierung (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016. Entwurf (Stand: 30. Mai 2016). Hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin. Online verfügbar unter

https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Nachhaltigkeit/0-Buehne/2016-05-31-download-nachhaltigkeitsstrategie-entwurf.pdf?__blob=publicationFile&, zuletzt geprüft am 06.11.2016.

Charta der Vielfalt e.V. (2015): Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt! Praxis-Leitfaden für Unternehmen. Online verfügbar unter http://www.charta-der-vielfalt.de/fileadmin/user_upload/beispieldateien/Bilddateien/Publikationen/FI%C3%BCchtlinge_in_den_Arbeitsmarkt_-_bf_-_Charta_der_Vielfalt_2015.pdf, zuletzt geprüft am 23.11.2016.

Deinmann, Andreas (2015): Wie Sprache zu einem Problem der Migrationsgesellschaft wird, das sich durch Soziale Arbeit bewältigen lässt. In: Migration und Soziale Arbeit (4), S. 335–342.

Die Welt (2016): Deutschland korrigiert Flüchtlingszahl für 2015. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article158465433/Deutschland-korrigiert-Fluechtlingszahl-fuer-2015.html>, zuletzt aktualisiert am 30.09.2016, zuletzt geprüft am 29.12.2016.

Erpenbeck, John (2016): Die Kreolen und wir. In: Volker Heyse, John Erpenbeck und Stefan Ortmann (Hg.): Intelligente Integration von Flüchtlingen und Migranten. Aktuelle Erfahrungen, Konzepte und kritische Anregungen. 1. Auflage, neue Ausgabe. Münster: Waxmann (Kompetenzmanagement in der Praxis, 10), S. 81–92.

Fischer, Andreas (2010): Annäherung an das Beziehungsgeflecht zwischen Nachhaltigkeit und Benachteiligtenförderung. In: Andreas Fischer (Hg.): Die soziale Dimension von Nachhaltigkeit. Beziehungsgeflecht zwischen Nachhaltigkeit und Benachteiligtenförderung. Baltmannsweiler: Schneider-Verl. Hohengehren (Leuphana-Schriften zur Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 3), S. 7–18.

Flor, Henrik; Kemnitzer, Tobias; Wolf, Sabine (2016): Refugees. Richtig gute Projekte, Tipps & Tools. München: BookRix.

Focus online (2016): Flüchtlingszahlen 2016. Bamf rechnet mit maximal 300.000 Flüchtlingen in diesem Jahr. Online verfügbar unter http://www.focus.de/politik/deutschland/frank-juergen-weise-bamf-wagt-prognose-so-viele-fluechtlinge-kommen-2016-maximal-nach-deutschland_id_5868085.html, zuletzt aktualisiert am 28.08.2016, zuletzt geprüft am 29.12.2016.

Foljanty-Jost, Gesine; Sprengel, Rainer (2008): Civil Society. Studienbrief EZ0220 des Fernstudiengangs „Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit“ der TU Kaiserslautern.

Friedrich-Ebert-Stiftung (MuP-Interview) (2015): Interkulturelle Kompetenz im Engagement für Schutzsuchende. Ein Interview mit Prof. Dr. Kammhuber. Hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter www.fes-mup.de/files/mup/pdf/interviews/Interview_Kammhuber.pdf, zuletzt geprüft am 11.12.2016.

Give Something Back to Berlin (2016). Online verfügbar unter <http://givesomethingbacktoberlin.com>, zuletzt geprüft am 23.11.2016.

Gottschalck, Ulrike / Deutscher Bundestag (10.11.2016): Bundeshaushalt 2017. Erhebliche Finanzmittel für das Familienministerium. Berlin.

Gyo, Christoph (2016): Beschäftigung von Flüchtlingen. Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse rechtskonform gestalten. Wiesbaden: Springer Fachmedien (essentials).

Han-Broich, Misun (2012): Ehrenamt und Integration. Die Bedeutung sozialen Engagements in der (Flüchtlings-)Sozialarbeit. Wiesbaden: Springer VS.

Han-Broich, Misun (2014): Flüchtlings- und Migrantenintegration. Eine ganzheitliche Integrationstheorie und erfolgversprechende Integrationsarbeit. In: *Migration und Soziale Arbeit* (4), S. 350–356.

Hauff, Michael von (2011): Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit. Studienbrief EZ0110 des Fernstudiengangs „Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit“ der TU Kaiserslautern. 3. Aufl.

Hauff, Michael von (2014): Nachhaltige Entwicklung. Grundlagen und Umsetzung. 2., aktualisierte Auflage. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag. Online verfügbar unter <http://www.degruyter.com/view/product/223857>.

Heyse, Volker; Erpenbeck, John; Ortmann, Stefan (Hg.) (2016): Intelligente Integration von Flüchtlingen und Migranten. Aktuelle Erfahrungen, Konzepte und kritische Anregungen. Waxmann Verlag. 1. Auflage, neue Ausgabe. Münster: Waxmann (Kompetenzmanagement in der Praxis, 10).

Heyse, Volker; Ortmann, Stefan (2016): Kompetente Integration von Flüchtlingen. In: Volker Heyse, John Erpenbeck und Stefan Ortmann (Hg.): Intelligente Integration von Flüchtlingen und Migranten. Aktuelle Erfahrungen, Konzepte und kritische Anregungen. 1.

Auflage, neue Ausgabe. Münster: Waxmann (Kompetenzmanagement in der Praxis, 10), S. 21–48.

Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA) (2016): Flüchtlinge helfen. Online verfügbar unter <https://www.iska-nuernberg.de/fluechtlinge-helfen>, zuletzt geprüft am 22.01.2017.

Jäggi, Christian J. (2016): Migration und Flucht. Wirtschaftliche Aspekte - regionale Hot Spots - Dynamiken - Lösungsansätze. Wiesbaden: Springer Gabler.

Just, Wolf-Dieter (2016): Menschenrecht auf Teilhabe - auch für Flüchtlinge? Zur Bedeutung von Aktivität und sozialer Einbindung für das Menschsein. In: *Migration und Soziale Arbeit* (1), S. 86–92.

Karakayali, Serhat; Kleist, J. Olaf (2016): EFA-Studie 2. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. 2. Forschungsbericht - Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität Berlin. Online verfügbar unter http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2016/08/Studie_EFA2_BIM_11082016_VOE.pdf, zuletzt geprüft am 23.10.2016.

Keupp, Heiner (2002): Bürgerengagements als Ziel, Bedingung und Herausforderung sozialer Arbeit in der Zivilgesellschaft. Fachliche Essentials. In: Elmar Brähler (Hg.): Schwerpunktthema: Soziales Handeln in der Konkurrenzgesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verl. (Psychosozial, 88.2002 = Jg. 25, H. 2), S. 31–46.

Klös, Hans-Peter; Riesen, Ilona (2008): Migration, Bildung und Arbeitsmarktintegration. Reformpolitische Handlungsfelder in einer bildungsökonomischen Perspektive. In: *Migration und Soziale Arbeit* (3/4), S. 275–283.

Kontos, Maria (2014): Formelle und informelle Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten. Barrieren und Hindernisse. In: *Migration und Soziale Arbeit* (3), S. 213–220.

Korntheuer, Annette; Anderson, Philipp (2014): Zwischen Inklusion und Exklusion - die Rolle der Sozialen Arbeit in Bildungsprozessen junger Flüchtlinge. In: *Migration und Soziale Arbeit* (4), S. 320–327.

Kotlenga, Sandra (2007): Dritte-Sektor-Organisationen als Akteure regionalisierter Arbeitsmarktpolitik. In: Lilian Schwalb und Heike Walk (Hg.): Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe? 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Bürgergesellschaft und Demokratie, 24), S. 183–205.

Krauß, Susanne; Ziola, Maria-Anna (2016): Von der Willkommens- zur Integrationskultur. In: Volker Heyse, John Erpenbeck und Stefan Ortmann (Hg.): Intelligente Integration von Flüchtlingen und Migranten. Aktuelle Erfahrungen, Konzepte und kritische Anregungen. 1. Auflage, neue Ausgabe. Münster: Waxmann (Kompetenzmanagement in der Praxis, 10), S. 135–145.

Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Zugl.: Göttingen, Univ., Habil-Schr., 2001. Frankfurt/Main: Campus-Verl.

Maischatz, Katja (2010): Eine Einführung in das Sozialkapital-Konzept anhand der zentralen Vertreter. In: Andreas Fischer (Hg.): Die soziale Dimension von Nachhaltigkeit. Beziehungsgeflecht zwischen Nachhaltigkeit und Benachteiligtenförderung.

Baltmannsweiler: Schneider-Verl. Hohengehren (Leuphana-Schriften zur Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 3), S. 31–54.

Märker, Frank; Wilkens, Ingrid (2014): Zuwanderung, Integration und Beschäftigung - die aktuelle Debatte. In: *Migration und Soziale Arbeit* (3), S. 196–204.

Mayer, Margit (2007): Drittsektor-Organisationen als neue Partner der Verwaltung in der Restrukturierung lokaler Sozialpolitik? In: Lilian Schwalb und Heike Walk (Hg.): Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe? 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Bürgergesellschaft und Demokratie, 24), S. 169–182.

Meyer, Thomas (2004): Eine Theorie der sozialen Demokratie. In: *Perspektiven ds* 21 (1), S. 5–16.

Mutlak, Natalie; Schwarze, Reimund (2007): Bausteine einer Theorie sozialer Nachhaltigkeit. Eine Bestandsaufnahme sozialwissenschaftlicher Ansätze und das Beispiel der sozialökologischen Risikoforschung. In: Frank Beckenbach (Hg.): Soziale Nachhaltigkeit. Marburg: Metropolis-Verl. (Jahrbuch Ökologische Ökonomik, 5), S. 13–34.

Nestvogel, Renate (2001): Interkulturelles Lernen und Global Culture. Ein Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung? In: *Migration und Soziale Arbeit* (1), S. 46–51.

Nick, Peter (2010): Die Herausforderungen kultureller Differenzen annehmen. Interkulturelle Sensibilisierung und interkulturelle Kompetenzen der Zielgesellschaft. In: Eckart Koch und Sabine Speiser (Hg.): Internationale Migration. Chancen und interkulturelle Herausforderungen ; Beiträge zum Siebten Internationalen Tag. 1. Aufl. München: Hampp (Texte der Fakultät für Studium Generale und Interdisziplinäre Studien der Hochschule München, 7), S. 23–42.

Olk, Thomas (2002): Bürgerschaftliches Engagement ermutigen und fördern. Eckpunkte einer Politik der Unterstützung freiwilliger und gemeinwohlorientierter Aktivitäten in Staat und Gesellschaft. In: Elmar Brähler (Hg.): Schwerpunktthema: Soziales Handeln in der Konkurrenzgesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verl. (Psychosozial, 88.2002 = Jg. 25, H. 2), S. 69–84.

openTransfer.de (2016). Online verfügbar unter <http://www.opentransfer.de/7106/grosartige-personen-fur-grosartige-projekte-gewinnen-employer-branding/>, zuletzt aktualisiert am 23.11.2016.

Penta, Leo Joseph; Lienkamp, Andreas (2007): Ethik der Gemeinwesenarbeit. In: Andreas Lob-Hüdepohl und Walter Lesch (Hg.): Ethik Sozialer Arbeit. Ein Handbuch. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh, S. 259–285.

Riemer, Daniel (2016): Freizeit und Begegnung. In: Petra Bendel (Hg.): Was Flüchtlinge brauchen - ein Win-Win-Projekt. Ergebnisse aus einer Befragung in Erlangen. Erlangen: FAU University Press (Erlanger Migrations- und Integrationsstudien, 1), S. 293–312.

Röbke, Thomas (2016): Die Bedeutung des Ehrenamtes in der Integrationsarbeit. Vortrag bei der Hanns-Seidel-Stiftung in München, 18. März 2016 (Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und "Good Governance", 49).

Röder, Sebastian (2016): Überblick zu den Änderungen durch das Integrationsgesetz vom 6. August 2016. Hg. v. Flüchtlingsrat Baden-Württemberg. Online verfügbar unter <http://fluechtlingsrat-bw.de/files/Dateien/Dokumente/INFOS%20-%20Asyl-%20und%20Fluechtlingspolitik%20BRD/2016-8-31-BeitragIntegrGfinal.pdf>, zuletzt geprüft am 27.09.2016.

Schimmer, Julia; Krauß, Günter (2016): Nicht mit leeren Händen. Kompetenzen von Geflüchteten. Erste Ergebnisse einer Befragung von Geflüchteten in Nürnberg. Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit. Online verfügbar unter <https://www.iska->

nuernberg.de/fluechtlinge-helfen/presentation_20161004_publikation.pdf, zuletzt geprüft am 22.01.2017.

Schwarzer, Anke (2015): Nach 100 Deutschstunden ist meist Feierabend. Sprachkurse für Flüchtlinge. Hg. v. MiGAZIN - Migration in Germany. Online verfügbar unter <http://www.migazin.de/2015/03/20/sprachkurse-fluechtlinge-nach100-deutschstunden-feierabend/>, zuletzt aktualisiert am 20.03.2015, zuletzt geprüft am 25.09.2016.

Schwan, Gesine (2017): Für Menschlichkeit, gegen Heuchelei. Spiegel-Online. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gesine-schwan-fluechtlingspolitik-und-menschenrechte-gehoren-zusammen-a-1135781.html>, zuletzt aktualisiert am 26.02.2017, zuletzt geprüft am 27.02.2017

Sen, Amartya Kumar (1999): Development as Freedom. Oxford: Univ. Press (Oxford University Press paperback).

Shakir, Amena; Topalovic, Said (2016): Flüchtlinge und Integration. Welchen Beitrag können Musliminnen und Muslime leisten? In: Volker Heyse, John Erpenbeck und Stefan Ortmann (Hg.): Intelligente Integration von Flüchtlingen und Migranten. Aktuelle Erfahrungen, Konzepte und kritische Anregungen. 1. Auflage, neue Ausgabe. Münster: Waxmann (Kompetenzmanagement in der Praxis, 10), S. 93–102.

SINGA Deutschland (2016). Online verfügbar unter <http://singa-deutschland.com>, zuletzt aktualisiert am 23.11.2016.

Spohn, Margret (2010): Multikulturelle Stadt - Monokulturelle Verwaltung? Herausforderung an die Global Cities: Das Beispiel München. In Koch, Eckardt; Speiser, Sabine (Hg.): Internationale Migration.Chancen und interkulturelle Herausforderungen; Beiträge zum Siebten Internationalen Tag, S. 77-96.

Stadt Nürnberg - Referat für Jugend, Familie und Soziales (2016): Flucht & Asyl in Nürnberg. Monatliches Bulletin (3/2016).

Steckelberg, Claudia (2009): Gemeinwesenarbeit in der Lehre Sozialer Arbeit. In: *Sozialmagazin* (3), S. 48–51.

tagesschau (2016): Warten - fast ein Jahr lang. Verfahrensdauer für Asylbewerber. Online verfügbar unter <http://www.tagesschau.de/inland/asyl-213.html>, zuletzt aktualisiert am 12.10.2016, zuletzt geprüft am 29.12.2016.

Treichler, Andreas (2014): Soziale Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt: ethnische Diskriminierung oder unzureichendes Humankapital? In: *Migration und Soziale Arbeit* (3), S. 205–212.

Vahsen, Friedhelm G. (2000): *Migration und Soziale Arbeit. Konzepte und Perspektiven im Wandel*. Neuwied: Luchterhand.

Woolcock, Michael (1998): Social capital and economic development: Toward a theoretical synthesis and policy framework. In: *Theory and Society* 27 (2), S. 151–208.

Younso, Christin (2016): Bildung. In: Petra Bendel (Hg.): *Was Flüchtlinge brauchen - ein Win-Win-Projekt. Ergebnisse aus einer Befragung in Erlangen*. Erlangen: FAU University Press (Erlanger Migrations- und Integrationsstudien, 1), S. 203–258.

Younso, Christin; Borkowski, Andrea (2016): Arbeit. In: Petra Bendel (Hg.): *Was Flüchtlinge brauchen - ein Win-Win-Projekt. Ergebnisse aus einer Befragung in Erlangen*. Erlangen: FAU University Press (Erlanger Migrations- und Integrationsstudien, 1), S. 259–292.

Anhang

I. Fragebogen der Flüchtlingsbefragung in Nürnberg

Informationen im Vorgespräch:

- Wir sind als Interviewer und Übersetzer für das ISKA (Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit) tätig.
- Wir wollen mit dieser Erhebung Informationen über das Wissen und den Erfahrungsschatz der in Nürnberg lebenden Flüchtlinge sammeln und das Ankommen von Flüchtlingen in Nürnberg erleichtern.
- Wir bitten um eine ehrliche Beantwortung aller Fragen. Ihre Antworten werden auf keinen Fall weitergegeben, weder an das BAMF noch an andere Behörden. Wir wollen nicht Ihren Namen oder Ihr Geburtsdatum wissen, Sie bleiben also anonym, niemand kann Rückschlüsse auf Ihre Person ziehen. Ihr Asylverfahren wird nicht durch diese Befragung beeinflusst. Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig.

Fragebogen:

- 1 Wie alt sind Sie?
- 2 Was ist Ihr Heimatland?
- 3 Wann sind Sie in Deutschland angekommen?
- 4 Welchen Aufenthaltsstatus haben Sie?
 - 4.1 Müssen Sie Deutschland aktuell verlassen?
- 5 Geschlecht (*nicht fragen, mutmaßen und eintragen*)
- 6 Haben Sie einen Beruf in Ihrem Herkunftsland ausgeübt?
 - 6.1 Welchen Beruf haben Sie ausgeübt?
- 7 Haben Sie eine Schule besucht?
 - 7.1 Wie viele Jahre?
 - 7.2 Haben Sie studiert?
 - 7.2.1 Was haben Sie studiert?
 - 7.2.2 Haben Sie einen Studienabschluss erreicht?
- 8 Mit welchen Sprachen können Sie sich im Alltag verständigen?
- 9 Was können Sie sonst noch? Welche anderen Fähigkeiten besitzen Sie?

Nur, wenn bei 9 bereits Fähigkeiten genannt wurden:
- 10 Gibt es noch etwas, was Sie gut können?

Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele als Anregung: Dinge reparieren, Nähen, Kochen, Verkaufen, Gärtnern, Musizieren, Renovieren, Unterrichten oder andere Tätigkeiten?
- 11 Haben Sie einen Integrationskurs besucht?
- 12 Arbeiten Sie im Moment oder gehen Sie regelmäßig einer Tätigkeit nach?
 - 12.1 Welche Tätigkeiten üben Sie aus?
- 13 Möchten Sie in Zukunft (mehr oder in einem anderen Bereich) arbeiten gegen Entlohnung?

(*„mehr oder in einem anderen Bereich“ nur, falls Arbeit nach Regeltarif besteht*)

 - 13.1 In welchem Bereich bzw. als was möchten Sie arbeiten?

- 14 Wären Sie zukünftig bereit zu helfen, auch ohne Geld zu erhalten und freiwillig oder ehrenamtlich Aufgaben zu übernehmen? Würden Sie sagen...
- ... ja, sicher
 - ... ja, vielleicht
 - ... nein
- 14.1 In welchen Bereichen können Sie sich vorstellen, zu helfen?
- 14.2 Können Sie sich auch vorstellen, in den nächsten drei Monaten damit anzufangen?
- 14.3 Es gibt viele Gründe, warum man nicht helfen kann. Ich lese Ihnen nun einige Gründe vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob dieser Grund auf Sie zutrifft oder nicht. Ist das bei Ihnen...
- aus zeitlichen Gründen (1)
 - aus beruflichen Gründen (2)
 - aus familiären Gründen (3)
 - aus gesundheitlichen Gründen (4)
 - weil Sie nicht wissen, ob Sie in Deutschland bleiben werden (5)
 - weil Sie sich nicht dafür geeignet fühlen (6)
 - weil Sie nicht wissen, wohin Sie sich dafür wenden sollen (7)
- 15 Wie viele Personen kennen Sie namentlich oder durch regelmäßige Kontakte (ohne Sozialbetreuer und Hausmeister Ihrer Unterkunft)?
- 15.1 Wie viele davon – schätzen Sie – sind in Deutschland geboren?

Abschluss des Gesprächs:

- Nun sind wir mit dem Interview am Ende angelangt. Wir bedanken uns recht herzlich für das Interview mit Ihnen und Ihre Teilnahmebereitschaft. Sie haben uns sehr weitergeholfen!
- Als Dankeschön für die Teilnahme, erhalten Sie von uns einen Gutschein für zwei Kugeln Eis.
- Ggfs.: Da Sie sich jetzt schon engagieren möchten, habe ich hier noch einen Flyer für Sie, auf dem alle wichtigen Informationen und Kontaktdaten bereitstehen.

II. Weitere Ergebnisse der multivariaten Auswertung der Befragung

1. Herkunfts- und Zielberuf

		Zielberuf										Gesamt
		1. Land-, Forst-, und Tierwirtschaft und Gartenbau	2. Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung	3. Bau, Architektur, Vermessung und Gebäudetechnik	4. Naturwissenschaft, Geografie und Informatik	5. Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit	6. Kaufmännische Dienstleistungen, Warenhandel, Vertrieb, Hotel und Tourismus	7. Unternehmensorganisation, Buchhaltung, Recht und Verwaltung	8. Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung	9. Sprach-, Literatur, Geistes-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften, Medien, Kunst, Kultur und Gestaltung	Egal was, für alles offen	
Ausgangsberuf	1. Land-, Forst-, und Tierwirtschaft und Gartenbau	3	2	0	1	4	1	0	0	0	2	13
	2. Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung	1	56	10	3	8	1	1	9	3	17	109
	3. Bau, Architektur, Vermessung und Gebäudetechnik	1	11	23	1	5	2	0	4	3	10	60
	4. Naturwissenschaft, Geografie und Informatik	0	2	0	1	0	0	0	0	1	1	5
	5. Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit	1	6	4	0	19	0	1	3	2	10	46
	6. Kaufmännische Dienstleistungen, Warenhandel, Vertrieb, Hotel und Tourismus	0	9	7	2	7	13	3	7	5	12	65
	7. Unternehmensorganisation, Buchhaltung, Recht und Verwaltung	2	2	3	0	3	4	9	5	1	1	30
	8. Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung	1	8	1	1	1	2	1	30	5	8	58
	9. Sprach-, Literatur, Geistes-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften, Medien, Kunst, Kultur und Gestaltung	0	9	2	0	1	1	0	3	8	4	28
	Eigentümer / Selbständig	0	3	6	2	1	7	0	3	0	4	26
Gesamt	9	108	56	11	49	31	15	64	28	69	440	

	1. Land-, Forst-, und Tierwirtschaft und Gartenbau	2. Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung	3. Bau, Architektur, Vermessung und Gebäudetechnik	4. Naturwissenschaft, Geografie und Informatik	5. Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit	6. Kaufmännische Dienstleistungen, Warenhandel, Vertrieb, Hotel und Tourismus	7. Unternehmensorganisation, Buchhaltung, Recht und Verwaltung	8. Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung	9. Sprach-, Literatur, Geistes-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften, Medien, Kunst, Kultur und Gestaltung	Egal was, für alles offen
Ausgangsberuf	13	109	60	5	46	65	30	58	28	26
Zielberuf	9	108	56	11	49	31	15	64	28	69
Differenz	-4	-1	-4	6	3	-34	-15	6	0	43

2. Gewünschtes Tätigkeitsfeld im Ehrenamt und Herkunftsberuf

		Gewünschte Tätigkeit Ehrenamt																	
		Egal was	A) Im Bereich Landwirtschaft, Garten, Tiere	B) Reparieren z.B. von Elektrogeräten, Autos, Möbeln etc.	C) Nähen, Stricken, Schneidern	D) Kochen	E) Renovieren, Handwerk, Installieren und Hausbau	F) Führen von Fahrzeugen und Transportgeräten	G) Handel; Ver- und Ankauf	H) Gesundheit	I) Gesundheit, Körperpflege, Wellness	J) Soziale und hauswirtschaftliche Tätigkeiten	K) Dolmetschen	L) Lehrende und ausbildende Tätigkeiten	M) Egal was im sozialen Bereich	N) Kreative Tätigkeiten wie Musik oder Kunst	Sonstiges	Weiß nicht	Gesamt
Herkunftsberuf	1. Land-, Forst-, und Tierwirtschaft und Gartenbau	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	5	0	0	0	8
	2. Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung	33	1	8	4	4	10	0	2	1	2	8	4	3	8	0	0	1	89
	3. Bau, Architektur, Vermessung und Gebäudetechnik	10	0	4	0	4	12	1	0	2	3	5	0	2	5	5	0	0	53
	4. Naturwissenschaft, Geografie und Informatik	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	3
	5. Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit	17	0	1	0	0	1	3	0	1	1	1	1	0	6	3	0	1	36
	6. Kaufmännische Dienstleistungen, Warenhandel, Vertrieb, Hotel und Tourismus	16	2	3	1	1	4	0	4	1	1	6	3	5	7	0	3	3	60
	7. Unternehmensorganisation, Buchhaltung, Recht und Verwaltung	5	0	0	1	1	1	0	0	1	4	2	4	0	1	0	1	1	22
	8. Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung	21	0	0	2	2	1	0	0	3	10	10	2	1	2	2	1	2	59
	9. Sprach, Literatur, Geistes, Gesellschafts und Wirtschaftswissenschaften, Medien, Kunst, Kultur und Gestaltung	7	0	0	0	0	2	0	0	1	1	5	1	2	0	2	1	0	22
	Eigentümer / Selbständig	9	1	2	1	0	4	0	0	0	0	1	2	2	3	1	2	1	29
Gesamt	121	4	19	9	12	35	4	6	10	22	39	17	15	37	13	9	9	381	

3. Gewünschtes Tätigkeitsfeld im Ehrenamt und genannte Fähigkeiten

		Gewünschte Tätigkeit Ehrenamt																	
		Egal was	A) Im Bereich Landwirtschaft, Garten, Tiere	B) Reparieren z.B. von Elektrogeräten, Autos, Möbeln etc.	C) Nähen, Stricken, Schneidern	D) Kochen	E) Renovieren, Handwerk, Installieren und Hausbau	F) Führen von Fahrzeugen und Transportgeräten	G) Handel; Ver- und Ankauf	H) Gesundheit	I) Gesundheit, Körperpflege, Wellness	J) Soziale und hauswirtschaftliche Tätigkeiten	K) Dolmetschen	L) Lehrende und ausbildende Tätigkeiten	M) Egal was im sozialen Bereich	N) Kreative Tätigkeiten wie Musik oder Kunst	Sonstiges	Weiß nicht	Gesamt
Fähigkeiten	Landwirtschaft, Forst, Tier, Garten	25%	2%	12%	2%	2%	18%	2%	0%	2%	6%	6%	6%	4%	10%	2%	2%	0%	51
	Reparieren Elektrogeräte, Autos, Möbel	44%	0%	12%	0%	0%	15%	2%	5%	2%	0%	5%	2%	0%	7%	5%	0%	0%	41
	Nähen, Schneidern, Stricken	16%	5%	0%	8%	3%	8%	0%	0%	3%	11%	24%	5%	3%	8%	0%	0%	8%	38
	Kochen	30%	2%	4%	3%	7%	7%	0%	0%	2%	9%	18%	4%	4%	7%	1%	2%	3%	114
	Renovieren, Handwerk, Hausbau, Holz	26%	2%	11%	6%	0%	17%	4%	0%	2%	6%	6%	6%	4%	2%	2%	2%	2%	47
	Informatik, IT	22%	0%	11%	0%	0%	22%	0%	0%	0%	0%	11%	11%	11%	11%	0%	0%	0%	9
	Handel, An- und Verkauf	18%	0%	13%	4%	0%	11%	0%	2%	2%	9%	9%	4%	7%	7%	4%	2%	7%	45
	Gesundheit	0%	0%	0%	0%	0%	0%	17%	0%	17%	0%	17%	17%	0%	17%	17%	0%	0%	6
	Körperpflege	27%	0%	9%	0%	0%	0%	0%	9%	0%	27%	18%	0%	9%	0%	0%	0%	0%	11
	Erziehung, Hauswirtschaft, Theologie	8%	8%	0%	8%	8%	8%	0%	0%	0%	17%	33%	0%	8%	8%	0%	0%	0%	12
	Lehre	0%	0%	11%	4%	0%	18%	0%	7%	4%	18%	14%	7%	14%	0%	4%	0%	0%	28
	Kreatives, Musik, Kunst	21%	2%	5%	3%	2%	10%	3%	2%	3%	7%	11%	7%	7%	8%	7%	2%	2%	61
	Sport	25%	2%	2%	3%	3%	5%	0%	2%	0%	5%	18%	3%	10%	15%	2%	3%	3%	61
	Sonstiges	45%	5%	0%	5%	0%	5%	5%	0%	0%	9%	5%	0%	5%	9%	5%	5%	0%	22
	Keine Fähigkeit genannt	45%	2%	0%	2%	4%	2%	0%	0%	2%	4%	14%	8%	0%	10%	0%	4%	4%	51
	Gesamt	24%	2%	6%	3%	2%	10%	2%	2%	3%	8%	14%	5%	6%	7%	3%	1%	2%	597

4. Einfluss auf die Motivation zum ehrenamtlichen Engagement (lineare Regression)

Ausgeschlossene Variablen ^a						
Modell		Beta In	T	Sig.	Partielle Korrelation	Kollinearitätsstatistik Toleranz
1	Wie alt sind Sie?	,053 ^b	0,621	0,536	0,055	0,992
	Was ist Ihr Heimatland?	-,120 ^b	-1,383	0,169	-0,121	0,963
	Wann sind Sie in Deutschland angekommen?	-,065 ^b	-0,761	0,448	-0,067	1,000
	Welchen Aufenthaltsstatus haben Sie?	,102 ^b	1,191	0,236	0,104	0,993
	[deutsch] Mit welchen Sprachen können Sie sich im Alltag verständigen?	-,022 ^b	-0,256	0,798	-0,023	1,000
	Haben Sie einen Beruf in Ihrem Herkunftsland ausgeübt?	,030 ^b	0,345	0,730	0,030	0,979
	Wie viele Jahre?	,061 ^b	0,710	0,479	0,062	0,995
	Haben Sie studiert?	-,079 ^b	-0,919	0,360	-0,081	0,979
	Arbeiten Sie im Moment oder gehen Sie regelmäßig einer Tätigkeit nach?	-,073 ^b	-0,856	0,394	-0,075	0,990
	Kontakte in Deutschland außerhalb GU sortiert	,002 ^b	0,025	0,980	0,002	0,996
	Kontakte zu Personen, die in Deutschland geboren sind	-,032 ^b	-0,371	0,711	-0,033	0,999

a. Abhängige Variable: Wären Sie zukünftig bereit zu helfen, auch ohne Geld zu erhalten und freiwillig oder ehrenamtlich Aufgaben zu übernehmen? Würden Sie sagen...

b. Einflussvariablen im Modell: (Konstante), Integrationskurs2Kategorien

Koeffizienten ^a						
Modell		Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	T	Sig.
		Regressionskoeffizient B	Standardfehler	Beta		
1	(Konstante)	1,578	0,140		11,239	0,000
	Integrationskurs2Kategorien	-0,238	0,084	-0,242	-2,839	0,005

a. Abhängige Variable: Wären Sie zukünftig bereit zu helfen, auch ohne Geld zu erhalten und freiwillig oder ehrenamtlich Aufgaben zu übernehmen? Würden Sie sagen...

5. Einfluss auf die Anzahl sozialer Kontakte außerhalb der GU

a) lineare Regression

Koeffizienten ^a						
Modell		Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	T	Sig.
		Regressionskoeffizient B	Standardfehler	Beta		
1	(Konstante)	3,186	0,273		11,664	0,000
	Wann sind Sie in Deutschland angekommen?	-0,438	0,110	-0,242	-3,983	0,000
2	(Konstante)	3,419	0,283		12,069	0,000
	Wann sind Sie in Deutschland angekommen?	-0,378	0,111	-0,209	-3,407	0,001
3	Was ist Ihr Heimatland?	-0,190	0,070	-0,166	-2,700	0,007
	(Konstante)	2,977	0,355		8,393	0,000
	Wann sind Sie in Deutschland angekommen?	-0,364	0,111	-0,201	-3,296	0,001
4	Was ist Ihr Heimatland?	-0,219	0,071	-0,191	-3,072	0,002
	Wie viele Jahre?	0,125	0,061	0,125	2,045	0,042

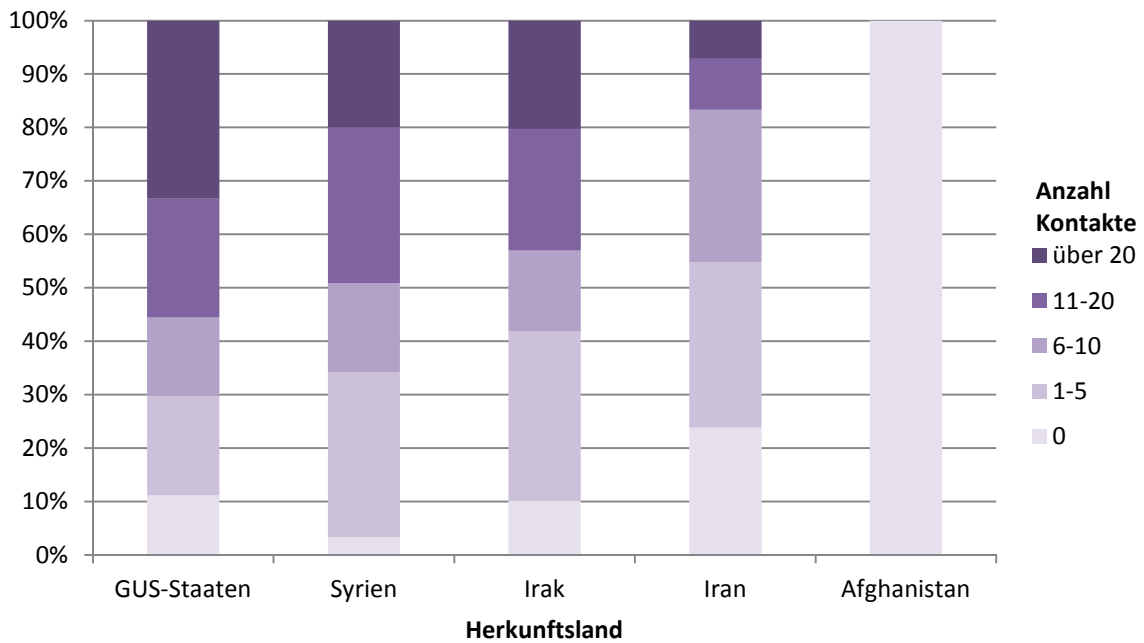
a. Abhängige Variable: Kontakte in Deutschland außerhalb GU sortiert

b) Korrelationen

Korrelationen										
	Kontakte in Deutschland außerhalb GU sortiert	Wie alt sind Sie?	Was ist Ihr Heimatland?	Wann sind Sie in Deutschland angekommen?	Welchen Aufenthaltsstatus haben Sie?	Geschlecht	Wie viele Jahre?	Integrationskurs 2Kategorien	[deutsch] Mit welchen Sprachen können Sie sich im Alltag verständigen?	
Korrelation nach Pearson	1,000	0,001	-0,208	-0,242	0,127	0,028	0,092	-0,024	0,196	
Sig. (1-seitig)		0,491	0,000	0,000	0,021	0,329	0,071	0,351	0,001	

6. Anzahl sozialer Kontakte außerhalb der GU nach Herkunftsland

Was ist Ihr Heimatland? * Kontakte in Deutschland außerhalb GU sortiert Kreuztabelle			Kontakte in Deutschland außerhalb GU sortiert					Gesamt
			0	1-5	6-10	11-20	über 20	
Was ist Ihr Heimatland?	GUS-Staaten	Anzahl	3	5	4	6	9	27
		% innerhalb von Was ist Ihr Heimatland?	11,1%	18,5%	14,8%	22,2%	33,3%	100,0%
	Syrien	Anzahl	4	37	20	35	24	120
		% innerhalb von Was ist Ihr Heimatland?	3,3%	30,8%	16,7%	29,2%	20,0%	100,0%
	Irak	Anzahl	8	25	12	18	16	79
		% innerhalb von Was ist Ihr Heimatland?	10,1%	31,6%	15,2%	22,8%	20,3%	100,0%
	Iran	Anzahl	10	13	12	4	3	42
		% innerhalb von Was ist Ihr Heimatland?	23,8%	31,0%	28,6%	9,5%	7,1%	100,0%
	Afghanistan	Anzahl	2	0	0	0	0	2
		% innerhalb von Was ist Ihr Heimatland?	100,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%
Gesamt		Anzahl	27	80	48	63	52	270
		% innerhalb von Was ist Ihr Heimatland?	10,0%	29,6%	17,8%	23,3%	19,3%	100,0%



7. Wechselwirkung des Beherrschens der deutschen Sprache mit

a) Anzahl sozialer Kontakte außerhalb der GU

		Kontakte in Deutschland außerhalb GU sortiert					Gesamt
		0	1-5	6-10	11-20	über 20	
Nicht Gewählt	Anzahl	25	48	35	34	25	167
	% innerhalb von [deutsch] Mit welchen Sprachen können Sie sich im Alltag verständigen?	15,0%	28,7%	21,0%	20,4%	15,0%	100,0%
Ja	Anzahl	2	32	13	29	27	103
	% innerhalb von [deutsch] Mit welchen Sprachen können Sie sich im Alltag verständigen?	1,9%	31,1%	12,6%	28,2%	26,2%	100,0%

b) Anzahl sozialer Kontakte zu Deutschen

		Kontakte zu Personen, die in Deutschland geboren sind					Gesamt
		0	1-5	6-10	11-20	über 20	
Nicht Gewählt	Anzahl	109	35	13	3	7	167
	% innerhalb von [deutsch] Mit welchen Sprachen können Sie sich im Alltag verständigen?	65,3%	21,0%	7,8%	1,8%	4,2%	100,0%
Ja	Anzahl	40	44	10	6	2	102
	% innerhalb von [deutsch] Mit welchen Sprachen können Sie sich im Alltag verständigen?	39,2%	43,1%	9,8%	5,9%	2,0%	100,0%

III. Gesprächsprotokoll ZAB Nürnberg

Gespräch mit Dr. Beate Wittich und Hassan Khalaf, Nürnberg, 23.12.2016

Kurzcharakteristik des ZAB

- Freiwilligen-Agentur und Freiwilligen-Informationsstelle: Durchführung von Freiwilligenprojekten und Vernetzungsstelle für bürgerschaftliches Engagement
- Büros in verschiedenen Stadtteilen Nürnbergs
- 14 Hauptamtliche, ca. 600 Ehrenamtliche
- Säulen der Arbeit: Kinder/Jugendliche – Kultur – benachteiligte Stadtgebiete
- durch die Arbeit v.a. in benachteiligten Gebieten Erfahrung im Umgang mit Migranten

ZAB als Koordinator in der Flüchtlingshilfe

- schneller Start der ehrenamtlichen Arbeit in der „Flüchtlingskrise“ 2015
- „Da sie mit kleinen Projekten ‚von unten‘ (Graswurzel-Bewegung) operiert, kann eine Freiwilligen-Agentur schneller reagieren“ (Rolle des „Ermöglichers“)
 - Analogie: frühe Hospiz-Bewegung auch ehrenamtlich getragen, dann institutionalisiert
- Koordination der Ehrenamtlichen zu den Projekten:
 - regelmäßige Freiwilligen-Informationsabende in der Buchhandlung Thalia
 - persönliche Gespräche auf Anfrage
 - Datenbank mit Einsatzstellen (Bürgernetz, eigener Bereich „Flüchtlingshilfe“ im Internet)
 - Entwicklung der Freiwilligenbörse durch proaktives „Abtelefonieren“ von möglichen Einsatzstellen, wo Hilfe gebraucht werden könnte

Projekte / Einsatzgebiete

- Sehr erfolgreich: bestehende Projekte, auf die zusätzliche Zielgruppe Flüchtlinge erweitert
 - Hausaufgabenbetreuung → Nachhilfe für Flüchtlinge
 - Familienpatenschaften → speziell Unterstützung für Flüchtlingsfamilien
 - psychosoziale Zentren → Umgang mit Flucht, psychischen Erkrankungen (derzeit Warteliste von bis zu einem Jahr!)
 - Arbeits-/Ausbildungsmentoren → Mentoren für Flüchtlinge bei Behördengängen, Arbeitssuche
- Arbeitsvermittlung – erst langsam angelaufen:
 - Die meisten Unternehmen reagieren eher langsam: Projekt „Türenöffner“ (Messe für lokale Unternehmen, die Praktikumsplätze anbieten), anfangs noch wenig Resonanz (5-6 Unternehmen), mittlerweile gewachsen, nächste Messe ist angesetzt
 - Schnellere Adaptation: Personaldienstleister mit Erfahrung im Umgang mit Migranten
 - ein DL vermittelte 2016 170 Flüchtlinge bundesweit und peilt 500 für 2017 an
 - Erfolgsbeispiel „Social B“ in München mit schrittweisem Konzept: Integrationsmaßnahmen, Training, Vermittlung
- Neue Projekte (ausgewählte Erfolgsbeispiele), auch bezogen auf Engagement von Flüchtlingen:
 - Kontaktcafés in mehreren Stadtteilen als offene Treffs (Beratung, Vernetzung)
 - Refukitchen (gemeinsames Kochen)
 - Refugee Radio, gemeinsam mit Radio Z (Flüchtlinge erhalten eine Stimme)
 - „You are here“ Kulturführer (gemeinsam mit „Parabol“): schon länger ansässige Flüchtlinge zeigen Neuankömmlingen die Stadt

- Netzwerk von Dolmetschern/Übersetzungshelfern (→ Stadt Nürnberg kann keine Dolmetscher freistellen, alles über ehrenamtliche Arbeit)
 - Sport: Flüchtlinge bieten z.B. Schwimmkurse oder Fußballtraining an
- „Forum Willkommenskultur“ am 24.2.2017 im Nürnberger Rathaus: großer Überblick über bürgerschaftliche Flüchtlingsprojekte (Breitenwirkung)

Bilanz der Projekte / Einsatzgebiete

- Erfolg wird erst langfristig oder durch konkrete Studien messbar sein; Eindruck: Projekte werden gut angenommen: nach wie vor können Bedarfslisten nicht gedeckt werden
- Generelle Entwicklung: von Willkommens- zu Partizipationsprojekten (nachhaltige Integration)
- Da sich wenige Flüchtlinge eigenständig melden, ist es entscheidend, den Kontakt dauerhaft und niedrigschwellig herzustellen; daher Kontaktcafés etc. Schlüsselrolle
- Speziell Mentorenprogramme und Patenschaften sehr nachhaltig, da Mentoren als dauerhafte Motivatoren fungieren
- Beobachtung: „Durch die Flüchtlingsarbeit wurden die interkulturellen Kontakte in der Stadt gestärkt“ → engerer Kontakt aller Organisationen, z.B. auch mit islamischen Gemeinde, mehr Migranten in der Freiwilligenorganisation
 - Analogie: auch Migrantenorganisationen verdichten ihre Netzwerke landesweit (samo.fa) und bundesweit (NEMO)
- Resonanz ISKA-Befragung: weniger Resonanz als erwartet auf freiwilliges Engagement; direkt nach der Befragung meldeten sich sieben Personen, danach kam keine Nachfrage mehr

Schwierigkeiten und Herausforderungen

- Unklare oder schlechte Bleibeperspektive vieler Flüchtlinge (z.B. Balkan, Ukraine), trotz guter Deutschkenntnisse und hoher Bleibemotivation
- Verständnis wecken, dass Ehrenamt kein Beruf ist und dennoch Qualifikationen vermittelt (viele wollen lieber gleich Geld verdienen bzw. Berufsausbildung machen)
- Zeitproblem: viele wollen sich engagieren, sind aber durch Deutschkurse etc. zeitlich gebunden
- Problem Arbeitsmarktintegration: Aufgrund schlechter Arbeitsmarktsituation fällt Nürnberg in die „strukturschwachen“ Gebiete → verlängerte Nachrangigkeitsprüfung (15 statt 3 Monate) → erheblicher Mehraufwand für Arbeitgeber, Flüchtlinge einzustellen
- Fehlinformationen und Überforderung: besonders Flüchtlinge über 40 aus ländlichen Gebieten (viele Analphabeten) erhalten Informationen ausschließlich in der Community, teilweise lückenhaft, Gerüchte machen sich breit → „steigender Druck“, der sich oft in Gewalt z.B. gegenüber den Kindern entlädt
- Verbesserung mit Eingliederung in Einzelunterkünfte, dennoch bleibt „aufsuchende Betreuung“ wichtig, um Kontakt zur Gesellschaft nicht zu verlieren
- Ideengewinnung der Freiwilligenagenturen, fehlende personelle Ressourcen
- Trotz hoher Motivation der Ehrenamtlichen wie der Flüchtlinge scheint es, Ressourcengrenzen zu geben, wie viel Migration gesellschaftlich „verarbeitet“ werden kann

Weitere Ideen / lohnenswerte Ansatzpunkte

- Begleitung („Buddy“) zum Ankommen im Ehrenamt, da Konzept unter Flüchtlingen noch zu unbekannt (ZAB will hierfür Fördermittel beantragen)
- Viele Flüchtlinge bringen Qualifikationen zur Selbständigkeit mit → Beratungsangebot stärken

IV. Programmheft „Forum Willkommenskultur“ im Nürnberger Rathaus



Programm »Forum Willkommenskultur« Freitag, 24. Februar 2017

Forum Willkommenskultur

Information – Dank – Austausch – Get-Together

Freitag, 24. Februar 2017 ab 14 Uhr im Historischen Rathaussaal

13.30 Uhr	Einlass Ehrenhalle, Altes Rathaus/Wolff'scher Bau
14 Uhr	Begrüßung im Historischen Rathaussaal Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
14.10 Uhr	Vortrag: Die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für die Integration geflüchteter Menschen. Frau Dr. Misun Han-Broich, Evangelische Hochschule Berlin
14.30 Uhr	Erläuterungen zum Tagesverlauf Dr. Uli Glaser
14.40 Uhr	Kaffee in der Ehrenhalle
15 Uhr 17.50 Uhr	6xShort Cuts//Storytelling Kurze Erzählungen von Geflüchteten, Ehren- & Hauptamtlichen Parallel, in verschiedenen Räumen des Rathauses mit acht Themenschwerpunkten Dokumentation der Vielfalt ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in Nürnberg Input von je 20 Minuten Zwischendurch: Kaffee-Option in der Ehrenhalle <i>detailliertes Programm von 15 bis 17.50 Uhr auf den folgenden Seiten</i>
18 Uhr	Empfang und Begrüßung im Historischen Rathaussaal Reiner Prölß, Referent für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg Imbiss und Getränke in der Ehrenhalle (von <i>Männer am Herd</i>)
20 Uhr	Ende (voraussichtlich)

Eintritt frei. Anmeldung erbeten!

Veranstalter:

Arbeitskreis Fortbildung in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe: Stadt Nürnberg (Referat für Jugend, Familie und Soziales, Bildungsbüro, Bildungscampus, SportService, KUF), Zentrum Aktiver Bürger, Evangelische Erwachsenenbildung, Caritas Pirkheimer Haus / Katholische Erwachsenenbildung, in.media.vitae foundation)

Veranstaltungsort:

Altes Rathaus/Wolff'scher Bau, Rathausplatz 2: Historischer Rathaussaal, Ehrenhalle, Konferenzräume



Schwerpunkt 1: Bildung und Arbeit – Zimmer 46 (Vorzimmer „Schöner Saal“)

Moderatorin: Martina Schuster

15 bis 15.20 Uhr	Erfahrungen der Elternlotsinnen Mahasin Mohamed Ahmed aus dem Sudan & Ouahiba Ababsa aus Algerien zusammen mit Magdalena Musial vom Institut für Pädagogik und Schulpsychologie Nürnberg (IPSN).
15.30 bis 15.50 Uhr	Bewerbungscoaching Ahmed Sanono aus Syrien zusammen mit Manfred Lenk.
16 bis 16.20 Uhr	Arbeitsplatzsuche & Praktika Kinan Allamaa zusammen mit Dr. Juliane List vom Helferkreis Eibach-Maiach.
16.30 bis 16.50 Uhr	Familienpatenschaften des ZAB Honja und Hana aus dem Iran zusammen mit Helga Hustert.
17 bis 17.20 Uhr	Kompetenzen erkennen und stärken – Integrationsprojekte der NOA Salar Askarinejad Maghadam aus dem Iran zusammen mit Dieter Konrad.
17.30 bis 17.50 Uhr	Elternberatung, interreligiöser und interkultureller Dialog Celalettin Avci zusammen mit Nina Wilhelm.

Schwerpunkt 2: Sprachvermittlung – Zimmer 203 A

Moderator: Thomas Kießlich

15 bis 15.20 Uhr	Deutsch im Koffer Trudi Götz von der <i>Stiftung Sozialidee</i> stellt das Deutschlern-Konzept vor.
15.30 bis 15.50 Uhr	Unser Weg in Deutschland Shero Abdi besucht derzeit einen DSH-Kurs in Erlangen, um sich für sein Studium in Deutschland zu qualifizieren, sein Bruder Robin besucht die Montessori-Mittelschule in Lauf. Beide erzählen vom Ankommen, von überwundenen Hürden und Zielen.(Familienpatenschaft Stiftung Sozialidee)
16 bis 16.20 Uhr	Sprach- und Kulturvermittler des ZAB Hassan Khalaf stellt zusammen mit ehrenamtlichen Sprach- und Kulturvermittlern des Zentrums Aktiver Bürger das prämierte Projekt vor.
16.30 bis 16.50 Uhr	Lernen begleiten Eva-Maria Singer stellt ihren Workshop vor, in dem Sie Ihre Lernbegleitungskompetenz erweitern und praktisch erproben können.
17 bis 17.20 Uhr	Ehrenamtlich getragene Deutschkurse bei DEGRIN Avin Salihi aus dem Irak zusammen mit Barbara Henry & Dr. Elisabeth Eigler.
17.30 bis 17.50 Uhr	Sprachtreff am Palmplatz Den wöchentlich stattfindenden Sprachtreff in Johannis gibt es bereits seit langem, das Ankommen der Geflüchteten im Jahr 2015 bescherte neue Teilnehmer/innen. Hanna Däschlein und Charly Lünke berichten



Schwerpunkt 3: Kontakt: Cafés und mehr – Zimmer 205

Moderatorin: Dr. Beate Wittich

15 bis 15.20 Uhr	Refukitchen – Das Begegnungsprojekt Kochen für ein neues WIR. Ammar Alhaidar zusammen mit Carmen Trautner.
15.30 bis 15.50 Uhr	Besuch mit Fettnäpfchen Davood aus dem Iran zusammen mit Naomi Hill vom Kontaktcafé nehemia team e.V.
16 bis 16.20 Uhr	Kontaktgruppe Zabo – Fremde suchen, Freunde finden Masoud Mansouri Magharrab und Hadi Karbalaee aus dem Iran und Lilit Avagyan aus Armenien zusammen mit Gustav Selig, dem Begründer der Kontaktgruppe Zabo.
16.30 bis 16.50 Uhr	Café Grenzenlos Kontakt suchen, Begegnungen ermöglichen, Miteinander gestalten. Sandra Schrollinger, Kristina Brock und Astrid Ehrmann berichten von der Arbeit für und mit Menschen mit Fluchterfahrung in Langwasser.
17 bis 17.20 Uhr	Einblicke in die Betreuung von Kindern mit Fluchterfahrung Petra Stöckl & Vivien Bezold (BRK) berichten.
17.30 bis 17.50 Uhr	Begegnung statt Spaltung: Begegnungscafé in der Schwarzen Katze Anna Geck & Ramona Jakob von der Kampagne <i>Fluchtursachen bekämpfen</i> .

Schwerpunkt 4: Sport und Freizeit – Zimmer 9

Moderatorin: Derya Jildirim

15 bis 15.20 Uhr	Fußball beim ASN-Pfeil Phönix e.V. Fußball verbindet: Integration im Verein. Abdoulie Baldeh aus Gambia zusammen mit Andrea Ackermann (SportService Stadt Nürnberg).
15.30 bis 15.50 Uhr	Die Nürnberger „Sportcoaches“ Sportintegration in Nürnberg: Das Konzept des SportService Nürnberg baut auf Vernetzung, Unterstützung, Information und viel ehrenamtlichem Engagement. Baraa Huss aus dem Irak zusammen mit Natalie Barlog.
16 bis 16.20 Uhr	Sport & Freizeit gegen soziale Isolation Sozialer Sport Nürnberg ist ein Angebot für Menschen in schwierigen Lebenslagen unabhängig ihres kulturellen Hintergrunds. Jiri Pacourek berichtet über Grundgedanken und Erfolgserlebnisse.
16.30 bis 16.50 Uhr	Schwimmkurse für Menschen mit Fluchterfahrung Hasan Byriez aus Syrien zusammen mit Andrea Ackermann (SportService).
17 bis 17.20 Uhr	Fahrradtraining in der Gartenstadt Frank Hotze vom Bunten Tisch Gartenstadt berichtet vom erfolgreichen Kooperationsprojekt mit TIM e.V.



Schwerpunkt 5: Kunst & Kultur – Zimmer 62

Moderatorin: Christel Paßmann

15 bis 15.20 Uhr	Mobile interkulturelle Puppenbühne Die Regisseurin Brigitte Riemann über die mobile interkulturelle Puppenbühne mit aktuell deutsch-arabischem Theaterstück (Stiftung Sozialidee).
15.30 bis 15.50 Uhr	Freunde & Feste – Theaterclub mit Menschen mit Fluchterfahrung Yasin Sheko aus Äthiopien zusammen mit Andra-Maria Jebelean (Theaterpädagogin des Nürnberger Staatstheaters).
16 bis 16.20 Uhr	Integrativer Theaterkurs Ramtin Tayerani aus dem Iran zusammen mit Pauline Buff (Theaterpädagogin des Theater Pfütze, Spielleitung des Jugendclubs KOMM!UNICATION).
16.30 bis 17.20 Uhr	Kulturlotsen der Kulturläden Nürnberg Jan Abdo aus Syrien zusammen mit Andrea Machhörndl & Maximilian Richter (Stadt Nürnberg, Amt für Kultur und Freizeit)
17.30 bis 17.50 Uhr	Im Museum Amir Sahragard & Ali Othman zusammen mit Elisabeth & Hermann Roß.

Schwerpunkt 6: Interkulturelle Kommunikation – Zimmer 36

Moderatorin: Karin Eisgruber

15 bis 15.20 Uhr	Gedanken Die 16-jährige Gymnasiastin Kenda Al-Masri stammt aus dem syrischen Daraa und kam 2015 nach Nürnberg. Sie berichtet über ihr Ankommen, die Schule, ihre Lehrer, turmhohe Herausforderungen und schriftstellerische Erfolge.
15.30 bis 16.20 Uhr	„Stell dir vor, es ist Krieg...“ Seminarbausteine zum Thema Flucht aus der außerschulischen politischen Bildung. <i>Workshop unter Anleitung von Martin Stammler (CPH)</i>
16.30 bis 16.50 Uhr	Gemeinsam feiern – Begegnungen von Einheimischen und Geflüchteten Mahamed Felate Nuriya & Tesfahunegn Zegeye Bethelem aus Äthiopien zusammen mit Inge Spiegel und Ursula Janbazian.
17 bis 17.20 Uhr	Informationen aus der Schule – Eltern mit Fluchterfahrung erfolgreich erreichen Mahasin Mohamed Ahmed aus dem Sudan und Maiada aus Syrien zusammen mit Traudl Morck von der Bürgerstiftung.
17.30 bis 17.50 Uhr	„Stärken erkennen“ Marissa Pablo-Dürr und Cam Hong Mai vom Migrantinnen-Netzwerk Bayern e.V. über den Workshop für Frauen mit Fluchterfahrung.



Schwerpunkt 7: (Social) Media – Zimmer 204 (Stadtrats-Sitzungssaal)

Moderatorin: Claudia Leitzmann

- | | |
|-----------------------------|---|
| 15 bis
15.50 Uhr | Gut für Nürnberg. Stadt und Land – Vortrag
Das Portal für soziale, nachhaltige und kulturelle Projekte in unserer Region.
Beate Treffkorn, Sparkasse Nürnberg. |
| 16 bis
16.50 Uhr | Borderless Broadcast
In der Sendung von Radio Z bekommen Menschen mit Fluchterfahrung die Möglichkeit, über ihr Leben, ihre Wünsche und Problemsituationen zu sprechen
Muafak Bedawi aus Syrien zusammen mit Melissa Schulz von Radio Z. |
| 17 bis
17.50 Uhr | Refugees Nürnberg – YOU ARE HERE:
Der erste mehrsprachige Kulturguide Nürnbergs.
Rami Abo Assali aus Syrien, Salahheddin Minou aus dem Iran und Mujtaba Rezae aus Afghanistan berichten zusammen mit Elnaz Amiraslani über ihre ehrenamtliche journalistische Tätigkeit. |

Schwerpunkt 8: Problemstellungen für Ehrenamtliche – Zimmer 45

(„Schöner Saal“) Moderator: Dr. Bernd Arnold

- | | |
|--------------------------------|--|
| 15 bis
15.20 Uhr | Suchen.Verbinden.Vereinen – Der Internationale Suchdienst des Roten Kreuzes
Der Suchdienst hilft verschwundene Angehörige zu finden, sie wieder miteinander in Kontakt zu bringen und zu vereinen.
Rainer Helm & Birgit Koch berichten von ihrer Arbeit |
| 15.30 bis
15.50 Uhr | Negativ-Bescheid: Was nun?
Christian Steinle & Ramona Jakob von der Initiative „Begegnung statt Spaltung“ über die Möglichkeiten nach dem negativen BAMF-Bescheid, diskutieren Sie mit! |
| 16 bis
16.20 Uhr | Der „Behördendschubel“
Klaus Eisele schildert seine Erfahrungen aus etlichen Behördengängen:
Was hat geklappt? Was weniger? |
| 16.30 bis
16.50 Uhr | Refugee Law Clinic Erlangen-Nürnberg e.V.
Die Refugee Law Clinic Erlangen-Nürnberg ist ein Projekt von Erlanger Jurastudenten und unterstützt Migranten, insbesondere Flüchtlinge und Asylbewerber. |
| 17 bis
17.50 Uhr | Salafismus – Vortrag und Diskussion mit Nabil Hourani
Islamismus – Salafismus – Jihadismus – Islamophobie – Radikalisierung
Nabil Hourani, Politikwissenschaftler und Projektleiter des Nürnberger Netzwerks gegen gewaltbereiten Salafismus, ordnet verschiedene Begriffe ein und setzt sich, gemeinsam mit Ihnen, mit Vorurteilen, uralten Ängsten und realen Gefahren auseinander. |

Eidesstattliche Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Masterarbeit selbstständig und nur unter der Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.“

Nürnberg, den 6. März 2017

Sebastian Hemmer